

INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2006 - 2010

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2006 - 2010 mit folgendem Bericht:

Inhaltsverzeichnis

I. ÜBERSICHT	5
II. PLANUNGSGRUNDLAGEN	7
III. CHANCEN UND RISIKEN	15
IV. ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE	17
V. FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG	23
VI. FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP	25
VII. VORGABEN DER REGIERUNG UND MASSNAHMEN ZUM LEGISLATUR-PROGRAMM 2003–2007	27
VIII. AUFGABEN UND FINANZEN	41
0 Allgemeine Verwaltung	42
1 Öffentliche Sicherheit	47
2 Bildung	54
3 Kultur und Freizeit	62
4 Gesundheit	66
5 Soziale Wohlfahrt	73
6 Verkehr	80
7 Umwelt und Raumordnung	84
8 Volkswirtschaft	88
9 Finanzen und Steuern	92
IX. STRASSENWESEN	97
X. INVESTITIONEN KANTONALE HOCHBAUTEN	99
 GROSSRATSBESCHLUSS	 102

I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, welche die Regierung schon beschlossen hat bzw. Aufwendungen, welche sich nur mittel- und langfristig beeinflussen lassen. Neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, sind nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Wir haben aus der Reform 06 die Einsparungen gemäss Schlussbericht der Kommission „Reform 06“ berücksichtigt. Damit wir die finanzpolitischen Ziele erreichen können, müssen wir mit einem weiteren Entlastungspaket ab 2007 eine nachhaltige Verbesserung von 20 Millionen Franken erreichen. Die Laufenden Rechnungen schliessen unter Berücksichtigung dieser Entlastungen mit einem Aufwandüberschuss von 2,6 Millionen Franken (2007) und 5,8 Millionen Franken (2010) bzw. mit einem Ertragsüberschuss von 5,5 Millionen Franken (2008) und 6,8 Millionen Franken (2009) ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 170,2 Millionen Franken im Jahr 2006 auf 200,4 Millionen Franken im Jahr 2010.

Aus der Gesamtrechnung resultieren unbereinigte Finanzierungsfehlbeträge von 16,4 Millionen Franken (2007), 12,3 Millionen Franken (2008) und 16,7 Millionen Franken (2010) bzw. ein Finanzierungsüberschuss von 1,2 Millionen Franken (2009). Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt 94,3 Prozent.

Für 2008 ist eine zweite Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes vorgesehen. Wir haben dafür 50 Millionen Franken aus dem erwarteten Mittelzufluss der NFA reserviert. Die Mittel sollen vor allem in die Revision der Familien- und der Unternehmensbesteuerung fliessen. Für den Ausgleich der kalten Progression sind ab 2009 weitere 30 Millionen Franken eingestellt. Im Weiteren wollen wir ab 2010 die Vermögenssteuer halbieren. Die kumulierten Entlastungen betragen in den Jahren 2008-2010 bei den Staatssteuern 125 Millionen Franken und bei den Gemeindesteuern 154 Millionen Franken.

Die Verschuldung wird dank der Ausschüttung des überschüssigen Goldvermögens der Nationalbank Ende 2005 rund 300 Millionen Franken betragen. In den Jahren 2006 und 2007 nimmt die Verschuldung um total rund 45 Millionen Franken zu. Wir wollen ab 2008 unsere Investitionen selber finanzieren. Wir setzen die Projekte Reform 06, Finanzreform 08 und das Entlastungspaket ab 2007 konsequent um. Wir halten bei Steuerentlastungen Mass und verzichten auf lineare Steuersenkungen.

Wir halten an der im Legislaturprogramm genannten Stossrichtung fest: Selbstfinanzierungsgrade von über 100 Prozent, keine Neuverschuldung und eine Annäherung der Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Kantone. Das braucht weiterhin grosse Anstrengungen des Grossen Rates, des Regierungsrates und der Verwaltung und den entsprechenden politischen Willen.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Annahmen

	(in Prozent)						
	R 2004	B 2005	B 2006	2007	2008	2009	2010
BIP real	0,0	1,0	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5
Teuerung	0,8	0,8	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachaufwand	1,0	0,8	0,0	1,2	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	1,8	-1,0	0,8	1,4	1,4	1,2	1,2
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	10,6	0,2	0,8	1,2	1,2	1,2	1,2
Staatssteuern (pro Einheit)	-1,4	3,0	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5
Steuereinheiten	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Gebühren/Entgelte	6,6	1,0	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2

2. Bemerkungen zu den Zuwachsraten

a. Wirtschaftsentwicklung

Die Wirtschaft im EU-Raum, und mit ihr auch die schweizerische Wirtschaft, entwickelt sich nach wie vor verhalten. Eine Belebung im Euro-Raum dürfte kaum vor Herbst 2005 einsetzen. Im Zuge der Erholung des US-Dollars an den Devisenmärkten hat auch der Schweizer Franken an Wert verloren. Für die Schweizer Exportwirtschaft ist diese Entwicklung positiv. Ein beträchtliches Konjunkturrisiko geht jedoch nach wie vor von den Erdölpreisen aus. Insgesamt bleibt eine spürbare Konjunkturbelebung in der Schweiz ohne ein stärker anziehendes Wachstum im Euro-Raum unwahrscheinlich.

Die Konjunkturforschungs-Institute rechnen für 2005 mit einem realen BIP-Wachstum zwischen 1,0 bis 1,5 Prozent. Für das Jahr 2006 wird ein Realwachstum der schweizerischen Wirtschaft zwischen 1,6 und 1,8 Prozent prognostiziert. Die Institute machen keine Aussagen zu den Jahren 2007 und Folgende. Wir haben mit einem jährlichen realen Wachstum des BIP von 1,5 Prozent und einer Teuerung von 1,2 Prozent gerechnet. Die Entwicklung des Sachaufwands, der Staatsbeiträge und der Gebühren und Entgelte in diesen Jahren haben wir analog der erwarteten Teuerung hochgerechnet.

b. Lohnzuwachs

Wir haben den Personalaufwand mit Zuwachsraten zwischen 1,2 und 1,4 Prozent hochgerechnet. Gegenüber dem IFAP des Vorjahres sind die Werte des budgetwirksamen Personalaufwands für 2007 und 2008 unverändert. Wegen der geringeren Fluktuation durch den angespannten Arbeitsmarkt hat sich der Mutationseffekt reduziert. Wir hatten in den Vorjahren jeweils mit 1 Prozent gerechnet. Wir rechnen neu mit einem reduzierten Mutationseffekt von 0,5 Prozent. Der budgetwirksame Personalaufwand und der Mutationseffekt ergeben die für Lohnmassnahmen zur Verfügung stehenden Mittel. Mit diesen Mitteln muss ab 2007 auch der vorgesehene höhere Arbeitgeberbeitrag an die Luzerner Pensionskasse von 0,6 Prozent des Personalaufwands finanziert werden.

c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Eine Analyse hat gezeigt, dass der Zuwachs der Steuererträge in den letzten Jahren das erwartete jährliche Wachstum von 3 Prozent nicht erreicht hat. Massgebend für die zukünftige Entwicklung der Steuererträge ist vor allem die allgemeine Lohnentwicklung. In den nächsten Jahren ist mit bescheidenen Lohnzuwächsen zu rechnen. Wir berücksichtigen bei steigenden Löhnen einen Progressionsfaktor von 1,25 und erwarten aufgrund der demografischen Entwicklung weiterhin einen Zuwachs an Steuerpflichtigen im Kanton Luzern. Aufgrund dieser Überlegungen haben wir für 2006 mit einem Wachstum von 2 Prozent und für die Jahre 2007 bis 2010 mit einem solchen von 2,5 Prozent gerechnet.

3. Bundesfinanzpolitik

a. Steuerpolitik des Bundes

Das Volk hat am 16. Mai 2004 das Steuerpaket 2001 abgelehnt. Somit treffen die Entlastungen von 50 Millionen bei der direkten Bundessteuer ab 2006 nicht ein. Wir gehen davon aus, dass im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung der Bund neben dem Splittingmodell neu auch die Individualbesteuerung prüfen wird. Diese kann aber nach unserer Einschätzung bis zur nächsten kantonalen Revision nicht umgesetzt werden. Um Familien steuerlich zu entlasten, werden wahrscheinlich bisherige Abzüge erhöht oder neue Abzüge bei der direkten Bundessteuer in den

nächsten Jahren eingeführt. Es sind noch keine konkreten Vorschläge gemacht worden. Wir haben deshalb mögliche Ausfälle bei der direkten Bundessteuer nicht berücksichtigt.

Der Bundesrat hat beschlossen, den Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer auf das Jahr 2006 vorzunehmen. Die Veranlagungen werden jeweils auf der Basis der definitiven Einschätzungen der Staats- und Gemeindesteuern erstellt. Somit verschiebt sich die effektive Entlastung für den Steuerzahler auf das Jahr 2007.

Zur Unternehmenssteuerreform II hat der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft unterbreitet. Wir nehmen an, dass die Unternehmenssteuerreform II im Jahr 2010 in Kraft tritt. Da die genaue Ausgestaltung noch nicht bekannt ist, können die finanziellen Auswirkungen noch nicht beziffert werden.

Wir rechnen damit, dass keine neuen Vorschläge für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung gemacht werden.

b. Entlastungsprogramme (EP) und Aufgabenverichtsplanungen

Der Bundeshaushalt befindet sich weiterhin in Schieflage. Obwohl die Bundesrechnung im Jahr 2004 besser abgeschlossen hat als budgetiert; musste ein Defizit von 1,7 Milliarden Franken entgegengenommen werden. Die Bundesschuld beläuft sich mittlerweile auf 126 Milliarden Franken.

Der Bund hat in den letzten zwei Jahren versucht, mit dem EP 03 und dem EP 04 den Haushalt schuldenbremsenkonform zu gestalten. Dies ist zum Teil gelungen (der Voranschlag des Bundes 2005 liegt mit einem Defizit von 1,8 Milliarden Franken genau innerhalb der Toleranz der Schuldenbremse). Es besteht in der Finanzplanung aber weiterhin eine Haushaltlücke, zumal diese durch verschiedene anstehende Steuerprojekte noch vergrössert werden dürfte.

Das EP 03 ist in Kraft. In der Sommersession 2005 haben die eidgenössischen Räte die Differenzen zum EP 04 bereinigt. Es wurden Sanierungsmassnahmen des Bundeshaushalts von 1,1 Milliarden Franken im Jahr 2006, 1,8 Milliarden Franken im Jahr 2007 und 1,9 Milliarden Franken ab 2008 beschlossen. Die Lastenabwälzungen auf die Kantone wurden gegenüber der Botschaft des Bundesrats erheblich reduziert. Wir rechnen mit Abwälzungen im Asylwesen und beim regionalen Personenverkehr.

Zusätzlich zu den beiden erwähnten Entlastungsprogrammen sind auf Bundesebene Aufgabenverzichtspläne im Gange. Die „kleine“ Aufgabenverzichtspläne, welche lediglich die Bundesverwaltung im engen Sinne betrifft, ist mittlerweile beschlossen. Es werden bis zu 800 Stellen in der Bundesverwaltung abgebaut, und Bundesausgaben für Informatik, für Bundesbauten und für Aufträge an Dritte gekürzt. Die Kantone sind durch diese Massnahmen nicht direkt betroffen.

In Vorbereitung ist die so genannte „grosse“ Aufgabenverzichtspläne, mit der die Leistungen des Bundes grundsätzlich überprüft werden sollen. Inhaltliche Aussagen zu diesem Projekt sind gegenwärtig noch nicht möglich. Es könnte aber sein, dass dieses Projekt auch die Kantone betrifft. Ferner ist auch auf allfällige Rückwirkungen auf die NFA hinzuweisen. Wir werden die Entwicklung in diesem Bereich verfolgen.

Der Bundeshaushalt wird in den nächsten Jahren auf der Einnahmenseite durch die verschiedenen Steuerprojekte tangiert.

Die Kantone sind auf einen gesunden Bundeshaushalt angewiesen. Insbesondere auch aus der Sicht des Kantons Luzern sind alle Bestrebungen, den Bundeshaushalt zu sanieren, zu unterstützen. Wir sind auf die gesicherte Ausrichtung von Leistungen des Bundes angewiesen.

c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB) und Erlös aus den überschüssigen Goldreserven

Die Kantonsanteile aus dem Erlös überschüssiger Goldreserven wurden in den Monaten Mai bis Juli 2005 ausgeschüttet. Der Grosse Rat hat am 8. März 2005 beschlossen, die gesamte auf den Kanton Luzern entfallende Ausschüttung von rund 800 Millionen Franken ausschliesslich für den Schuldenabbau zu verwenden und im Jahr 2006 die Staatssteuer wegen des verminderten Zinsendienstes für Fremdkapital und zufolge des geringeren Abschreibungsbedarfs um 1/10 einer Einheit zu senken.

Wir können für 2006 und 2007 gemäss Berechnungen der eidgenössischen Finanzverwaltung mit einem Anteil am Reingewinn von 95 Millionen Franken rechnen. Durch die Ausschüttung der Substanz der Goldreserven fallen bisher vorgesehene Ausschüttungen von jährlich 19 Millionen Franken weg.

Die momentanen Ausschüttungen basieren auf einer Gewinnvereinbarung zwischen der SNB und dem Bundesrat aus dem Jahr 2002. Diese Vereinbarung sieht für die Jahre 2003 bis 2012 eine jährliche Gewinnausschüttung von 2,5 Milliarden Franken an den Bund und die Kantone vor. Diese

Ausschüttung liegt deutlich über dem mittelfristigen Gewinnpotenzial der SNB. Die überschüssigen währungspolitisch nicht notwendigen Rückstellungen werden dadurch schneller abgebaut als angenommen. Je nach Gewinnentwicklung der SNB muss bereits ab 2008 mit einer Kürzung der Ausschüttung an den Bund und die Kantone gerechnet werden. Wir erachten diesen Sachverhalt als latentes Risiko. Wir verzichten im IFAP 2006-2010 auf eine entsprechende Kürzung der Ausschüttungen der SNB.

d. Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Stimmberechtigten haben am 28. November 2004 dem Bundesbeschluss über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) zugestimmt. Die Einführung ist auf 2008 vorgesehen. Der Kanton Luzern wird mit rund 60 Millionen Franken netto von der NFA profitieren. Im Herbst 2005 wird die zweite NFA-Botschaft, die die Anpassung der Bundesgesetzgebung in den von der Aufgabenteilung betroffenen Bereichen enthält, den eidgenössischen Räten unterbreitet. Für die Bestückung der Ressourcen- und Lastenausgleichstöpfe ist 2007 eine dritte NFA-Botschaft notwendig.

Wir setzen die NFA im Kanton Luzern mit dem Projekt Finanzreform 08 um. Wir haben eine Projektorganisation ins Leben gerufen, in der der Kanton und der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) vertreten sind. Wir haben für dieses Projekt folgende Ziele definiert:

- Umsetzung der bundesstaatlichen NFA,
- Zuordnung, Entflechtung und Normierung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden,
- Haushaltsneutralität.

Die Projektarbeiten sind noch nicht so weit fortgeschritten, dass die finanziellen Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden in den einzelnen Aufgabenbereichen schon quantifiziert werden können. Wir haben deshalb im IFAP 2006-2010 die Nettoverbesserung aus der NFA summarisch beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer inkl. Finanzausgleichsquote eingestellt. Wir haben einzig die Auswirkungen der NFA auf die Strassenrechnung (Spezialfinanzierung) im Aufgabenbereich „6. Verkehr“ berücksichtigt.

e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Die eidgenössischen Räte haben zur Verbilligung der Krankenkassenprämien eine Entlastung bei den Kinderprämien beschlossen. Wir haben zu diesem Zweck die Mittel für die Prämienverbilligung ab 2007 erheblich erhöht. Die Details zur Entlastung der Kinderprämien werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

Die Kantone wären im Weiteren von möglichen Änderungen bei der Spitalfinanzierung und/oder der Pflegefinanzierung betroffen. Aufgrund der sehr kontroversen Meinungen zu diesen Themen rechnen wir hingegen für die nächsten Jahre nicht mit konkreten Auswirkungen auf den kantonalen Finanzhaushalt.

4. Unsere Steuerpolitik

Mit der Steuergesetzrevision 2005 hat der Grosse Rat eine Entlastung bei den Staats- und Gemeindesteuern von rund 63 Millionen Franken beschlossen. Wir wollen den Anteil des Kantons Luzern am Verkaufserlös aus den überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank für den Schuldenabbau einsetzen. Die Einsparungen im Schuldendienst erlauben uns eine Senkung des Staatssteuerfusses um 1/10 einer Einheit auf neu 1,6 Einheiten für das Budget 2006.

Gemäss Finanzleitbild und Legislaturprogramm 2003-2007 halten wir am Ziel fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern. Ihr Rat hat diese Absicht mit dem Beschluss zum IFAP 2005-2009 bekräftigt.

Durch die Ablehnung des Steuerpakets 2001 haben die Kantone einen grösseren Spielraum für eine eigene Steuerpolitik. Wir wollen die zusätzlichen Nettomittel aus der NFA in eine zweite, grössere Teilrevision des Steuergesetzes investieren. Wir haben dafür ab 2008 50 Millionen Franken reserviert. Diese Mittel sollen für die Revision der Ehe- und Familienbesteuerung, die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen und die Förderung des Wirtschaftsstandortes Luzern eingesetzt werden. Die Entlastung der Unternehmen soll auch dann erfolgen, wenn die bundesstaatliche Lösung der Unternehmenssteuerreform II noch nicht bekannt sein sollte.

Die FDP-Initiative „Steuern vors Volk“ verlangt eine Senkung des Staatssteuerfusses von 1,6 auf 1,5 Einheiten ab 2008. Der Staatssteuerfuss kann nur als Alternative zur Teilrevision gesenkt werden, weil die Umsetzung beider Massnahmen unsere finanziellen Möglichkeiten überschreitet. Wir sind überzeugt, dass Steuergesetzrevisionen wirkungsvoller sind als lineare Steuersenkungen. Um gezielte Entlastungen vornehmen zu können und um eine gleichzeitige Entlastung bei den Gemeindesteuern zu erreichen, bevorzugen wir daher die Steuergesetzrevision 2008 gegenüber weiteren linearen Steuersenkungen.

Wir haben in der Antwort zur Motion Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über eine Steuerstrategie für den Kanton Luzern (Nr. 408) festgehalten, dass der vollständige Ausgleich der kalten Progression Ausfälle bei den Staatssteuern von rund 30 – 40 Millionen Franken ergibt. Wir gehen davon aus, dass aufgrund der anhaltend tiefen Teuerung die kalte Progression voraussichtlich 2009 ausgeglichen werden muss. Ein vollständiger Ausgleich der kalten Progression innerhalb der Steuergesetzrevision 2008 würde bedeuten, dass für gezielte Steuersenkungen (Entlastungen der Familien und der

Unternehmen) praktisch keine Mittel mehr zur Verfügung stehen würden. Wir haben deshalb ab 2009 30 Millionen Franken für den Ausgleich der kalten Progression eingestellt.

Wir erachten eine Reduktion der Vermögenssteuer als sehr wichtig und dringend. Die im Vergleich zu Nachbarkantonen sehr hohe Belastung fördert die Abwanderung wohlhabender Personen. Durch die Abwanderung verliert der Kanton auch die Einkommenssteuer dieser Personen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass der Kompensationseffekt der Senkung der Vermögenssteuer erheblich ist. Er kann noch vergrössert werden, wenn die geplante Senkung rechtzeitig und umfassend kommuniziert wird. Wir beabsichtigen, die Vermögenssteuer ab 2010 zu halbieren und Ihnen mit der Steuergesetzrevision 2008 zur Beratung zu unterbreiten. Die vorgesehene Entlastung von 45 Millionen Franken ist in der unten stehenden Tabelle aufgeführt. Durch den Kompensationseffekt verringern sich die Ausfälle für den Kanton auf rund 20 Millionen Franken.

Wir werden Ihnen die Botschaft zu den oben erwähnten Steuerentlastungen in einem Gesamtpaket im ersten Halbjahr 2006 unterbreiten. Der Rahmen dieser Steuergesetzrevision ist mit Ausfällen von 100 Millionen Franken bzw. einer Entlastung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von 125 Millionen Franken bei den Staatssteuern und den Umsetzungsjahren 2008 bis 2010 definiert. Die Ausfälle sind im IFAP 2006-2010 eingerechnet. Wir behalten uns die Möglichkeit vor, in der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2008 die Umsetzung der Massnahmen anders auf die Jahre 2008 bis 2010 zu verteilen, als sie im vorliegenden IFAP dargestellt ist.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und –zahler bei den Staats-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern in den Jahren 2004 bis 2010. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist jeweils nur die erstmalige Entlastung aufgeführt.

(in Mio. Franken)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Entlastung bei den Staatssteuern		28	50		50	30	45
Entlastung bei den Gemeindesteuern		35			62	37	55
Entlastung bei den direkten Bundessteuern				23	offen	offen	
Total	0	63	50	23	112	67	100

III. Chancen und Risiken

Chancen

Die bundesstaatliche NFA soll für den Kanton Luzern ab 2008 einen Netto-Mehrertrag von 60 Millionen Franken bringen. Wir wollen damit Steuern senken und Schulden abbauen. Somit stärken wir die Attraktivität des Kantons Luzern als Wohn- und Arbeitskanton weiter.

Ausgeglichene Laufende Rechnungen und Selbstfinanzierungsgrade von über 100 Prozent sind wesentliche Ziele unseres Finanzleitbildes. Der vorliegende IFAP 2006-2010 zeigt, dass wir die Ziele mit einer konsequenten Finanzpolitik erreichen.

Im Legislaturprogramm 2003 – 2007 haben wir die folgenden politischen Vorgaben formuliert:

- Den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen.
- Mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.
- Die Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen.

Mit den eingeleiteten Massnahmen (Reform 06, Steuergesetzrevision 2008 u.a.) wollen wir strukturelle Probleme des kantonalen Haushalts beheben. Gleichzeitig wollen wir die Mittel dort einsetzen, wo sie das Wachstum am besten unterstützen (Zubringer Rontal, Universität Luzern u.a.). Wir wollen damit die Wachstumsschwäche des Kantons Luzern beheben.

Die erfreuliche Kursentwicklung der Aktien der Luzerner Kantonalbank dürfte dazu führen, dass die meisten Inhaberinnen und Inhaber unserer Wandelanleihe vom Wandlungsrecht Gebrauch machen. Wir wollen weiterhin nicht mehr benötigte Liegenschaften veräussern. Diese Transaktionen könnten zu erheblichen Buchgewinnen führen. Wir wollen die finanzpolitischen Ziele hingegen ohne Finanztransaktionen erreichen. Die Buchgewinne sind deshalb im IFAP 2006-2010, mit Ausnahme der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch im Jahr 2007, nicht enthalten.

Risiken

Der Bundesrat und die Nationalbank haben eine Gewinnvereinbarung über die Ausschüttungen der Nationalbank für die Jahre 2003-2012 abgeschlossen (exkl. erfolgte Ausschüttung am Verkaufserlös der überschüssigen Goldreserven). Von der Gesamtausschüttung von 2,5 Milliarden Franken an Bund und Kantone erhält der Kanton Luzern rund 95 Millionen Franken. Die Ausschüttungen liegen über dem mittelfristigen Gewinnpotenzial der Nationalbank. Eine vorzeitige Kürzung der Ausschüttungen, z.B. ab 2008, würde die Finanzperspektiven wesentlich verschlechtern. Spätestens ab 2013 ist mit massiv geringeren Ausschüttungen zu rechnen.

Der IFAP 2006-2010 geht von einer restriktiven und konsequenten Finanzpolitik aus. Er enthält insbesondere folgende Annahmen:

- Aus dem Projekt „Reform 06“ ergeben sich Entlastungen in der Laufenden Rechnung von 38 Millionen Franken.
- Zusätzlich zur Reform 06 wird der Kantonshaushalt ab 2007 nachhaltig um 20 Millionen Franken entlastet.
- Das Projekt „Finanzreform 08“ wird für den Kanton und die Gemeinden haushaltsneutral umgesetzt.
- Die Mittel aus der NFA werden für Steuersenkungen und den Schuldenabbau eingesetzt.
- Steuerliche Entlastungen werden auf die von uns in diesem IFAP 2006-2010 eingerechneten Beträge begrenzt.

Abweichungen von diesen Annahmen hätten eine Verschlechterung der Finanzperspektiven zur Folge.

Der Zeitplan für die Umsetzung der NFA ist für den Bund und die Kantone ambitiös. Die Steuergesetzrevision 2008 lässt sich nur mit dem Nettomittelzufluss aus der NFA finanzieren. Eine allfällige Verschiebung der Einführung der NFA hätte deshalb eine Verschiebung der Steuergesetzrevision 2008 zur Folge.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtaufwand	2'618,1	2'663,0	2'675,4	2'782,4	2'748,7	2'763,1	2'821,7
Jährliche Veränderung in Prozenten *	1,4	2,5	0,5	4,0	-1,2	0,5	2,1
Aufwand- /Ertragsüberschuss (-)	1,0	15,2	-0,9	2,6	-5,5	-6,8	5,8
Abschreibungen	186,0	188,4	146,6	170,2	184,7	189,8	189,3
Nettoinvestitionen	175,7	180,7	170,2	184,3	195,9	195,6	200,4
Finanzierungsüberschuss (-)/-fehlbetrag bereinigt	-15,5	8,8	27,0	16,4	12,3	-1,2	16,7
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	108,8	95,1	84,2	91,1	93,7	100,6	91,7
Schuldendienst in Prozenten des Nettostaatssteuerertrags	15,4	15,1	8,8	10,9	13,3	14,2	14,6

* Veränderung gegenüber den entsprechenden Zahlen des gleichen Dokuments, also R2004 im Vergleich zur R2003, B2005 im Vergleich zu B2004 etc.

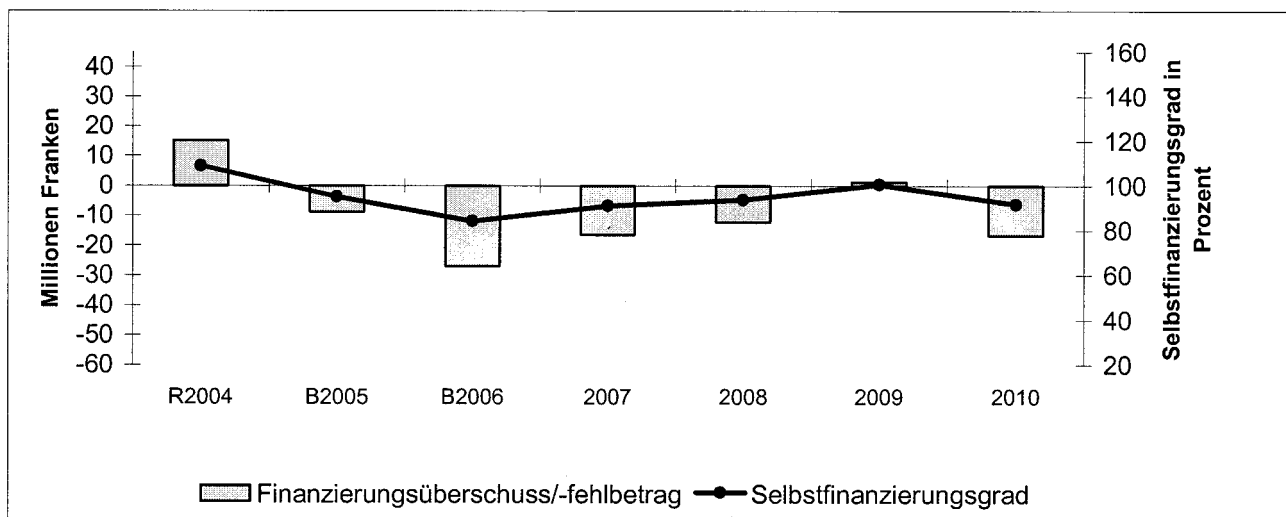
Der Zuwachs des Gesamtaufwands gegenüber dem Vorjahr (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) liegt im Jahr 2007 über dem geschätzten Wirtschaftswachstum (geschätztes BIP nominal beträgt 2,7 Prozent). Vom Zuwachs entfallen 40,5 Millionen Franken auf die Staatsbeiträge, 37,6 Millionen Franken auf die Investitionsrechnung und 22,4 Millionen Franken auf den Personalaufwand. In den übrigen Jahren liegt der Zuwachs unter der erwarteten Wirtschaftsentwicklung. Da wir ab 2008 mit Einführung der NFA voraussichtlich nicht mehr Bauherr für die Nationalstrassen sind, reduziert sich der Gesamtaufwand 2008 gegenüber demjenigen des Vorjahrs.

Die Laufenden Rechnungen der Jahre 2006 bis 2010 sehen Aufwandüberschüsse von 2,6 und 5,8 Millionen Franken den Jahren 2007 und 2010 bzw. Ertragsüberschüsse von 5,5 und 6,8 Millionen Franken in den Jahren 2008 und 2009 vor. Die Abschreibungen nehmen von 146,6 Millionen Franken im Jahr 2006 auf 189,8 Millionen Franken im Jahr 2009 zu.

Die Nettoinvestitionen nehmen von 170,2 Millionen Franken im Jahr 2006 auf 200,4 Millionen Franken im Jahr 2010 zu. Der Globalkredit für kantonale Hochbauten inklusive Kauf von Liegenschaften wird auf das Jahr 2007 von 65 auf 85 Millionen Franken erhöht. Damit kann der Kauf und Bau der Universität im bisherigen Postbetriebsgebäude sichergestellt werden. Ab 2008 haben wir für kantonale Hochbauten jährlich 74 Millionen Franken eingestellt (vgl. Kapitel X.). Zur Realisierung des Autobahnzubringers Rontal ist eine Aufstockung der Investitionen in den Kantonsstrassenbau notwendig.

Wir weisen neu den bereinigten Finanzfehlbetrag/-überschuss aus. Dabei werden wie bei der Berechnung des Selbstfinanzierungsgrades die Einlagen und Entnahmen in Fonds ausgeschlossen. Die Finanzierungsrechnung sieht in allen Jahren mit Ausnahme von 2009 einen Finanzierungsfehlbetrag vor. Folglich kann nur im Jahr 2009 der ab 2008 angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent erreicht werden. Dabei gilt es zu beachten, dass die Entlastungen aus der Reform 06 eher vorsichtig geschätzt sind. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2007 bis 2010 beträgt 94,3 Prozent.

Durch den Schuldenabbau als Folge der Ausschüttungen der Nationalbank hat sich der Schuldendienst im Budget 2006 erheblich reduziert. Wegen den zusätzlichen Abschreibungen nimmt er in den Folgejahren wieder zu.



Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	% ¹
Total	3'306.4	3'320.7	3'352.2	3'430.8	3'475.2	3'485.7	3'530.8	5.3
Allgemeine Verwaltung	363.6	337.6	356.8	350.3	320.9	317.5	308.6	-13.5
Öffentliche Sicherheit	221.7	220.9	221.3	229.4	232.8	235.7	237.8	7.5
Bildung	688.0	673.7	697.6	724.9	740.6	751.9	766.3	9.8
Kultur und Freizeit	49.0	46.4	44.7	45.2	45.7	46.2	46.7	4.6
Gesundheit	618.4	632.4	663.3	680.6	692.5	703.5	714.9	7.8
Soziale Wohlfahrt	697.0	684.4	716.5	738.0	755.3	771.4	790.6	10.4
Verkehr	99.1	112.6	106.8	110.2	98.0	96.2	96.9	-9.3
Umwelt und Raumordnung	30.3	26.5	35.8	36.1	36.5	36.8	37.1	3.6
Volkswirtschaft	240.9	238.7	240.1	241.0	241.3	241.8	242.4	1.0
Finanzen und Steuern	298.4	347.4	269.3	274.9	311.5	284.7	289.2	7.4

¹ Veränderung in Prozenten zwischen B2006 und 2010

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2006 und 2010 um 5,3 Prozent zu. Da die Auswirkungen der Reform 06 und der zusätzlich einberechneten 20 Millionen Franken ab 2007 summarisch in der Funktion „Allgemeine Verwaltung“ eingestellt sind, nehmen die Aufwendungen in diesem Bereich ab. Der Aufwand in der Funktion „Finanzen und Steuern“ zwischen den Budgets 2005 und 2006 hat sich durch den geringeren Schuldendienst und die vermehrte Zuweisung der Abschreibungen zu den andern Funktionen erheblich reduziert. Trotz den dadurch entstehenden Einschränkungen in der Vergleichbarkeit muss festgestellt werden, dass das stärkste Kostenwachstum in den Funktionen „Bildung“ und „Soziale Wohlfahrt“ resultiert. Auch die Ausgaben für die Funktionen „Gesundheit“ und „Öffentliche Sicherheit“ wachsen überdurchschnittlich.

Aufwand Laufende Rechnung nach Kostenarten

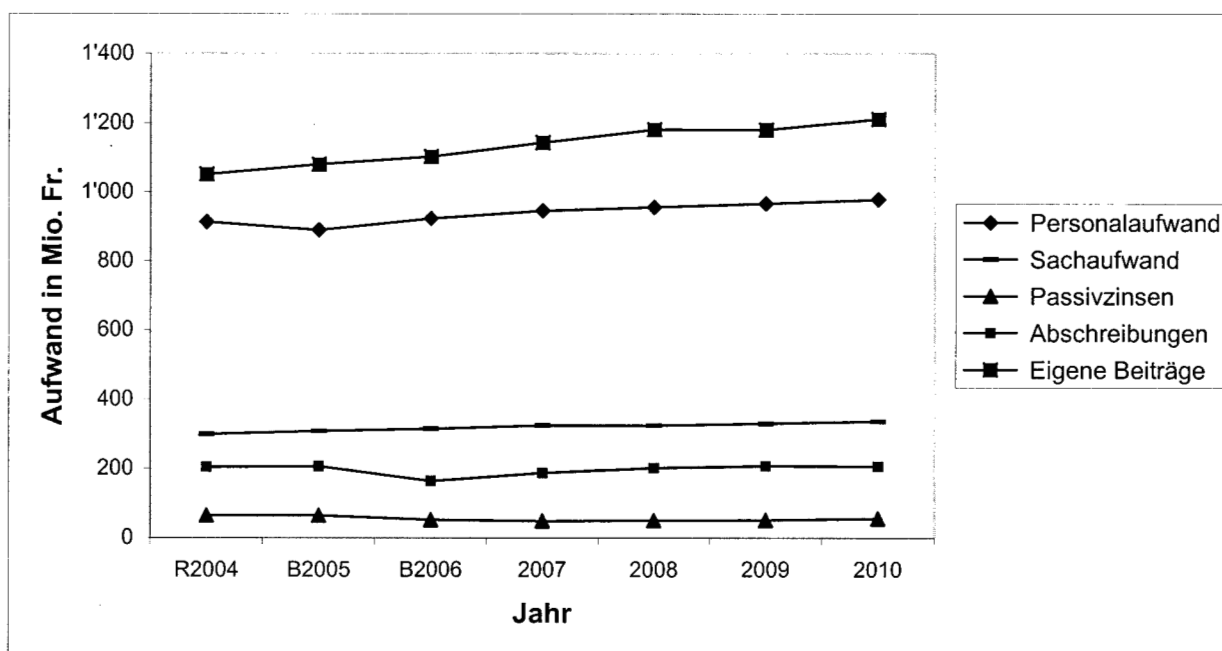
(in Mio. Franken)

	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010
Total Aufwand	3'306.4	3'320.7	3'352.2	3'430.8	3'475.2	3'485.7	3'530.8
Personalaufwand	913.3	890.3	923.3	945.7	956.7	966.6	978.9
Sachaufwand	299.4	308.9	314.8	324.6	325.1	330.1	337.0
Passivzinsen	65.4	64.7	52.6	48.7	50.2	51.8	55.6
Abschreibungen	204.8	206.3	164.3	187.8	202.4	207.5	206.9
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	1'051.7	1'080.3	1'103.4	1'143.8	1'181.5	1'180.3	1'210.9

Nach dem Rückgang des Personalaufwands durch das Sparpaket 2005 nimmt dieser wieder zu. Der wesentliche Teil des Zuwachses von 2005 auf 2006 basiert auf Änderungen in der Verbuchungspraxis (vgl. Bericht zum Voranschlag 2006). Ab 2007 entwickelt sich der Personalaufwand analog der Teuerung. Beim Sachaufwand ist vorab der medizinische Bedarf für die Kostenentwicklung verantwortlich. Da wir mittelfristig mit höheren Zinsen rechnen, nehmen die Passivzinsen ab 2007 wieder zu. Zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele sind die Abschreibungen ab 2007 wiederum zu erhöhen. Die Staatsbeiträge haben erneut die stärkste Kostenentwicklung. Dies liegt vor allem an den Aufgabenbereichen „Bildung“ und „Soziale Wohlfahrt“. Durch das Ende der Übergangsregelung des innerkantonalen Finanzausgleichs wird dieses Wachstum im Jahr 2009 einmalig gebremst.

Die Auswirkungen aus der Reform 06 und der zusätzlichen Entlastung von 20 Millionen Franken ab 2007 sind noch nicht auf die einzelnen Kostenarten berechnet worden. Wir haben sie deshalb zentral bei den internen Verrechnungen eingestellt. Die Umsetzung dieser Entlastungsprogramme wird den Personalaufwand, den Sachaufwand und die Staatsbeiträge gegenüber der oben stehenden Tabelle reduzieren.

Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung



Ertrag Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010
Total Ertrag	3'305.4	3'305.5	3'353.1	3'428.2	3'480.7	3'492.5	3'525.0
Steuern	1'018.0	1'029.0	987.1	1'009.9	983.3	976.0	978.6
Entgelte ¹	518.7	508.2	551.8	560.1	567.8	576.4	585.3
Beiträge und Anteile ²	920.7	918.0	937.8	969.5	1'046.0	1'067.4	1'084.1
Übrige Erträge ³	110.4	98.3	97.6	109.6	97.6	97.6	97.6

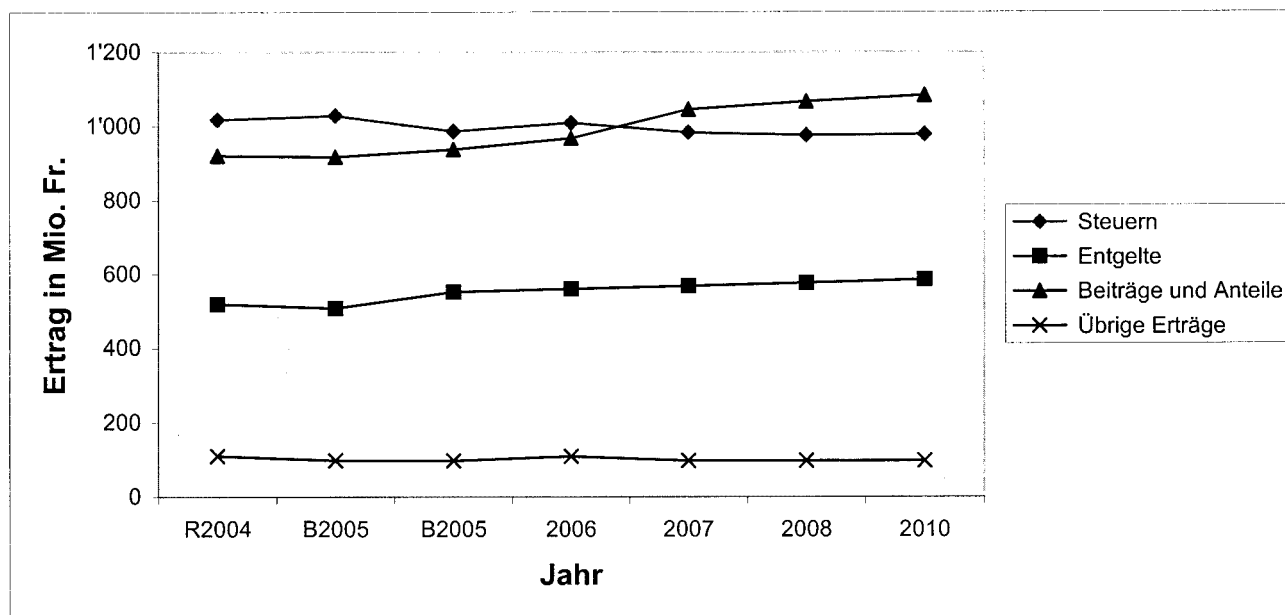
¹ Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen

² Subventionen, Rückerstattungen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

³ Regalien, Konzessionen und Vermögenserträge

Aufgrund der Steuersenkung um 1/10 einer Einheit im Jahr 2006, der Steuergesetzrevision 2008, dem Ausgleich der kalten Progression (2009) und der Halbierung der Vermögenssteuer (2010) rechnen wir in allen Planjahren mit Steuererträgen, welche unter denjenigen der Rechnung 2004 und dem Budget 2005 liegen. Die Steuern liegen ab 2007 unter den Erträgen aus Beiträgen und Anteilen. Dank dem guten Abschluss der Spitäler in der Rechnung 2004 und infolge einer Praxisänderung bei der Verbuchung der Honorare in den Spitälern (vgl. Bericht zum Voranschlag 2006 für Details) steigen die Entgelte gegenüber dem Budget 2005 erheblich. Die kaum beeinflussbaren Mehraufwendungen in der Sozialen Wohlfahrt werden durch die gesetzlich geregelten Beiträge Dritter zu einem grossen Teil kompensiert. Die Anteile reduzieren sich durch die geringere Ausschüttung der Nationalbank gegenüber dem Finanzplanjahr 2006 im IFAP 2005-2009 um 19 Millionen Franken. Bei den Anteilen ist nebst den Schätzungen des Bundes zur Entwicklung der direkten Bundessteuer auch der Netto-Mehrertrag der NFA ab 2008 eingestellt. Bei den übrigen Erträgen rechnen wir mit Ausnahme des Buchgewinns aus dem Baurechtszins für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch in der Planperiode mit keinen Veränderungen.

Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung



V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2005-2009 mit Grossratsbeschluss vom 2. November 2004 nur teilweise genehmigt und uns zur Zurückhaltung bei der Kostenentwicklung in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt aufgefordert. Im Weiteren haben Sie folgende Auflagen definiert:

- Der Voranschlag 2006 muss mindestens ausgeglichen gestaltet werden können.
- Das Projekt „Reform 06“ mit Wirkung ab 2007 ist zwingend umzusetzen.
- Ab 2006 ist für die kommenden vier Jahre ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zwingend.
- Die Steuerbelastung der natürlichen Personen ist weiterhin dem Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern.

Um diese Ziele erreichen zu können, haben wir die Projekte „Verzichtspaket 06“ und „Reform 06“ gestartet. Durch die Ausschüttung des Erlöses aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank hat sich die Ausgangslage im Frühling 2005 geändert. Wir verwenden diese Mittel für den Schuldenabbau. Die dadurch entstandene Entlastung beim Schuldendienst ermöglicht uns eine in der bisherigen Planung nicht vorgesehene Steuersenkung um 1/10 einer Einheit ab 2006. Aufgrund der durch den Schuldenabbau entstandenen tieferen Abschreibungen mussten wir die Ziele zum Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2006 und 2007 anpassen.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 2006 84,2 Prozent und erhöht sich bis 2009 kontinuierlich auf 100,6 Prozent. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2007 bis 2010 beträgt 94,3 Prozent. Die laufenden Rechnungen schliessen in den Planjahren mit Aufwand- bzw. Ertragsüberschüssen in einstelliger Millionenhöhe ab. In diesen Zahlen sind die Umsetzung des Projekts „Reform 06“ und zusätzliche nachhaltige Entlastungen von 20 Millionen Franken ab 2007 enthalten. Wir haben somit wesentliche Schritte zur Erreichung der Ziele zum Selbstfinanzierungsgrad eingeleitet. Nebst den erwähnten Projekten müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Haushaltsneutrale Umsetzung der Finanzreform 08 und Einsatz aller NFA-Nettomittel für Steuersenkungen und den Schuldenabbau,
- Beschränkung der steuerlichen Entlastungen auf die von uns im IFAP 2006-2010 eingestellten Mittel,
- kein Ausbau von bestehenden bzw. Einführung von neuen Aufgaben und Leistungen ohne Kompensation in einem anderen Bereich.

Unsere Position im interkantonalen Steuerbelastungsindex hat sich trotz der Steuergesetzrevision 2001 und den linearen Steuersenkungen in den Jahren 2002 und 2003 nicht verbessert. Mit der Steuergesetzrevision 2005 und der linearen Steuersenkung 2006 haben wir deshalb weitere Schritte zur Annäherung der steuerlichen Belastung an den schweizerischen Durchschnitt unternommen. Wir sehen weiterhin für 2008 eine mit den NFA-Nettomitteln finanzierte Steuergesetzrevision 2008 vor. Neu haben wir als zusätzliche Massnahmen den separaten Ausgleich der kalten Progression (2009) und die Halbierung der Vermögenssteuer (2010) in die Planung einbezogen. Wir wollen Ihnen die drei Massnahmen (Steuergesetzrevision 2008, Ausgleich der kalten Progression 2009 und Halbierung der Vermögenssteuer 2010) in einem Paket unterbreiten. Wir erachten Steuergesetzrevisionen als wirkungsvollste Massnahme zur Verbesserung unserer Position. Wir sehen deshalb in der Planperiode keine linearen Steuersenkungen vor. Wir sind überzeugt, mit diesem Massnahmenpaket die Position im interkantonalen Steuerwettbewerb zu verbessern. Der Umfang der Verbesserung hängt vom Verhalten der übrigen Kantone ab.

Die Verschuldung hat dank der Ausschüttung der Nationalbank um rund 800 Millionen Franken abgenommen. Wir müssen der Verschuldung dennoch weiterhin eine hohe Beachtung schenken. In den Jahren 2006 und 2007 wird die Verschuldung aufgrund der geänderten Vorgaben zum Selbstfinanzierungsgrad um rund 45 Millionen Franken zunehmen. Wir wollen die Leistungen des Staats weiterhin selber finanzieren und die steuerlichen Entlastungen nicht mit zusätzlichen Schulden erkaufen. Wir müssen deshalb ab 2008 auf eine Neuverschuldung verzichten und einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent erreichen.

Der vorliegende IFAP 2006-2010 zeigt, dass steuerliche Entlastungen und ausgeglichene Rechnungen in den nächsten Jahren möglich sind. Wir können wesentliche Ziele des Legislaturprogramms und des Finanzleitbilds erfüllen und unsere Standortattraktivität verbessern. Dies gelingt uns nur, wenn wir

- die Mittel für neue Aufgaben bei bisherigen Leistungen einsparen,
- für Steuerentlastungen nur im die im IFAP eingestellten Mittel verwenden und
- die vorgesehenen Entlastungspakete konsequent umsetzen.

VI. Funktion und Bedeutung des IFAP

1. Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik, der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Grossen Rat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosse Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2006-2010 aber noch nicht enthalten. Eine Ausnahme bilden hier die Investitionen in kantonale Hochbauten. In den in Kapitel „X. Kantonale Hochbauten“ aufgeführten Totalen sind die beschlossenen, die geplanten und kleinere, im IFAP nicht erwähnte Projekte enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir grösstenteils noch keine politische Diskussion geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt dem Regierungsrat und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Sie haben bisher den IFAP jeweils teilweise genehmigt. Sie können auch Bemerkungen beschliessen, im Beschluss konkrete Aufträge für die weitere Planung festhalten und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, welche in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, werden wir Ihnen eine separate Vorlage unterbreiten.

2. Formale Anpassungen gegenüber dem IFAP 2005-2009

Sie finden im IFAP 2006-2010 erstmals für alle zehn staatlichen Hauptaufgaben den Teil „Grundauftrag und Veränderungen“. Darin haben wir bestehende Teile zusammengefasst und mit neuen Aussagen ergänzt. Er besteht aus folgenden Teilen:

- Grundauftrag (neu)
- Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen (bisher)
- Legislaturprogramm 2003-2007 (neu; besteht momentan nur aus einem Verweis)
- Generelle Entwicklung (bisher)
- Indikatoren und Kenngrössen (neu)
- Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009 (bisher)

3. Ausblick

Wir haben in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der Begleitgruppe New Public Management (BG NPM) den IFAP aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt. Er hat dadurch die von uns gewünschte Bedeutung erhalten. Wir werden bei der Erarbeitung des Legislaturprogramms 2007-2011 sicherstellen, dass sich die darin enthaltenen Ziele den zehn staatlichen Hauptaufgaben zuordnen lassen. Wir können somit gegenüber heute die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente Legislaturprogramm und Integrierte Finanz- und Aufgabenplan verbessern. Im Sinne der Stetigkeit in der Darstellung möchten wir auf weitere grössere Anpassungen verzichten. Insbesondere ein weiterer Ausbau im Umfang des Dokuments würde nach unserer Einschätzung die Arbeit in ihrem Rat eher erschweren als erleichtern.

VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003 – 2007

Politische Vorgaben

1. Wir wollen den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen

Mit einem attraktiven Bildungs- und Kulturangebot, einer guten und bezahlbaren Gesundheitsversorgung, mit starken Gemeinden und mit funktionsfähigen Infrastrukturen bleibt der Kanton Luzern konkurrenzfähig.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass sie am „richtigen Ort“ leben und arbeiten.

2. Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen

Unser finanzieller Handlungsspielraum ist eng begrenzt. Wir werden am richtigen Ort investieren und nicht am falschen Ort sparen. Oberstes Ziel bleibt ein gesunder Staatshaushalt.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass Steuern und Gebühren gerecht erhoben und sinnvoll verwendet werden.

3. Wir werden unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen

Der Kanton verfügt über ein Budget von rund drei Milliarden Franken. Er ist der grösste Investor und der grösste Arbeitgeber im Kanton Luzern. Wir sind uns der damit verbundenen Verantwortung bewusst und setzen alles daran, die staatlichen Leistungen qualitativ gut und preiswert zu erbringen. Wir sorgen für transparente Arbeitsabläufe und verbessern die Voraussetzungen, um effizient mit anderen Gemeinwesen und mit Privaten zusammenzuarbeiten.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass der Kanton für sie da ist, dass Regierung und Verwaltung ihr Vertrauen verdienen.

Finanzielle Vorgaben

In der Amtszeit 2003 – 2007 müssen wir die Ausgaben im Griff halten, die Ansprüche mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang bringen und unsere Mittel gezielt einsetzen. Wir erachten dies als Herausforderung, nach tauglichen und finanzierbaren Lösungen zu suchen, die den Kanton Luzern weiterbringen. Wir werden uns auf das Notwendige und Wichtige beschränken und dazu stehen, dass der Staat nicht alle Bedürfnisse befriedigen kann.

Umsetzung des Legislaturprogramms

Die Ziele Nr. 1.3, 9.5, 9.6, 9.7, 10.6, 10.7, 11.3, 11.4 und 11.5 sind Bemerkungen des Grossen Rats zum Legislaturprogramm. Gemäss § 79a, Grossratsgesetz, informiert der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem nächsten Jahresbericht über die Behandlung der Bemerkungen.

* Vorbemerkung zur Spalte „Bezug zur Hauptaufgabe“

Wir haben neu alle beschlossenen und eingerechneten Vorhaben, alle geplanten Vorhaben und alle Gesetzesänderungen mit einer Identifikationsnummer versehen. Das ermöglicht die Verknüpfung der Kapitel „VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ und „VIII. Aufgaben und Finanzen“. Diese Verknüpfung wird mit dem hier aufgeführten „Bezug zur Hauptaufgabe“ hergestellt. Das Nummerierungssystem hat folgende Bedeutung:

- 1. Stelle zeigt den betroffenen Hauptaufgabenbereich **4.x.x** (=Gesundheit)
- 2. Stelle zeigt die Art des Vorhabens
 - x.1.x** (=Beschlossen/Eingerechnet)
 - x.2.x** (=Geplant)
 - x.3.x** (=Gesetzesänderungen)
- 3. Stelle ist die laufende Nummerierung innerhalb der Kategorie, welche sich aus der 1. und 2. Stelle ergibt (z.B. 4.1.x bei allen beschlossenen und eingerechneten Vorhaben im Hauptaufgabenbereich Gesundheit).
- 4. Stelle zeigt das 1. Jahr der Planperiode. Das in diesem Dokument verwendete 06 bedeutet also eine Referenzierung auf den IFAP 2006-2010.

Nr.	Ziel			
1.	Eine Staatsorganisation für die Zukunft Die grossen Reformprojekte – Luzern '99, wirkungsorientierte Verwaltung WOV und neuer Finanzausgleich – haben die Regierungs- und Verwaltungsarbeit im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren verbessert. Dem Kanton gelingt es, die meisten Aufgaben speditiv, preiswert und kundenorientiert zu erfüllen.			
1.1	Wir wollen die Organisation unseres Staates weiter verbessern und zukunftsfähig erhalten			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Reform 06	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2010	0.1.2/06
1.2	Erarbeitung einer neuen Kantonsverfassung. Sie soll verständlich, übersichtlich und in moderner Sprache abgefasst sein			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Volksabstimmung zur neuen Kantonsverfassung	JSD	2007	0.3.1/06
1.3	Bemerkung des Grossen Rats: Der Kanton leistet gezielte, effiziente und nachhaltige Förderung aller Regionen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Erarbeitung des Entwurfs Waldentwicklungsplan Entlebuch mit der UnescoBiosphäre Entlebuch.	BUWD	2006	
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „Ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 – 2007	
	Weiterentwicklung S-Bahn-Luzern mit der 2. Etappe: Neue S-Bahn-Stationen, Angebotsverbesserungen und neues Rollmaterial, integraler Tarifverbund (siehe auch Ziele Nr. 12.2 und 12.5).	BUWD	2004 – 2007	6.1.3/06
2.	Selbständige Gemeinden Der Regierungsrat hat mit Luzern '99 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der die Gemeinden in ihrer Autonomie stärken wird. Zukunftsfähige Verwaltungseinheiten durch Gemeindefusionen, neue Zusammenarbeitsmodelle und der neue Finanzausgleich versetzen die Gemeinden in die Lage, selbständiger als bisher über ihre Mittel zu verfügen und sie wirksam einzusetzen.			
2.1	Wir führen das Projekt Gemeindereform 2000+ im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons weiter.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Aufgabenteilungsprojekt Kultur: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revision Denkmalschutzgesetz und Kulturförderungsgesetz).	BKD	2008	3.3.3/06
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen. Übernahme Trägerschaft durch Kanton gemäss Vertrag mit der Stadt Luzern (Mittelschuloptimierung).	BKD	2007	
	Finanzreform 08 (Kantonales Anschlussprojekt NFA) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden: Wir unterbreiten die Botschaft im Herbst 2006 dem Grossen Rat. Wir führen die obligatorische Volksabstimmung 2007 durch.	FD	2005 – 2008	0.1.7/06
	Aufgabenteilungsprojekt gesellschaftliche Integration und Soziales: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen zuhanden des Gesamtprojekts „Finanzreform 08“.	GSD	2006	0.1.7/06

Nr.	Ziel			
	Aufgabenteilungsprojekt Gesundheit: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen zuhanden des Gesamtprojekts „Finanzreform 08“.	GSD	2006	0.1.7/06
	Wirkungsbericht Nr. 2 zum kantonalen Finanzausgleich.	JSD	2007	
	Prüfen, ob mit Finanzreform 08 erste Anpassungen des Finanzausgleichgesetzes vorzunehmen sind.	JSD	2006 – 2008	
3.	Starkes Zentrum für einen starken Kanton In der dicht besiedelten, kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert (für jede Aufgabe eine spezielle Organisation). Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, diese Zusammenarbeit zu vereinfachen. Wir unterstützen die Diskussion über eine markante Vergrößerung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Zusammenschluss von Gemeinden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
4.	Grenzen überwinden			
4.1	Wir führen die enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen weiter. Langfristig halten wir das Zusammenwachsen der Zentralschweiz zu einem einheitlichen Lebensraum für wünschbar.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Regelung der Ursprungsbezeichnungen (AOC) der Zentralschweizer Kantone mit den Branchenverbänden.	BUWD	2006	
	Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz (ZUDK): Umsetzung des gemeinsamen Massnahmenplanes Luftreinhaltung.	BUWD	2004 – 2007	
	Überprüfung der Zusammenführung der Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2008	
	Verhandlungen mit den Kantonen OW, NW, ZG betreffend Errichtung eines gemeinsamen Dienstleistungszentrums Opferhilfe sind abgeschlossen. Der definitive Entscheid der Kantone NW und ZG muss abgewartet werden.	GSD	2006	
	Zentralschweizer Lösung für ein gemeinsames Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht.	JSD	2006	
	Zentralschweizer Lösung für das Messwesen (Eichmeister).	JSD	2007	
4.2	Wir orientieren uns gleichzeitig stärker Richtung Zürich, Aargau und Nordwestschweiz. Wir wollen die Zusammenarbeit mit diesen Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Raumplanung, Sicherheit, Verkehr und Kultur ausbauen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Planung und Bestellung von grenzüberschreitenden ÖV-Angeboten mit Nachbarkantonen.	BUWD	2004 – 2007	
	Weiterpflegen der bestehenden, vielfältigen Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Baudepartements des Kantons Aargau.	BUWD	2004 – 2007	

Nr.	Ziel			
	Realisierung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK).	BKD	ab 2006	
	Aufbau und Realisierung der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.	JSD	2007	1.1.4/06 9.1.6/06
	Aufnahme des Haft- und Untersuchungsgefängnisses Grosshof in das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz.	JSD	2008	
4.3	Wir lehnen isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone ab			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
4.4	Wir verfolgen gegenüber unseren Nachbarkantonen eine Politik der fairen Abgeltung von Zentrumsleistungen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Kantonen macht nur dann Sinn, wenn davon auch der Kanton Luzern profitiert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Unterstützung des Projektes der Zentralschweizer Finanzdirektoren über die Abgeltung von Standortvorteilen.	FD	2004 – 2007	
	Entwicklung aller Schulabkommen in Richtung volle Kostenabgeltung.	BKD	2006	
5.	Verwaltung weiter straffen Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2002 der Volksinitiative „für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung“ und damit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder zugestimmt. Wir haben die Departemente neu gegliedert und dabei darauf geachtet, dass möglichst homogene Aufgabenbereiche entstehen, dass die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher verteilt wird und dass das politische Gewicht der einzelnen Departemente möglichst ausgeglichen ist.			
5.1	Wir wollen in einer zweiten Phase der Departementsreform die Synergien nutzen, die durch die Reduktion auf fünf Departemente entstanden sind. Die Organisation soll weiter gestrafft und Verwaltungsabläufe sollen vereinfacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Überprüfung und Optimierung von Organisation und Leistungen im Bildungs- und Kulturdepartement: Abbau von 20 Vollzeitstellen im Verwaltungsbereich.	BKD	2006	
	Einheitliche Informatikstrategie für die Verwaltung erarbeiten und umsetzen.	FD	2005 – 2007	
	Ablösung Lohnsystem LUPIS: Mit der neuen Software sollen die Prozesse vereinheitlicht und vereinfacht werden.	FD	2006	
	Optimierung der Verwaltung der kantonalen Liegenschaften (u.a. Reduktion der eingesetzten Informatikmittel, Einführung der Kostenmiete).	FD	2007	
	Nutzen des Datenpools für die automatisierte Übermittlung von Abstimmungs- und Wahlresultaten der Gemeinden an den Kanton.	JSD	2007	
	Umsetzung Verzichtspaket 06	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2006	
	Projekt „Reform 06“.	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2010	0.1.2/06

Nr.	Ziel			
5.2	Wir werden innerhalb der Departemente noch Feinabstimmungen vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, einzelne Tätigkeitsbereiche von Dienststellen abtrennen und auch departementsübergreifend einer anderen Dienststelle zuordnen oder bestimmte Aufgaben auf Stellen ausserhalb der Zentralverwaltung übertragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Zusammenführung der Kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg.	BKD	2006	
	Überführung des Instituts für schulische Heilpädagogik und der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2006	
	Reduktion der schulischen Dienststellen im Bereich Berufsbildung von neun auf vier Dienststellen.	BKD	2006	2.1.8/06
	Neuorganisation Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienst Bern (MIBD).	BUWD/GSD	2006 – 2007	
6.	Wirkungsorientiert, aber einfacher Im Jahr 2005 wird die wirkungsorientierte Verwaltung flächendeckend eingeführt sein. Das neue Verwaltungsmodell funktioniert, die angestrebte Kosten- und Leistungstransparenz wurde weitgehend erreicht. Regierung und Verwaltung arbeiten mit verlässlichen Führungsinstrumenten.			
6.1	Wir wollen die Arbeit der Regierung und des Parlaments mit verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumenten unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Instrumente der Verwaltungsführung und der politischen Steuerung besser aufeinander abgestimmt werden und sich auf die wesentlichen Inhalte konzentrieren.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.	FD	2007	
	Einführung von LOG (leistungsorientierte Gerichte) im Gerichtswesen.	Obergericht/ Verwaltungsgericht	2006	
6.2	Der Kanton Luzern soll künftig über ein ausgereiftes, durchgängiges System von politischer Steuerung und Verwaltungsführung mit einfachen Strukturen und klaren Abläufen verfügen.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Legislaturprogramm 2007 – 2011	SK	2007	
7.	Können es andere besser oder kostengünstiger? In den vergangenen Jahren haben wir die Arbeitsabläufe in der Zentralverwaltung transparenter gestaltet. Heute wissen wir weitgehend, was die Leistungen des Staates tatsächlich kosten.			
7.1	Wir wollen abklären, ob sich durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Zentralverwaltung, die Verselbständigung einzelner Verwaltungseinheiten oder eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, anderen Gemeinwesen oder Privaten Kosten einsparen lassen. Anhand einzelner Bereiche oder Dienststellen (z.B. Spitäler, Strassenverkehrsamt) werden wir diese Möglichkeiten prüfen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wir erarbeiten dort, wo sinnvoll, neue Branchenlösungen (delegierter Vollzug der Betriebskontrollen, Qualitätskontrolle durch die Dienststelle Umwelt und Energie).	BUWD	2004 – 2007	
	Neues Spitalgesetz	GSD	2007	4.3.1/06
	Prüfen der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes.	JSD	2006	

Nr.	Ziel			
	Reform 06	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2010	0.1.3/06
8.	Sicherheit als Daueraufgabe Wir erachten den Schutz von Leib und Leben sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als eine unserer wichtigsten Daueraufgaben. Polizei und Strafverfolgungsbehörden haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Verschiedenen Untersuchungen belegen, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner sicher fühlen dürfen.			
8.1	Die Polizei soll eine kantonale Aufgabe bleiben.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei gemäss Planungsbericht vom 27. Mai 2002	JSD	2006	1.1.3/06
	3. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei um je acht Personen	JSD	2008 – 2010	1.2.1/06
	Einführung des schweizweit eingesetzten Funksystems Polycom	JSD	2007 – 2010	1.2.2/06
	Gesetzliche Regelung für Bevölkerungsschutz und Zivilschutz	JSD	2008	0.1.7/06
8.2	Wir sorgen für eine gute Ausbildung der Polizei und unterstützen den Aufbau der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Ausbildung unserer Polizeianwärter/innen an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch	JSD	2007	1.1.4/06
8.3	Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass die kantonalen Polizeikorps im Alltag und bei aussergewöhnlichen Ereignissen (z.B. WEF, Davos) noch enger zusammenarbeiten können.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verstärkung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikorps, auch über die Zentralschweiz hinaus.	JSD	2004 – 2007	
	Pol XXI, Projekt der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der zentralschweizer Polizeikorps zu intensivieren.	JSD	2007 – 2015	
8.4	Wir sind überzeugt, dass insbesondere Sozial- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik wesentlich dazu beitragen, unsere Gesellschaft noch sicherer zu machen. Wir werden daher die Familien stärken. Dazu gehört unter anderem eine steuerliche Entlastung. Das Leitbild unserer Ausländer- und Integrationspolitik bleibt gültig. Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern (Leitbild).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Einführung von Tagesstrukturen in der Volksschule.	BKD	ab 2006	
	Unterstützung von Schulen mit hohem Anteil an Fremdsprachigen.	BKD	ab 2005	
	Steuergesetzrevision 2008	FD	2007	9.1.2/06
	Umsetzung des Leitbildes zur Ausländer- und Integrationspolitik (insbesondere Förderung der Einbürgerungen, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung des kantonalen Personals, Projektförderung und Bekämpfung des Missbrauchs im Ausländerrecht).	JSD	2007	

Nr.	Ziel			
9.	Bildung ist unsere Investition in die Zukunft Das Schulangebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut und attraktiv. Dies verdanken wir in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern. Gut ausgebildete Menschen, die befähigt sind, die Zukunft zu meistern, sind unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb wollen wir unser Bildungsangebot immer wieder den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen anpassen.			
9.1	Im Rahmen des Projekts „Schule in Diskussion“ haben wir uns grundsätzliche Überlegungen zum Volksschulunterricht gemacht und die Rolle aller Beteiligten geklärt. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt dienen als Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die weitere Schulentwicklung. Es ist unbestritten, dass das Unterrichtsangebot angepasst werden muss und eine stärkere Konzentration auf die wesentlichen Unterrichtsinhalte gewünscht wird. Welche Fremdsprachen wann in der Volksschule unterrichtet werden sollen, klären wir in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen ab. Wir haben 2004 dem Grossen Rat einen entsprechenden Planungsbericht unterbreitet.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005: Realisierung der drei folgenden Hauptprojekte: - Elementare Bildung - Lehren und Lernen - Erprobung der Basisstufe.	BKD	2005 – 2009	2.1.4/06
	Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs): Umsetzung folgender Massnahmen: - Förderung der Schulsozialarbeit durch Förderbeiträge - Ausweitung des Schulpools zur Entlastung der Lehrpersonen für besondere Aufgaben - Ausweitung der länger dauernden Weiterbildung.	BKD	ab 2005	2.1.11/06
	Planungsbericht über den Computer-Einsatz in den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II: Umsetzung der Massnahmen.	BKD	2008	
	Planungsbericht über den Fremdsprachenunterricht an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2007	
	Planungsbericht über ein lohnrelevantes Qualifikationssystem bei den Lehrpersonen an den Grossen Rat.	BKD	2008	2.2.1/06
9.2	Wir werden auch in Zukunft in allen Regionen des Kantons Luzern eine gymnasiale Maturitätsschule führen. Wir erachten es indessen als sinnvoll, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung breit zu überprüfen, bevor wir teure Neuinvestitionen vornehmen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Günstige Voraussetzungen schaffen für Übertritt ins Kurzzeitgymnasium nach der 2. Sekundarklasse.	BKD	2009	
	Konzentration der Mittelschulen im Seetal in Baldegg.	BKD	2006	
	Bereitstellung der erforderlichen Infrastrukturen in der Agglomeration Luzern. Nachhaltige Entlastung der Kantonsschule Luzern	BKD	2010	Ermöglicht durch 2.2.7/06
9.3	Wir wollen den dualen Berufsbildungsweg stärken und die Partnerschaft mit der Wirtschaft intensivieren. Im schulischen Bereich beabsichtigen wir, Strukturen und Organisation der Berufsschulen im Kanton Luzern an die Erfordernisse des neuen Berufsbildungsgesetzes anzupassen.			

Nr.	Ziel			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) in sämtlichen Berufen.	BKD	ab 2006	2.1.6/06 2.1.13/06
	Reorganisation der Berufsschulkreise und Berufszuordnungen.	BKD	2007	2.1.8/06
	Etablierung der Fachmittelschulen.	BKD	2006	
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen.	BKD	2007	
	Intensivierung der Verbundpartnerschaft gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) mit Betrieben und Verbänden.	BKD	2007	
9.4	Luzern soll zu einem Zentrum für Hochschulbildung werden und als solches auch wahrgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass unsere Universität mit ihren drei Fakultäten den Neubau am Kasernenplatz im Jahr 2008 beziehen kann. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Hochschulen untereinander enger und effizienter wird (Campus Luzern).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Massnahme zu Uni-Neubau siehe Ziel Nr. 9.7.			
	Konsequente Umsetzung der Uni-Strategie.	BKD	ab 2005	2.1.12/06
	Den „Offenen Campus“, den Hochschulsport und die Kinderkrippe weiterführen und konsolidieren. Das Schwergewicht der Zusammenarbeit wird auf die Nutzung von besonderen Kompetenzen und Synergien gelegt.	BKD	ab 2005	
9.5	Bemerkung des Grossen Rats: Eine Gesamtschulplanung (inkl. Musikschule) mit Kostenfolge soll für das ganze kantonale Bildungsangebot gemacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat. Für die Volksschulen haben wir im Planungsbericht B 52 die mittel- und langfristigen Entwicklungsschritte aufgezeigt. Für die Berufsbildung haben wir in der Botschaft zum neuen Gesetz über die Berufsbildung und Weiterbildung ebenfalls eine umfassende Darstellung der zukünftigen Weiterentwicklung dargestellt. Für die Gymnasien haben wir in einem Beschluss vom 26. Oktober 2004 die Planungsschritte festgelegt.	BKD	2004	
9.6	Bemerkung des Grossen Rats Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Siehe Massnahmen unter Ziel Nr. 9.2.	BKD		
9.7	Bemerkung des Grossen Rats Das Uni-Projekt ist unter Berücksichtigung der neuen Ausgangslage zügig weiterzuentwickeln.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>

Nr.	Ziel			
	Wir wollen dem Grossen Rat im Sommer 2006 und den Stimmberechtigten Ende 2006 die Vorlage für den Erwerb und den Umbau des Postbetriebsgebäudes unterbreiten. Wir werden die Projektierung und das Submissionsverfahren vom Frühjahr 2007 bis Ende 2008 durchführen. Die Bauvorbereitungsarbeiten werden im September 2008 nach der Übergabe der Liegenschaft durch die Post beginnen. Der Bezug des umgebauten Gebäudes ist gestaffelt ab Herbst 2010 bis 2011 geplant.	FD in Zusammen- arbeit mit BKD	2005 – 2011	2.2.7/06
10.	Gesundheit muss bezahlbar sein Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen ist heute meist eine Diskussion über steigende Kosten und Prämien erhöhungen. Das ärztliche und pflegerische Angebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut. Die Versicherten gelangen indessen allmählich an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.			
10.1	Als grösster Anbieter von Gesundheitsleistungen im Kanton Luzern werden wir uns daher in erster Linie bemühen, die Kosten für unsere hochwertige Gesundheitsversorgung im Griff zu halten und – wo möglich – zu senken. Nur was wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam ist, soll in Zukunft von Kanton und Grundversicherung mitfinanziert werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neues Abgeltungsmodell in den Akutspitälern (Ablösung der Tagespauschale durch ein Fallpauschalensystem (DRG)).	GSD	ab 2007	
	Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung in den Spitälern.	GSD	ab 2006	4.1.1/06, vierter Einzug
	Flächendeckende Leistungserfassung in den Spitälern.	GSD	2006	
	Einführung neuer Organisations- und Leitungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten (Massnahme ist integriert in den Planungsbericht Gesundheitsversorgung und im Spitalgesetz).	GSD	2006 – 2007	4.1.1/05, erster Einzug
10.2	Wir werden das Angebot in der Gesundheitsversorgung präziser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abstimmen und die Zusammenarbeit unter den öffentlichen und privaten Leistungsanbietern verbessern. In den Bereichen Einkauf, Personal, Logistik und Rechnungswesen können damit Synergien genutzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen	GSD	ab 2006	4.1.1/06
	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes	GSD	2006 – 2007	
	Neues Spitalgesetz.	GSD	2007/2008	4.3.1/06
10.3	Wir prüfen, ob das Zentrumsspital auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen anbieten muss.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen	GSD	ab 2006	
10.4	Künftig sollen möglichst viele Patientinnen und Patienten ambulant statt stationär behandelt werden. Dies setzt voraus, dass ambulante und stationäre Medizin (Kliniken/Ärzte) sowie Pflege (Spitex/Heime) im Sinn einer eigentlichen Behandlungskette vernetzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>

Nr.	Ziel			
	Umsetzung der beschlossenen Massnahmen aus den Berichten zur Pflegeheimplanung und zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) mit Einbezug der Gemeinden.	GSD	ab 2006	4.1.1/06 4.2.2/06
10.5	Wir verzichten auf die Erstellung neuer Infrastrukturen, bauen Überkapazitäten ab und reduzieren – wo vertretbar – bestehende stationäre Angebote.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen	GSD	ab 2006	4.1.1/06 4.2.2/06
	Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Wir sind daher dabei, ein Controlling aufzubauen um die Kosten besser zu steuern.	GSD	2005 – 2007	5.3.1/06
	Revision des Heimfinanzierungsgesetzes mit dem Ziel, neue Finanzierungsmodelle mit mehr Steuerungsmöglichkeiten einzuführen.	GSD	2007	5.3.1/06
10.6	Bemerkung des Grossen Rats Der Grosse Rat muss in der Versorgungsplanung und in der Spitalplanung besser eingebunden werden.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen	GSD	ab 2006	4.1.1/06
10.7	Bemerkung des Grossen Rats Die Planung und Weiterentwicklung des luzernischen Spital- und Gesundheitswesens hat sich an den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern zu orientieren.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen	GSD	ab 2006	4.1.1/06
11.	Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft			
11.1	Der Wirtschaft und ansiedlungswilligen Unternehmen stellt der Kanton Luzern eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine verlässliche Raumplanung, zügige Bewilligungsverfahren und moderate Steuern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erneuerung der amtlichen Vermessung.	BUWD	2005 – 2012	
	Gesamthafte Überprüfung kantonaler Richtplan.	BUWD	2007 – 2009	
	Bereitstellung von Geodaten (GIS Kanton Luzern) und Raumkataster.	BUWD	2005 – 2010	
	Umsetzung kantonale Energiepolitik auf der Basis des neuen Konzeptes.	BUWD	ab 2006	
	Abbau bürokratischer Hemmnisse in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft: Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen der Task force mit den Branchenvertretern.	BUWD	ab 2006	
	Altlastenuntersuchungen und Sanierungen vorantreiben.	BUWD	2007	
	Senkung Staatssteuern um 1/10 einer Einheit (siehe auch Ziel Nr. 13.3)	FD	2006	
	Kantonale Steuergesetzrevision 2008	FD	2008	9.1.2/06
	Ausgleich der kalten Progression	FD	2009	9.1.3/06
	Halbierung der Vermögenssteuer	FD	2010	9.1.4/06

Nr.	Ziel			
11.2	Die Luzerner Wirtschaft soll mittelfristig weniger abhängig von Tourismus und Landwirtschaft werden.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Ausbau der Promotionsmassnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung (Ansiedlung neuer Betriebe im Kanton Luzern) / Neuorganisation der Luzerner Wirtschaftsförderung (PPP-Trägerschaft).	BUWD	2006 – 2009	8.1.4/06
	Gemeinsam mit der Branche und Experten wird eine Strategie für die Landwirtschaft entwickelt mit dem Ziel, die Ressourcen optimal einsetzen zu können. Anschliessend Planungsbericht an den Grossen Rat..	BUWD	2004	
		BUWD	2005	
11.3	Bemerkung des Grossen Rats Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie wird fokussiert.			
	Massnahme:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Weiterentwicklung und Umsetzung Wirtschaftsförderungskonzept.	BUWD	2005 – 2006	
11.4	Bemerkung des Grossen Rats Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Pflege des ländlichen Naherholungsraums werden als nachhaltige Wertschöpfung von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus anerkannt und gefördert.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Umsetzung Agrarpolitik 2007.	BUWD	2007	
	Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe. Einführung Bonitätsklassen, Reduktion der Kontrollen; Dateneingabe über www.agrogate.ch .	BUWD	2007	
	Koordination Beiträge Naturschutz und Landwirtschaft weiterpflegen und optimieren. Ökologische Vernetzungspunkte Landwirtschaft.	BUWD	2005 – 2006	
			2004 – 2007	
	Angepasste Nutzung nachwachsender Energieträger sicherstellen und fördern. Förderung 1 grösserer Biogas-Anlage zur Hofdüngeraufbereitung.	BUWD	2004 – 2007	
	Artenvielfalt sicherstellen sowie erforderlichen Schutz und ökologische Aufwertung der Landschaft fördern.	BUWD	2004 – 2007	
11.5	Bemerkung des Grossen Rats Der Bestandespflege der bestehenden Betriebe ist die gleich hohe Priorität einzuräumen wie der Ansiedlung neuer Betriebe.			
	Massnahme:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Abstimmung Bestandespflege gemäss Wirtschaftsförderungs-Konzept mit den regionalen Partnern und Gemeinden. Neuausrichtung Organisationen Wirtschaftsförderung, PPP-Trägerschaft.	BUWD	2004 – 2007	
12.	Agglomeration Luzern muss erreichbar bleiben.			
12.1	Wir wollen die Mobilität sicherstellen, das heisst den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr effizient, wirksam und umweltverträglich gestalten.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Umsetzung Gesamtstrategie Verkehr gemäss Letter of Understanding vom 26.6.2000.	BUWD		

Nr.	Ziel			
	Umsetzung Gesamtstrategie Siedlung und Verkehr gemäss Schlussbericht Aggloprogramm Luzern vom 7. Februar 2005. Mitfinanzierung durch Bund frühestens ab 2007.	BUWD	2005 – 2020	
12.2	Wir achten besonders darauf, dass die Agglomeration Luzern zugänglich bleibt und dass ihre Erreichbarkeit auch in Zukunft sichergestellt ist.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Autobahnanschluss Rothenburg erschliesst den Entwicklungsschwerpunkt Rothenburg-Station (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2008	6.1.5/06
	Neuer Autobahnanschluss Buchrain mit Zubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2010	6.1.5/06
	Weiterausbau S-Bahn Luzern (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.5).	BUWD	2006 – 2020	6.1.3/06
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen gemäss langfristiger Finanzplanung.	BUWD	2003 – 2006 2007 – 2010	6.1.5/06
12.3	Der Transitverkehr und ein wesentlicher Teil des regionalen Individualverkehrs sollen auf einem übergeordneten Strassennetz geführt werden, das die Erschliessung der fünf Subzentren und der regionalen Entwicklungsschwerpunkte sicherstellt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen gemäss langfristiger Finanzplanung.	BUWD	2003 – 2006 2007 – 2010	6.1.5/06
12.4	Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd-Transitachse werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass im Grossraum Luzern der Transitverkehr vom Agglomerationsverkehr getrennt wird.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Bypass kurz stellt langfristige Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern sicher. Planungsarbeiten werden zusammen mit dem Bund aufgenommen.			
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 1. Schritt: Zweckmässigkeitsprüfung ▪ Realisierung 	BUWD BUWD	2005 2018	
12.5	Unsere wichtigsten Vorhaben sind der weitere Ausbau der S-Bahn zur Kapazitätssteigerung im öffentlichen Regionalverkehr sowie die Erstellung der Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Realisierung der 2. Etappe der S-Bahn Luzern. (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.3).	BUWD	2005 – 2007	
	Weiterer Ausbau Bahnlinie Luzern-Zug auf Doppelspur im Hinblick auf die Einführung 30-Minutentakt S-Bahn Luzern-Zug.	BUWD	2005 – 2010	
	Ausbau und Tieferlegung Zentralbahn in Luzern.	BUWD		6.1.5/06
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Planung ▪ Realisierung 		2005 – 2008 2009 – 2012	
	Autobahnanschluss Buchrain und Autobahnzubringer Rontal:	BUWD		6.1.5/06
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Volksabstimmung Kredit ▪ Planaufgabe ▪ Genehmigung Bauprojekt Zubringer (RR) ▪ Genehmigung Ausführungsprojekt (UVEK) ▪ Inbetriebnahme 		2005 2006 2006 2010	

Nr.	Ziel			
	Autobahnanschluss Rothenburg: ▪ Planaufgabe ▪ Projektbewilligung durch UVEK ▪ Inbetriebnahme unter Vorbehalt	BUWD	2005 2006 2008	6.1.5/06
13.	Gesunde Finanzen und tragbare Steuern			
13.1	Wir wollen unsere erfolgreiche Finanzpolitik auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiterführen. Mit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik schaffen wir auch in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für ausgeglichene Staatsrechnungen. Der Selbstfinanzierungsgrad soll in der Periode 2004 bis 2008 jeweils über 100 Prozent betragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Als Folge der Auswirkungen der SNB-Ausschüttung werden folgende Selbstfinanzierungsgrade als Ziel gesetzt: 2006: mind. 80% 2007: mind. 90% ab 2008: mind. 100%	FD	2006 – 2008	
	Umsetzung Sparpaket 2005	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2004 – 2007	
	Umsetzung Verzichtspaket 06	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2006	
	Projekt „Reform 06“ mit einer Entlastung des Staatshaushalts am 2008	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2010	0.1.2/06
	Nachhaltige Entlastung des Staatshaushalts von 20 Millionen Franken ab 2007	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007-2010	0.1.3/06
13.2	Die Verschuldung des Kantons soll bis Ende 2009 auf 750 Millionen Franken reduziert werden. Als Zwischenziel haben wir uns eine Verschuldung von 900 Millionen bis Ende 2007 gesetzt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verwendung der SNB-Ausschüttung aus dem Verkauf der Goldreserven zur Schuldentilgung	FD	2005 – 2006	
	Verkauf von LUKB-Aktien und weiteren Wertschriften	FD	2004 – 2009	
	Periodischer Abbau der Strassenschuld	BUWD	2009	
	Konsequente Überprüfung des Liegenschaftsportfolios und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens	FD	2004 – 2009	
13.3	Wir halten daran fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Senkung Staatssteuern um 1/10 einer Einheit (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2006	
	Kantonale Steuergesetzrevision 2008 (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2008	9.1.2/06
	Ausgleich der kalten Progression.	FD	2009	9.1.3/06
	Halbierung der Vermögenssteuer	FD	2010	9.1.4/06

VIII. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

In Mio. Franken	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	% ¹
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	3'306.4	3'320.7	3'352.2	3'430.8	3'475.2	3'485.7	3'530.8	5.3
Ertrag	3'305.4	3'305.4	3'353.1	3'428.2	3'480.7	3'492.5	3'525.0	5.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.0	15.2	-0.9	2.6	-5.5	-6.8	5.8	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	287.0	321.5	283.0	320.6	236.7	235.8	240.6	-15.0
Einnahmen	111.1	145.5	118.8	141.8	45.7	44.8	44.8	-62.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	175.9	175.9	164.2	178.8	191.0	191.0	195.8	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	1'051.7	1'080.3	1'103.4	1'143.8	1'181.5	1'180.3	1'210.9	9.8
Ertrag	531.6	528.5	548.5	576.8	589.8	604.4	621.1	13.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	520.1	551.8	554.8	567.0	591.6	575.9	589.8	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	27.4	28.6	22.6	23.1	18.3	18.2	22.3	-1.5
Einnahmen	84.6	107.9	91.6	114.6	18.4	17.5	17.5	-80.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-57.2	-79.3	-69.0	-91.5	-0.1	0.6	4.7	

¹ Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2009 in Prozenten.

0 Allgemeine Verwaltung		IFAP 2006-2010	Grundauftrag und Veränderungen
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung			
Grundauftrag <i>01 Legislative und Exekutive</i> - Führung des Kantons Luzern durch Parlament und Regierung. <i>02 Allgemeine Verwaltung</i> - Unterstützung der Regierung bei der Verwaltungsführung und des Grossen Rates bei seiner Aufsicht über die staatliche Verwaltung. - Bereitstellung und Erbringung von zentralen Dienstleistungen für Parlament, Regierung und Verwaltung sowie für Gemeinden und Öffentlichkeit. <i>03 Leistungen Pensionierte</i> - Sicherstellung der Pensionsordnung für Magistraten. <i>09 Nicht aufteilbare Aufgaben</i> - Bewirtschaftung sämtlicher staatlicher Immobilien des Kantons.			
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen			
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislative und Exekutive	Grosser Rat	Staatskanzlei	SK
	Regierungsrat	Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK
	Publikationen	Staatskanzlei	SK
	Departementssekretariat	Departementssekretariat BUWD	BUWD
	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat	Departementssekretariat FD	FD
	Dienstleistungen Informatikgesamtverantwortlicher	Departementssekretariat FD	FD
	Ertrag aus Leistungsgruppe Sonderbereich	Departementssekretariat FD	FD
	Finanzdienstleistungen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Finanzverwaltung	Finanzverwaltung	FD
	Steuerverwaltung	Steuerverwaltung	FD
	Bau- und Immobilienmanagement	Amt für Hochbauten und Personalamt	FD
	Personalmanagement	Personalamt	FD
	Sonderbereich Personalamt	Personalamt	FD
	OID	Organisations- und Informatikdienste	FD
	Statistik	Amt für Statistik	FD
	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat JSD	JSD
	Regierungsstatthalter	Regierungsstatthalter	JSD
	Aufsicht, Vollzug und Beratung	Amt für Gemeinden	JSD
	Gemeindeentwicklung, exkl. Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
	Dienstleistungen	Staatsarchiv	JSD
	Forschen und publizieren	Staatsarchiv	JSD
	Abschreibungen auf Strassen und Ertrag aus Steuern	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
	Ertrag Motorfahrzeugsteuern und Aufwand für Übertrag Steuern	Strassenverkehrsamt	JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereich FV	Finanzverwaltung	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD
Legislaturprogramm 2003-2007 Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.			

01 Legislative und Exekutive

- Staatsverfassung:

- Staatsverfassung:
Der Regierungsrat hat den Entwurf der Verfassungskommission in die Vernehmlassung gegeben. Gestützt auf die Vernehmlassungsauswertung hat die Verfassungskommission Empfehlungen verabschiedet; die Arbeit der Kommission ist damit beendet. Die nächsten Schritte der Verfassungsrevision sind: Beratung und Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch den Regierungsrat mit Botschaft an den Grossen Rat (Herbst 2005), Beratung im Grossen Rat (2005/2006) und die Volksabstimmung, vorgesehen für das Jahr 2007.

02 Allgemeine Verwaltung

- Ab 1.1.06 ist WOV flächendeckend eingeführt in der kant. Verwaltung.
- Per 1.1.06 wird das bisherige Lohninformatiksystem ersetzt durch das SAP-Modul HR.
- Im Bereich der kantonalen Informatik ist mit steigenden Anforderungen an Sicherheit und Verfügbarkeit zu rechnen.
- Durchgängiger SAP R/3 Einsatz im Finanz- und Logistikbereich (Roll-Outs, Ablösung Alt-Systeme) und Integration und Ausbau zusätzlicher SAP R/3 Funktionalitäten nach Bedarf der Departemente.

03 Leistungen Pensionierte

- Der Bereich Renten für Magistratspersonen wird langfristig auslaufen, da Neurenten ab 1.7.2003 direkt durch die LUPK ausbezahlt werden.

09 nicht aufteilbare Aufgaben

- Im Bereich Liegenschaften soll das Mietmodell für interne Dienststellen auf 2008 umgestellt werden. (Einrechnung kalk. Kosten und Abschreibungen)
- Für die UNI Luzern ist ab 1.1.07 ein Erweiterungsbau geplant

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009

a) Inhaltliche Veränderungen

Organisatorische Anpassungen	<ul style="list-style-type: none"> - Integration IKZB vom BKD in die Dienststelle OID (FD) bzw. in die PHZ - Verschiebung des staatlichen Versicherungswesens von der Finanzverwaltung zum Amt für Finanzdienstleistungen
Mutationen der Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> - - -
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> - Statistikgesetz - Informatikgesetz
Neue Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung des kantonalen Rechts an die neue Verfassung

b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	342.7	339.9	345.1	348.1	
IFAP 2006-2010	356.8	350.3	320.9	317.5	
<i>Veränderung</i>	-14.1	-10.4	24.2	30.6	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	285.0	288.0	293.2	296.3	
IFAP 2006-2010	294.5	310.4	301.9	305.9	
<i>Veränderung</i>	-9.5	-22.4	-8.7	-9.6	
Begründung: - Abschreibungen auf den Staatsliegenschaften sind neu in der Funktion 0 Allgemeine Verwaltung enthalten (vorher 9 Finanzen und Steuern). - Reduktion des Aufwands durch zentral eingestellte Einsparung von 20 Mio. Fr. (ab 2007) bzw. durch Reform 06 (ab 2008). - Baurechtszins Interkantonale Polizeischule Hitzkirch führt zu einem Mehrertrag im Planjahr 2007. - Diverser Mehrertrag des Amts für Finanzdienstleistungen, u.a. für kalkulatorische Zinsen.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	8.5	8.6	8.8	8.8	
IFAP 2006-2010	8.6	9.6	8.9	8.9	
<i>Veränderung</i>	-0.1	-1.0	-0.1	-0.1	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.2	0.2	0.2	0.2	
IFAP 2006-2010	0.0	0.8	0.0	0.0	
<i>Veränderung</i>	0.2	-0.6	0.2	0.2	
Begründung: - keine wesentlichen Abweichungen					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	6.8	0.8	0.8	0.4	
IFAP 2006-2010	3.9	1.3	1.4	0.9	
<i>Veränderung</i>	2.9	-0.5	-0.6	-0.5	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.5	0.5	0.5	0.5	
IFAP 2006-2010	4.3	24.3	4.4	4.4	
<i>Veränderung</i>	-3.8	-23.8	-3.9	-3.9	
Begründung: - Im IFAP 2005-2009 war für 2006 ein Aufwand von 6,5 Mio. Fr. für Gemeindeprojekte vorgesehen. Im Budget 2006 wurde der Betrag auf 3,1 Mio. Fr. reduziert. - Im Jahr 2006 ist beim Ertrag eine Auflösung von Rückstellungen von 3 Mio. Fr. enthalten. Diese war im IFAP 2005-2009 nicht vorgesehen. - Der Ertrag aus dem Baurechtszins IPH ist als Ertrag aus Staatsbeiträgen kontiert.					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
0.1.1/06 Erhöhung des Investitionspools BUWD zum Ersatz diverser Kataster in der Dienststelle uwe (CO ² -Kataster, Ara-Kataster, Industrie-Kataster, Gewässer-Kataster und Luft-Emmissionen)	2007 - 2010		1,1
0.1.2/06 Summarische Berücksichtigung der erwarteten Einsparung aus der Reform 06 (2008: 20 Mio., 2009: 26 Mio., ab 2010: 38 Mio.)	ab 2008	- 84	
0.1.3/06 Summarische Berücksichtigung der zusätzlichen Sparmassnahmen, um Budgetziele ab 2007 erreichen zu können (nachhaltige Entlastung von 20 Millionen Franken jährlich)	ab 2007	- 80	
0.1.4/06 Erhöhung der LUPK-Annuitätendifferenz	ab 2007	0,8	
0.1.5/06 Einführung von neuen BVG-Pflichtigen gemäss neuen gesetzlichen Grundlagen	ab 2007	4,0	
0.1.6/06 Zusätzliche Kosten im Wahljahr (davon 0,4 Millionen interner Leistungsbezug)	2007	0,9	
0.1.7/06 Finanzreform 08 in Zusammenarbeit mit dem VLG mit der Vorgabe der Haushaltsneutralität			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
0.3.1/06 SRL Nr. 1: Totalrevision Kantonsverfassung	bis 2007		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	363.6	337.6	356.8	350.3	320.9	317.5	308.6	-13.5
Ertrag	221.2	290.6	294.5	310.4	301.9	305.9	309.9	5.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	142.4	47.1	62.4	39.9	19.0	11.6	-1.3	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	3.1	3.1	9.4	9.6	9.8	9.9	10.0	
Ertrag	0.2	2.5	2.7	2.7	2.7	2.8	2.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.9	0.5	6.7	7.0	7.1	7.1	7.2	
02 Allgemeine Verwaltung								
Aufwand	267.9	266.7	242.3	222.7	204.2	199.8	189.8	
Ertrag	106.8	169.5	179.0	181.8	184.0	186.8	189.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	161.1	97.2	63.2	40.9	20.1	13.0	0.3	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	6.4	6.0	6.0	6.1	6.2	6.3	6.4	
Ertrag	0.1	-	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.2	6.0	5.9	6.0	6.1	6.1	6.2	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben								
Aufwand	86.2	61.9	99.1	111.9	100.7	101.5	102.4	
Ertrag	114.1	118.5	112.6	125.8	115.0	116.2	117.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-27.9	-56.6	-13.5	-13.9	-14.3	-14.6	-15.0	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	9.6	9.9	8.6	9.6	8.9	8.9	8.9	3.0
Einnahmen	0.1	0.5	0.0	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	9.5	9.4	8.6	8.8	8.8	8.8	8.8	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	0.9	3.2	3.9	1.3	1.4	0.9	0.9	-76.4
Ertrag	0.2	0.3	3.2	3.2	3.3	3.3	3.4	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.7	3.0	0.7	-1.9	-1.9	-2.4	-2.4	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen ¹	0.1	0.1	1.1	21.1	1.1	1.1	1.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.1	-0.1	-1.1	-21.1	-1.1	-1.1	-1.1	

¹ Enthält 2007 die einmalige Verbuchung eines Baurechtszinses für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch

1 Öffentliche Sicherheit		IFAP 2006-2010	Grundauftrag und Veränderungen
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung			
Grundauftrag 10 Rechtsaufsicht - Sicherstellung der Rechtsaufsicht 11 Polizei - Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (inkl. Strassenverkehr) 12 Rechtssprechung - Beurteilung von Rechtssachen - Wahrnehmen der Dienstaufsicht bei diversen Dienststellen 13 Strafvollzug - Vornahme des Vollzugs 15 Militärische Landesverteidigung - Unterstützungsaufgaben im Militärbereich (Bundesaufgabe) 16 Zivile Landesverteidigung - Zivilschutzpersonal- und Schutzraumplanung - Leitung des kantonalen Krisenstabs			
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen			
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Grundbuchwesen	Grundbuchwesen	Gerichte
	Schlichtungsbehörde Miete und Pacht	Schlichtungsbehörde Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalter und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Konkursämter	Konkursämter	Gerichte
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag und Übertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Gewerbliche Leistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizei	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizei	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizei	Kantonspolizei	JSD
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei	Kantonspolizei	JSD
	Zentralschweizerische Polizeischule	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtssprechung	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtsstatthalterämter / Untersuchungsrichteramt	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Obergericht	Obergericht	Gerichte
	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Gerichte
	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Gerichte
13 Strafvollzug	Untersuchungshaft	Haft- und Untersuchungs-gefängnis Grosshof	JSD
	Straf- und Massnahmenvollzug inkl. Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	Haft- und Untersuchungs-gefängnis Grosshof	JSD
	Halboffener Strafvollzug	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
	Betriebe	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Vollzugs- und Bewährungsdienste	JSD
14 Feuerwehr	Beiträge der Dienststelle vif		BUWD/FD
15 Militärische Landesverteidigung	Logistik und Betriebe (Teil Militär)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Wehrpflicht	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Logistik und Betriebe (Teil Zivilschutz)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Schutz und Einsatz	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD

Legislaturprogramm 2003-2007 Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 1 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 8) enthalten.					
Generelle Entwicklung 10 Rechtsaufsicht Das Konzept zur Erneuerung der amtlichen Vermessung (AV) der Abteilung Geoinformation und Vermessung (geo) in der rawi geht von Gesamtkosten für die Erneuerung der AV im Kanton Luzern von 37 Mio. Fr. aus, wovon der Bund 11.6 Mio Fr. beitragen sollte. Mit dem Inkrafttreten des neuen Finanzausgleiches (NFA) auf den 01.01.08 werden die Subventionen des Bundes an die Erneuerung der AV jedoch von 45% auf bis zu 10% bis 15% gekürzt. 11 Polizei Seit Dezember 2004 ist das Konkordat für die Errichtung und den Betrieb der Interkantonalen Polizeifachschule Hitzkirch (IPH) in Kraft. Gemäss Konzept wird die IPH im September 2007 im ehemaligen Lehrerseminar Hitzkirch und im Ausbildungszentrum Aabach in Hitzkirch eröffnet. Die beachtlichen Investitionen werden die Betriebskosten der IPH merklich beeinflussen und eine Erhöhung des Schulbeitrages des Kantons Luzern bewirken. Das Projekt XXI, bei dem das Zentralschweizer Konkordat als Pilotkonkordat fungiert, befindet sich in der Planungsphase. Nach der Bestandesaufnahme und Analyse wurden erste Ziele definiert. Die Planung und Realisation eines neuen Funknetzes (Polycom) zusammen mit den Dienststellen sowie den Organisationen des Bevölkerungsschutzes muss ab 2007 in Angriff genommen werden und verursacht hohe Investitionen. Im Kanton Luzern sind ca. 244'000 Motorfahrzeuge (ohne Mofa und Schiffe) immatrikuliert. Aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte rechnet man bis im Jahr 2010 mit insgesamt 30'000 zusätzlichen Fahrzeugen. Aufgrund dieser Zunahme gerät das Strassenverkehrsamt mit der Vornahme der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsintervalle zunehmend in Rückstand. Damit dieser Prüfungsturnus eingehalten werden kann, sind Anpassungen notwendig. Für die IFAP-Periode rechnet man mit zusätzlich 800 Stellenprozenten und den notwendigen Investitionen für die Infrastrukturen. Das Strassenverkehrsamt versucht in den nächsten Jahren die bestehenden (zugemieteten) Infrastrukturen auszubauen oder neue Räumlichkeiten zu mieten. 12 Rechtssprechung Aufgrund eines Bundesgerichtsurteils aus dem Jahr 2004 ist zur Zeit noch offen, ob das Hafttrichtersystem im Rahmen der Strafverfolgung vollständig neu zu organisieren ist. Sollte dies der Fall sein, erhöht sich der Finanzaufwand. Die in der Bundesverfassung verankerte Rechtsweggarantie (grundsätzlich ist bei allen Rechtsstreitigkeiten ein gerichtlicher Rechtsschutz zu gewährleisten) tritt voraussichtlich am 1. Januar 2007 in Kraft. Die Kantone müssen innert zwei Jahren, d.h. bis spätestens am 1. Januar 2009 ihre Gesetzgebung an die Erfordernisse der Rechtsweggarantie angepasst haben. Welche Auswirkungen dies auf die Tätigkeit der Gerichte und der Verwaltung haben wird, kann heute noch nicht abschliessend beurteilt werden. Tendenziell ist aber zu erwarten, dass zusätzliche personelle und infrastrukturelle Ressourcen benötigt werden. Neue Bundesgesetze (eidg. ZPO, eidg. StPO) werden zu einer Mehrbelastung der Gerichte führen und ebenfalls eine Erhöhung des Personalbestandes erfordern (Kosten z.Z. noch nicht schätzbar). 13 Strafvollzug Im März 2005 hat das EJPD mitgeteilt, dass das Inkrafttreten des Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) frühestens auf den 1. Januar 2007 erfolgt. Zurzeit werden Nachbesserungen am AT StGB vorbereitet. Die Auswirkungen, welche die Nachbesserungen mit sich bringen, können noch nicht abgeschätzt werden. 15 / 16 Militärische / Zivile Landesverteidigung Die Bestände von Militär und Zivilschutz werden massiv reduziert. Die Zivilschutzausbildung soll neu organisiert werden. Die Zuständigkeitsfinanzierung würde zu erheblichen Mehrkosten beim Kanton und Minderkosten bei den Gemeinden führen. Deshalb werden der Bevölkerungsschutz und der Zivilschutz nun im Zusammenhang mit dem Projekt "Finanzreform 08" neu geregelt.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
10 Rechtsaufsicht Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht: Fallerledigung	80%	80%	80%	80%	80%
11 Polizei Kantonspolizei: Interventionszeit unter 25 Minuten Strassenverkehrsamt: Anzahl Fahrzeugprüfungen Anzahl Fahrzeuge	90% 58'600 253'600	90% 66'000 258'600	90% 66'000 263'700	90% 66'000 268'900	90% 66'000 274'300
12 Rechtssprechung Strafverfolgungsbehörden: Strafverfügung mit / ohne Untersuchung	3'000 / 27'000	3'000 / 27'000	3'000 / 27'000	3'000 / 27'000	3'000 / 27'000
13 Strafvollzug Grosshof: Anstaltsauslastung in % Wauwilermoos: Anstaltsauslastung in %	90% 95%	90% 95%	90% 95%	90% 95%	90% 95%
15/16 Militärische und zivile Landesverteidigung Amt für Militär und Zivilschutz: Wehrpflichtige	33'000	28'000	24'000	24'000	24'000

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	- Amt für Militär und Zivilschutz: Organisatorische Veränderungen aufgrund Leistungsabbau				
Mutationen der Vorhaben	- Gerichte: Ablösung Tribuna schon ab 2006 statt 2007 - Amt für Militär und Zivilschutz: Neuausrichtung für das Ausbildungszentrum Sempach				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	- Geoinformationsgesetz (GIG, SRL Nr. 29) - Gesetzgebung in Zusammenhang mit LOG - Verordnung über die Grundbuchgebühren (Grundbuchgebührentarif) vom 12. April 2005				
Neue Gesetzesänderungen	- Div. Gesetzesänderungen zur Umsetzung der Rechtsweggarantie - Anpassung der Strafprozessordnung gemäss den Vorgaben des Bundes - Gesetz über den Bevölkerungsschutz bei Katastrophen und Notlagen und Gesetz über den Zivilschutz				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	225.7	229.4	232.6	235.7	
IFAP 2006-2010	221.3	229.4	232.8	235.7	
Veränderung	4.4	0.0	-0.2	0.0	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	135.9	137.8	139.3	141.3	
IFAP 2006-2010	135.3	136.9	138.8	140.7	
Veränderung	0.6	0.9	0.5	0.6	
Begründung: - Diverse im IFAP 2005-2009 eingerechnete Projekte haben sich verzögert und durch das Verzichtspaket 2006 wurden Einsparungen erzielt. Deshalb ist der Aufwand 2006 geringer als im IFAP 2005-2009 vorgesehen.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	11.5	10.8	10.8	11.0	
IFAP 2006-2010	7.8	10.4	8.5	7.9	
Veränderung	3.7	0.4	2.3	3.1	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.3	0.3	0.3	0.3	
IFAP 2006-2010	0.1	1.1	0.1	0.1	
Veränderung	0.2	-0.8	0.2	0.2	
Begründung: - Die Investitionen für die amtliche Vermessung sind neu im Aufgabenbereich 8 Volkswirtschaft enthalten.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	1.7	1.7	1.7	1.8	
IFAP 2006-2010	2.0	2.0	2.0	2.0	
Veränderung	-0.3	-0.3	-0.3	-0.2	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.4	0.4	0.4	0.4	
IFAP 2006-2010	0.3	0.3	0.3	0.3	
Veränderung	0.1	0.1	0.1	0.1	
Begründung: - Keine wesentlichen Abweichungen					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
1.1.1/06 Reduktion der Investitionen für die amtliche Vermessung	2007-2010		-0,7
1.1.2/06 Strassenverkehrsamt, zusätzliche Prüfstelle - Anschaffung von Prüfgeräten - Personelle Verstärkung Expertenteam - Mehreinnahmen Fahrzeugprüfungen	2007-08 2007-10 2007-10	 1,8 -4,0	1,0
1.1.3./06 Kantonspolizei, 2. Phase Personalaufstockung (Total 24 Mitarbeiter/innen, davon 16 bereits 2004 und 2006 realisiert)	2007	3,2	
1.1.4/06 Kantonspolizei, höhere Ausbildungskosten an der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch	ab 2007	1,8	
1.1.5/06 Kantonspolizei, Erhöhung des Sachaufwands für Ersatzbeschaffungen	ab 2007	1,0	
1.1.6/06 Mindererträge vom Bund für Schwerverkehrskontrollen aufgrund Leistungsvereinbarung	ab 2007	1,0	
1.1.7/06 Mehraufwand durch die Umsetzung des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (Abklärung der wirtschaftlichen Verhältnisse, forensische Gutachten)	ab 2007	4,3	
1.1.8/06 Mehraufwand durch die Änderung der Strafprozessordnung	ab 2007	2,0	
1.1.9/06 Kantonspolizei, Erhöhung der Mittel für den Ersatz von Dienstfahrzeugen	ab 2007		0,7
1.1.10/06 Kantonspolizei, Umrüstung des Funknetzes	2007		0,8
1.1.11/06 Erhöhung der Abgeltung an die Stadtpolizei Luzern für die Übernahme von kantonalen Polizeiaufgaben	ab 2007	4,0	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
1.1.12/06 Gerichte, Erhöhung der Debitorenverluste	ab 2007	0,8	
1.1.13/06 Gerichte, Erhöhung des Personalaufwands wegen			
- Revision allgemeiner Teil Strafgesetzbuch (Erstinstanz)	2007-10	0,6	
- Rechtsweggarantie (Verwaltungsgericht)	2007-10	1,6	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnete; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
1.2.1/06 3. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei (Aufstockung um 24 Stellen, je 8 in den Jahren 2008, 2009 und 2010)	2008-2010	4,8	
1.2.2/06 Kantonspolizei; Gemeinsames Funknetz Polycom (zusammen mit Stadtpolizei und anderen kantonalen Dienststellen; Bruttoinvestition 35 Mio. Fr.)	2007-2010		25,9
1.2.3/06 Sicherheitsdispositiv Fussball-Europameisterschaften 2008 (Kostenübernahme unklar)	2007-2008	2,0	
1.2.4/06 Grosshof Kriens, Ersatz der Sicherheitsanlagen (Investitionen insgesamt 2,1 Mio. Fr.)	2006-2007		2,0
1.2.5/06 Kantonspolizei, Erweiterung Büro und Einstellhalle (Investitionen insgesamt 7 Mio. Fr.)	2008-2011		6,5
Gesetzesänderungen			
1.3.1/06 SRL Nr. 40: Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Umsetzung der Rechtsweggarantie)	2007	1,6	
1.3.2/06 SRL Nr. 305: Revision des Gesetzes über die Strafprozessordnung (Umsetzung des Allgemeinen Teils des schweizerischen Strafgesetzbuches)	2007	4,9	
1.3.3/06 Gesetz über den Bevölkerungsschutz bei Katastrophen und Notlagen und Gesetz über den Zivilschutz	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	221.7	220.9	221.3	229.4	232.8	235.7	237.8	7.5
Ertrag	135.8	135.1	135.3	136.9	138.8	140.7	142.6	5.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	85.9	85.8	85.9	92.5	94.1	95.0	95.2	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	32.0	33.1	30.1	32.0	32.4	32.8	32.4	
Ertrag	29.6	30.8	30.8	31.1	31.5	31.8	32.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.4	2.2	-0.7	0.9	1.0	1.0	0.3	
11 Polizei								
Aufwand	93.8	94.3	96.2	100.3	102.1	103.4	104.9	
Ertrag	58.9	59.4	59.3	60.1	61.1	62.2	63.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.9	34.9	37.0	40.2	40.9	41.2	41.5	
12 Rechtsprechung								
Aufwand	50.7	47.7	50.7	52.2	52.9	53.5	54.0	
Ertrag	23.0	19.6	21.3	21.6	21.8	22.1	22.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	27.7	27.8	29.4	30.7	31.1	31.4	31.7	
13 Strafvollzug								
Aufwand	29.3	30.8	30.0	30.3	30.7	31.1	31.5	
Ertrag	16.1	16.3	16.1	16.3	16.5	16.7	16.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.2	14.5	13.9	14.1	14.3	14.4	14.6	
14 Feuerwehr								
Aufwand	0.3	0.3	-	-	-	-	-	
Ertrag	-	0.1	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.3	-	-	-	-	-	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	9.2	9.1	8.1	8.2	8.3	8.4	8.5	
Ertrag	5.1	6.2	5.3	5.2	5.2	5.2	5.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.2	2.9	2.8	3.0	3.1	3.2	3.3	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	6.4	5.8	6.3	6.3	6.4	6.5	6.5	
Ertrag	3.1	2.6	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.3	3.2	3.7	3.7	3.7	3.8	3.8	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	7.4	10.6	7.8	10.4	8.5	7.9	7.8	-1.1
Einnahmen	0.2	0.7	0.1	1.1	0.1	0.1	0.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.3	9.9	7.8	9.3	8.4	7.9	7.7	

Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	1.9	1.5	1.8	1.8	1.8	1.8	1.1	-37.2
Ertrag	0.1	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.7	1.3	1.5	1.5	1.5	1.5	0.8	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.0	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Einnahmen	0.2	0.1	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.2	-0.0	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	

2 Bildung		IFAP 2006-2010	Grundauftrag und Veränderungen
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung			
Grundauftrag			
<p>21 Volksschule</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vollzug der gesetzlichen Vorgaben und staatliche Aufsicht im Bereich der Volksschulen - Enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen und den kommunalen Schulen - Verantwortlich für die Weiterentwicklung der Volksschulen und deren Anpassung an die aktuellen Erfordernisse <p>22 Sonderschulen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schulung und Förderung von behinderten Kindern und Jugendlichen <p>23 Berufsbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berufliche Grundbildung (Berufslehren, Berufsmatura, Fachmatura), Höhere Berufsbildung (Berufs- und Höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen), berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung sowie Berufs- und Studienberatung. - Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung und die laufende Weiterentwicklung des Angebots bzw. der Qualität. - Im Sinne der Verbundpartnerschaft arbeitet sie eng mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände usw.) zusammen. <p>25 Allgemeinbildende Schulen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vollzug des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements und kantonalen Vorgaben im Bereich der Mittelschulen und im Sportbereich - Qualitätsicherung und Weiterentwicklung der Gymnasialbildung <p>27 Hochschulen und Forschung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Enge Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Behörden, mit Konkordaten und Hochschulgremien - Zuständig für die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung bei den Hochschulen auf dem Platz Luzern <p>29 Übriges Bildungswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verantwortlich für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berufs- und Studienberatung, die schulischen Dienste und das Personalwesen der Lehrpersonen. 			
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen			
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbeitrag	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Lehrmittel	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
	Drucksachen-/Materialzentrale	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
22 Sonderschulen	Förderung Lern- u. Geistigbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Förderung Hör- u. Sprachbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Gemeinwirtsch. Dienstleistungen	HPZ Hohenrain	BKD
	Kinder- und Jugendabteilung	HPZ Sunnebühl	BKD
	Erwachsenenbildung	HPZ Sunnebühl	BKD
	Dienstleistungen	HPZ Sunnebühl	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
	Staatsbeiträge an ausserkantonale und private Sonderschulen	Amt für Volksschulbildung	BKD
23 Berufsbildung	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Hohenrain	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Hohenrain	BKD
	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Milchwirtschaftliche Bildung	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Dienstleistungen	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Ausbildungsbeiträge	Departementssekretariat BKD	BKD
	Grundbildung	Je drei Leistungsgruppen bei:	BKD
	Weiterbildung	- Berufsbildungszentrum Emmen	
	Dienstleistungen	- Berufsbildungszentrum Luzern	
		- Berufsbildungszentrum Sursee	
		- Berufsbildungszentrum Willisau	
	Höhere Fachschule für Tourismus	Höhere Fachschule für Tourismus	BKD
	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	BKD
	Hauswirtschaftliche Bildung	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Dienstleistungen	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Hochschule für Gestaltung und Kunst	Hochschule für Gestaltung und Kunst	BKD

24 Lehrerausbildung	Ist 2006 noch nicht WOV	Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung	BKD		
	Ist 2006 noch nicht WOV	Institut für schulische Heilpädagogik	BKD		
	Mittelschulbildung	Pädagogisches Ausbildungszentrum Musegg	BKD		
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen	Pädagogisches Ausbildungszentrum Musegg	BKD		
25 Allgemeinbildende Schulen	Mittelschulbildung	Je beide Leistungsgruppen bei: - Kantonsschule Beromünster - Kantonsschule Luzern - Kantonsschule Reussbühl - Kantonsschule Schüpfheim - Kantonsschule Sursee - Kantonsschule Willisau - Kantonale Mittelschule Seetal	BKD		
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen				
27 Hochschule und Forschung	Ist 2006 noch nicht WOV	Religionspädagogisches Institut	BKD		
	Staatsbeiträge an FHZ, PHZ, Uni Luzern und Beiträge gemäss Interkantionaler Universitätsvereinbarung	Departementssekretariat BKD	BKD		
29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD	Departementssekretariat BKD	BKD		
	Organisation und Entwicklung	Amt für Volksschulbildung	BKD		
	Personaladministration	Amt für Volksschulbildung	BKD		
	Fachstelle für Schulevaluation	Fachstelle für Schulevaluation	BKD		
	Fachstelle für Schulberatung	Fachstelle für Schulberatung	BKD		
	Berufsbildung	Amt für Berufsbildung	BKD		
	Ausbildungsbeiträge	Amt für Berufsbildung	BKD		
	Information	Berufs- und Studienberatung	BKD		
	Beratung	Berufs- und Studienberatung	BKD		
Legislaturprogramm 2003-2007 Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 2 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 9) enthalten.					
Generelle Entwicklung 21 Volksschule / 22 Sonderschulen Die Luzerner Volksschulen sehen sich in den nächsten Jahren mit drei grossen Herausforderungen konfrontiert: Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung noch heterogener. Die Zahl der Lernenden sinkt in zahlreichen Gemeinden teilweise rasch, was die heutige Schulorganisation und Schulstruktur gefährden kann. Die finanzpolitischen Veränderungen (NFA Bund - Kanton, Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden) haben Auswirkungen auf die Finanzierung und Steuerung der Volksschulen, insbesondere der Sonderschulen und der Förderangebote. Am Ende des Schuljahres 2004/2005 sind das Projekt „Schulen mit Profil“ und die Umsetzung des Gesetzes über die Volksschulbildung abgeschlossen worden. In den nächsten Jahren sollten diese Reformen nun konsolidiert werden. Im Mittelpunkt der Schulentwicklung der nächsten Jahre stehen die „Schulen mit Zukunft“ mit den drei Teilbereichen „Elementare Bildung“, „Lehren und Lernen“ sowie „Basisstufe“.					
23 Berufsbildung Die Berufsbildung im Kanton Luzern steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen: es geht darum, das Leistungsangebot den immer dynamischeren Entwicklungen in der Arbeitswelt anzupassen und die Attraktivität der Berufsbildung als dualer Ausbildungsweg zu erhalten oder gar noch zu steigern. Wir wollen dieses Ziel erreichen, indem wir die Strukturen der Berufsbildung optimieren und dadurch Ressourcen für die Realisierung der Berufsbildungsreformen (in den nächsten Jahren neue Bildungsverordnungen in über 150 Berufen!) freispielen. Durch die Neuzuteilung der Berufe an die Berufsfachschulen sollen diese zu berufsfeldorientierten Kompetenzzentren ausgebaut werden. Damit können der vorhandene Schulraum bestmöglich genutzt und Synergien erzielt werden. Die departementsinterne Organisation der Berufsfachschulen wird gestrafft und vereinfacht. Inhaltlich steht der qualitative Ausbau der Verbundpartnerschaft im Vordergrund, insbesondere die flexible Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und Überbetriebliche Kurse in den einzelnen Berufen.					
25 Allgemeinbildende Schulen Die Einführung der Niveau A-Züge an der Sekundarstufe I wird einem Rückgang der Klassenzahlen an den Untergymnasien und eine Zunahme bei den Kurzzeitgymnasien bewirken. Das Wachstum an den Gymnasien verlangsamt sich deshalb bis 2008. Die Sicherstellung der notwendigen Infrastrukturen sowie die Konsolidierung eines effizienten Qualitätssicherungssystems werden weiterhin die grossen Herausforderungen im Mittelschulbereich sein.					
27 Hochschulen und Forschung Im Hochschulbereich geht es in den nächsten Jahren vor allem um die Bereitstellung der benötigten Infrastruktur und um die Anpassung an die Entwicklung in der schweizerischen und eidgenössischen Hochschullandschaft.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
21 Volksschule					
Entwicklung SchülerInnen-Zahlen	45'800.00	45'000	44'500	44000	43 500
Entwicklung der Klassenzahlen	2'450.00	2'435	2'420	2405	2 390
23 Berufsbildung					
Anzahl Lernende in beruflicher Grundbildung	10'300	10'500	10'600	10'700	10 700
Berufsmaturitätsquote	15%	16%	17%	18%	20%
24 Lehrerausbildung					
Entwicklung Studierendenzahlen PHZ	615	720	757	794	830
25 Allgemeinbildende Schulen					
Entwicklung SchülerInnen-Zahlen	5740	5780	5780	5680	5570
Maturitätsquote	19.7%	20.9%	22.1%	22%	22 %
27 Hochschule und Forschung					
Entwicklung Studierendenzahlen Uni Luzern	1765	1985	2195	2365	2435
Entwicklung Staatsbeitrag Uni Luzern	7'449'583	9'660'160	10'181'557	9'081'968	

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	- Integration der Dienststellen ISH und LWB in die PHZ Luzern (organisatorische Anpassung) - Kantonalisierung und Integration der Städtischen Mittelschulen in Berufsbildung				
Mutationen der Vorhaben	-				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	- Gesetz über die Berufsbildung und Weiterbildung				
Neue Gesetzesänderungen	- Aufhebung des Erziehungsgesetzes per 2008/09 - Revision des Volksschulbildungsgesetzes per 2008/09				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	692.1	710.7	727.5	743.1	
IFAP 2006-2010	697.6	724.9	740.6	751.9	
Veränderung	-5.5	-14.2	-13.1	-8.8	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	177.3	179.3	181.4	183.5	
IFAP 2006-2010	189.0	190.6	192.4	194.3	
Veränderung	-11.7	-11.3	-11.0	-10.8	
Begründung: - Die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung und das Institut für Schulische Heilpädagogik werden wieder als kantonale Dienststellen eingerechnet. Damit erhöht sich der Aufwand um netto 3,3 Mio. Es ist geplant, diese mittelfristig in die PHZ zu integrieren. - Die Pädagogische Hochschule Luzern hat aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahlen eine höhere Kostenentwicklung als bisher angenommen (Zuwachs von 06 auf 07 neu 7 Mio. Fr., im IFAP 2005-2009 3,1 Mio. Fr.) - Mehrertrag in verschiedenen Ertragspositionen (Schulgelder, Beiträge von andern Kantonen und vom Bund, durchlaufende Beiträge), welche Mehraufwänden teilweise kompensieren können.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	36.0	36.8	35.5	35.5	
IFAP 2006-2010	33.4	42.3	37.9	37.1	
Veränderung	2.6	-5.5	-2.4	-1.6	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	1.9	1.9	1.9	1.9	
IFAP 2006-2010	2.1	10.1	2.1	2.1	
Veränderung	-0.2	-8.2	-0.2	-0.2	
Begründung: - Die Bildung trägt 40 % der Investitionen und der Desinvestitionen der Kantonalen Hochbauten. 2007 übertreffen die Investitionen (Kauf Postbetriebsgebäude) und die Desinvestitionen (Baurechtszins IPH) die Planung des Vorjahrs. - Entgegen der Planung im IFAP 2005-2009 müssen wir ab 2008 weiterhin Staatsbeiträge an Schulhausbauten ausrichten (z.B. Baumeisterzentrum Oberkirch).					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	357.1	371.4	382.6	393.1	
IFAP 2006-2010	354.0	373.8	385.6	392.8	
Veränderung	3.1	-2.4	-3.0	0.3	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	94.2	95.3	96.5	97.6	
IFAP 2006-2010	103.6	104.4	105.5	106.6	
Veränderung	-9.4	-9.1	-9.0	-9.0	
Begründung: - Der Staatsbeitrag an die FHZ und die IUV-Beiträge an ausserkantonale Universitäten sind geringer als im IFAP 2005-2009 angenommen. - Der Aufschub der neuen Besoldungsordnung für Lehrpersonen führt zu einer Entlastung im Jahr 2006. - Das Kostenwachstum der PHZ ist ab 2007 stärker als im IFAP 2005-2009 einberechnet. - Die Erträge für die Mittelschulen sind aufgrund der erhöhten Gemeindebeiträge höher als im IFAP 2005-2009 angenommen.					

Vorhaben und Projekte

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben								
2.1.1/06	Neue Besoldungsordnung für Lehrpersonen, Umsetzung ab 1. August 2006 (2,5 Mio. Fr. ab 2006, jährlich 5,4 Mio. Fr. ab 2007)					ab 2006	11,6	
2.1.2/06	Erhöhung der Betriebskosten Informatik an den Schulen					2007-2010	1,4	
2.1.3/06	Kantonale Mittelschulen, Projekt Qualitätssicherung und -entwicklung (QSE), Erhöhung der Mittel					2007-2010	0,9	
2.1.4/06	Projekt im Volksschulbereich (exkl. Renaissance des Lehrberufs)							
		2006	2007	2008	2009	2010		
Englische Primarstufe		0,65	0,65	0,65	0,40	0,4	2006-10	-0,5
Computereinsatz Primarstufe		0,50	0,50	0,50	0,25	0,0	2006-10	-0,8
Basisstufe		0,20	0,30	0,40	0,50	0,5	2006-10	0,9
2.1.5/06	Kantonale Mittelschulen: Steuerungsmassnahmen, Auflösung der bisherigen Seminarklassen und Erhöhung der Klassenzahlen. Dies führt in den betroffenen Schulen zu folgenden Veränderungen des Personalaufwands bzw. zur Beitrags-erhöhung an das Gymnasium St. Klemens:							
		2006	2007	2008	2009	2010		
KS Luzern		31,2	30,6	29,8	28,6	28,6		
KS Reussbühl		13,2	13,6	14,0	14,2	14,2		
KS Schüpfheim		3,2	3,6	3,6	3,6	3,6		
Mittelschule Seetal		9,6	9,3	9,3	9,3	9,3		
PAZ Musegg Luzern		11,1	10,5	10,5	11,3	11,7		
Gymn. St. Klemens		0,8	1,6	2,4	3,2	3,2		
Total		69,1	69,2	69,6	70,2	70,6		3,2
2.1.6/06	Erhöhung der Mittel für Umsetzung des neuen schweiz. Berufsbildungsgesetzes (in Kraft seit 1.1.2004)					2007-2010	0,7	

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken				
2.1.7/06	Realisierung Höhere Fachschulen für Gesundheit Zentral- schweiz	2007- 2010	4,0					
2.1.8/06	Reduktion Personalkosten aus Berufsfachschulplanung und Dienststellenreorganisation	2007- 2010	-1,7					
2.1.9/06	Erhöhung der Staatsbeiträge an Berufsschulbauten (inkl. Bei- trag an SAS Oberkirch)	2007- 2010		0,4				
2.1.10/06	Erhöhung der Investitionskosten für Informatikeinsatz in den Schulen/Verwaltung (u.a. für Neubau BBZ Sursee)	2007- 2010		2,0				
2.1.11/06	Renaissance des Lehrberufs							
	- Ausweitung des Schulpools	2007-10	4,0					
	- Ausweitung der länger dauernden Weiterbildung	2007-10	1,5					
2.1.12/06	Mehrkosten in der tertiären Bildung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten):							
		2006	2007	2008	2009	2010		
	Staatsbeitrag an FHZ *	31,7	31,7	33,0	34,0	35,0	6,9	
	Grundbeitrag Uni Luzern	7,5	9,7	10,2	9,1	9,1	8,1	
	IUV-Beitrag an Uni Luzern	5,9	6,0	7,0	7,8	7,8	5,0	
	Übrige IUV-Beiträge	38,4	41,0	43,0	44,0	46,0	20,4	
	Pädagogische Hochschule Luzern (inkl. LWB und ISH)	22,0	29,0	30,0	30,0	31,0	32,0	
<p>* Im Voranschlag 2006 erfolgt bei der FHZ eine Auflösung von Rückstellungen von 3 Mio. Fr. zu Gunsten Kanton Luzern. Für die Folgejahre müssen bei der FHZ oder in anderen Bereichen weiterhin jeweils 3 Mio. Fr. gespart werden. Diese Einsparung ist im IFAP 2006-2010 für alle Jahre beim Staatsbeitrag FHZ enthalten.</p>								
2.1.13/06	Höhere Beiträge an Berufsschulen (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Beiträge):							
		2006	2007	2008	2009	2010		
	Schulabkommen gemäss Berufsschulvereinbarung	15,7	17,3	19,0	20,8	23,0	17,3	
	Beiträge an private Berufsschulträger	20,7	22,5	23,6	25,0	26,5	14,8	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
2.2.1/06 Lohnwirksame Beurteilung der Lehrpersonen (Projektkosten)	2008-2010	1,2	
2.2.2/06 Schulnetz im Kanton Luzern (mögliche Ablösung des Swisscom Gratis-Angebots)	ab 2009	3,6	
2.2.3/06 Ergänzung der ICT-Unterstützung an Gymnasien	ab 2007	0,5	
2.2.4/06 Projekt Leistungsmessung in der obligatorischen Schulzeit	ab 2008	0,8	
2.2.5/06 Umsetzung von ICT an den Berufsschulen	ab 2007		2,0
2.2.6/06 Wegfall der Beiträge an Informatikausrüstung der Primarschulen	ab 2008		-0,5
2.2.7/06 Postgebäude, Umnutzung zur Universität und PHZ (gesamte Bruttoinvestitionen exkl. 101 Millionen Franken, davon rund 47 Prozent von Dritten finanziert)	2006-2012		60
2.2.8/06 Kantonsschule Schüpfheim, Erweiterung der naturwissenschaftlichen Räume (Gesamtinvestitionen 1,5 Mio. Fr.)	2006-2007		0,5
2.2.9/06 HWV-Trakt, Sanierung oder Ersatzbau (Gesamtinvestitionen 2,1 Millionen Franken)	2006-2007		2,0
2.2.10/06 Berufsbildungszentrum Sursee, Erweiterung ICT-Center und Auto (Gesamtinvestitionen 20,5 Mio. Fr.)	2006-2010		20,0

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	688.0	673.7	697.6	724.9	740.6	751.9	766.3	9.8
Ertrag	196.3	177.0	189.0	190.6	192.4	194.3	196.1	3.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	491.7	496.7	508.6	534.4	548.2	557.6	570.2	
21 Volksschule								
Aufwand	156.2	161.6	159.6	162.5	164.5	166.0	167.7	
Ertrag	18.7	16.3	18.8	19.0	19.2	19.4	19.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	137.5	145.3	140.8	143.5	145.3	146.5	148.0	
22 Sonderschulen								
Aufwand	71.4	76.5	76.9	77.6	78.2	78.9	79.6	
Ertrag	54.7	56.5	56.1	56.3	56.8	57.3	57.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.7	19.9	20.8	21.3	21.5	21.7	21.9	
23 Berufsbildung								
Aufwand	174.2	132.4	171.6	177.6	181.8	186.7	192.0	
Ertrag	56.1	45.7	58.4	58.9	59.4	60.0	60.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	118.1	86.7	113.2	118.7	122.4	126.7	131.5	
24 Lehrerausbildung								
Aufwand	24.7	17.3	20.8	20.3	20.6	21.6	22.2	
Ertrag	6.5	1.6	4.4	4.4	4.5	4.5	4.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	18.2	15.8	16.4	15.9	16.1	17.1	17.7	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	129.3	117.2	115.8	117.9	119.7	120.7	122.1	
Ertrag	49.3	38.7	40.8	41.3	41.8	42.3	42.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	80.0	78.4	75.0	76.6	77.9	78.4	79.4	
27 Hochschulen und Forschung								
Aufwand	97.7	123.4	112.1	124.4	130.3	132.1	136.2	
Ertrag	4.7	3.1	5.7	5.7	5.7	5.8	5.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	93.0	120.4	106.4	118.7	124.6	126.3	130.4	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	34.5	45.2	40.8	44.7	45.4	45.9	46.4	
Ertrag	6.2	15.1	4.9	5.0	5.0	5.1	5.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	28.2	30.1	35.9	39.7	40.4	40.8	41.3	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	36.2	39.0	33.4	42.3	37.9	37.1	37.1	10.9
Einnahmen	0.6	5.4	2.1	10.1	2.1	2.1	2.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	35.5	33.6	31.3	32.2	35.8	35.0	35.0	

Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	333.2	340.5	350.2	369.9	381.7	389.2	399.0	13.9
Ertrag	106.1	94.7	102.1	102.9	104.0	105.1	106.1	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	227.1	245.9	248.1	267.0	277.7	284.1	292.8	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.5	4.3	3.8	3.9	3.9	3.6	3.6	-4.0
Einnahmen	0.6	1.1	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.9	3.2	2.3	2.4	2.4	2.1	2.1	

3 Kultur und Freizeit		IFAP 2006-2010	Grundauftrag und Veränderungen		
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
30 Kulturförderung					
- Führung der kantonalen Museen					
- Sicherung der wissenschaftlichen bibliothekarischen Versorgung für die Hochschulen und die allgemeine Bevölkerung durch die Zentral- und Hochschulbibliothek und den Informationsverbund Deutschschweiz Luzern					
- Die Kultur- und Jugendförderung gewährleistet die Wahrnehmung des staatlichen Auftrages im Bereich der Kulturförderung und -vermittlung, der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der Medienpolitik.					
31 Denkmalpflege und Heimatschutz					
- Zuständig für Belange der Denkmalpflege und Archäologie					
- Sicherung und Vermittlung des Luzerner historischen und naturwissenschaftlichen Erbes und Bestandes					
34 Sport					
- Förderung von Bewegung und Sport					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
30 Kulturförderung	Zentral- und Hochschulbibliothek	Zentral- und Hochschulbibliothek	BKD		
	Naturmuseum	Naturmuseum	BKD		
	Historisches Museum	Historisches Museum	BKD		
	Teil Kulturförderung	Departementssekretariate BKD/FD	BKD		
31 Denkmalpflege und Archäologie	Denkmalpflege	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD		
	Archäologie	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD		
34 Sport	Sportamt	Sportamt	BKD		
39 Kirche	Teil Staatsbeitrag an kirchliche Institutionen	Departementssekretariat BKD	BKD		
Legislaturprogramm 2003-2007					
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.					
Generelle Entwicklung					
30 Kulturförderung					
Im Bereich der Kultur (Kulturförderung, Museen) und ausserschulische Jugendförderung geht es um das Aufgabenteilungsprojekt im Rahmen der Finanzreform 08 und um die damit verbundenen Anpassungen der politischen und rechtlichen Grundlagen, bei der Kulturförderung insbesondere auch um dauerhafte Trägerschafts- und Finanzierungslösungen für die grossen Kulturbetriebe wie Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester sowie Kunstmuseum und Verkehrshaus.					
Ausserdem ist ein wichtiges Vorhaben die Sicherung der bibliothekarischen Versorgung durch Sanierung des ZHB-Gebäudes und Errichtung eines langfristigen Aussenlagers sowie die Sanierung und Neukonzeption des Naturmuseums.					
31 Denkmalpflege und Archäologie					
Der Bereich der Denkmalpflege/Archäologie ist vom Aufgabenteilungsprojekt im Rahmen der Finanzreform 08 und von den damit verbundenen Anpassungen der politischen und rechtlichen Grundlagen betroffen.					
In der Denkmalpflege und der Archäologie wird die dringlichste Aufgabe die Schaffung von grundlegenden Dokumentationen zu Baudenkmälern (Bauinventar) und Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) sein.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
30 Kulturförderung					
Verteilschlüssel für öffentliche Beiträge an Luzerner Theater und Luzerner Sinfonieorchester: Anteil Kanton Luzern	40%	40%	50%	50%	50%
Verteilschlüssel Kunstmuseum: Anteil Kanton	50%	50%	50%	50%	50%
Lastenausgleich Kultur Zentralschweizer Kantone (Entlastung Kanton Luzern in Mio. Fr.)	0	0	2.0	2.0	2.0
Zahl der Förderungsgesuche	510	530	550	570	590
Zahl der unterstützten Projekte	300	310	320	340	350
31 Denkmalpflege und Heimatschutz					
Archäologische Untersuchungen	12	12	12	12	12
34 Sport					
Anzahl angebotener Leiterkurs-Sportarten	50	50	50	50	50

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	- Einrichtung Geschäftsstelle für Zentralschweizer Kulturlastenausgleich				
Mutationen der Vorhaben	-				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-				
Neue Gesetzesänderungen	Vor dem Hintergrund einer neuen Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden: - Revision des kantonalen Kulturförderungsgesetzes per 2008 - Revision des Denkmalpflegegesetzes per 2008 - Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zum Bauinventar (Anpassung des Denkmalpflegegesetzes und des Planungs- und Baugesetzes) - Bibliotheksgesetz per 2008				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	46.8	47.4	47.9	48.5	
IFAP 2006-2010	44.7	45.2	45.7	46.2	
Veränderung	2.1	2.2	2.2	2.3	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	7.3	7.4	7.5	7.6	
IFAP 2006-2010	10.5	10.7	10.8	10.9	
Veränderung	-3.2	-3.3	-3.3	-3.3	
Begründung: - Diverse Aufwendungen wurden in die Bildung übertragen. Dadurch reduziert sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2005-2009. - Die Überweisung der Lotterierträge in diese Funktion hat zugenommen.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	4.1	4.2	4.3	4.3	
IFAP 2006-2010	3.8	4.4	4.0	4.0	
Veränderung	0.3	-0.2	0.3	0.3	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.1	0.1	0.1	0.1	
IFAP 2006-2010	0.0	0.6	0.0	0.0	
Veränderung	0.1	-0.5	0.1	0.1	
Begründung: - Keine wesentlichen Änderungen					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	18.0	18.2	18.4	18.6	
IFAP 2006-2010	15.9	16.0	16.2	16.4	
Veränderung	2.1	2.2	2.2	2.2	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	0.6	0.6	0.6	0.6	
IFAP 2006-2010	0.6	0.6	0.6	0.6	
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	
Begründung: - Diverse Staatsbeiträge wurden in die Bildung übertragen. Dadurch reduziert sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2005-2009.					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
3.1.1/06 Höhere Beiträge an das Luzerner Sinfonieorchester (unabhängig vom Projekt Finanzreform 08)	2007 - 2010	0,5	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
3.2.1/06 Weiterentwicklung der ZHB zur Hochschulbibliothek Lu- zern-Zentralschweiz, höherer Personal- und Sachaufwand	ab 2007	2,8	
3.2.2/06 Erstellung eines Bauinventars über die schutzwürdigen Bauobjekte	ab 2007		1,6
3.2.3/06 Erstellung eines Fundstellenverzeichnisses Archäologie	ab 2007		0,8
3.2.4/06 Verkehrshaus der Schweiz, Investitionsbeiträge an Er- neuerungsprojekt	ab 2007		4,0
3.2.5/06 ZHB Luzern, Sanierung und Erweiterung (Gesamtinvesti- tionen 15,5 Mio. Fr.)	2006- 2012		6,0
3.2.6/06 Zeughaus Musegg, Umnutzung zum Aussenmagazin ZHB (Gesamtinvestitionen 8,5 Mio. Fr.)	2006- 2008		8,0
Gesetzesänderungen			
3.3.1/06 SRL Nr. 595: Revision Denkmalschutzgesetz	2008		
3.3.2/06 SRL Nr. 402: Revision Kulturförderungsgesetz	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	49.0	46.4	44.7	45.2	45.7	46.2	46.7	4.6
Ertrag	10.2	7.2	10.5	10.7	10.8	10.9	11.0	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	38.8	39.2	34.1	34.5	35.0	35.3	35.7	
30 Kulturförderung								
Aufwand	35.0	35.1	36.4	36.9	37.3	37.7	38.2	
Ertrag	2.5	2.7	8.7	8.8	8.9	9.0	9.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	32.4	32.4	27.7	28.0	28.4	28.7	29.1	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	5.5	6.4	6.6	6.6	6.7	6.7	6.8	
Ertrag	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.2	6.1	6.2	6.3	6.3	6.4	6.4	
34 Sport								
Aufwand	8.3	4.6	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	
Ertrag	7.4	4.3	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.9	0.3	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	
39 Kirche								
Aufwand	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	4.2	4.4	3.8	4.4	4.0	4.0	4.0	7.2
Einnahmen	0.7	0.4	0.0	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.5	4.0	3.7	3.7	4.0	4.0	4.0	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	15.4	15.8	14.1	14.2	14.4	14.6	14.7	4.9
Ertrag	0.8	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.6	15.3	13.5	13.7	13.8	14.0	14.2	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	2.2	2.1	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	0.0
Einnahmen	0.7	0.1	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	1.6	2.0	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung**Grundauftrag***40 / 42 Spitäler und Psychiatrische Kliniken*

- Stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Luzern. Als Zentrumsversorgung gelten jene Leistungen, die in der Regel durch ein Spital oder eine Klinik für den ganzen Kanton und aufgrund von Vereinbarungen auch für benachbarte Kantone erbracht werden. Als Grundversorgung gelten alle Versorgungstypen, welche nicht der Zentrumsversorgung zugeordnet sind.
- Angebot von diagnostischen, therapeutischen, medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen in der Regel auf Zuweisung durch einen praktizierenden Versorger (inkl. Notfall).
- Es wird kein poliklinischer Betrieb geführt.
- Vorbereitung der internen Organisation zur Betreuung der Betroffenen in einem Katastrophenfall.
- Leistungserbringung an Personal und Dritte durch Kostenabgeltung zu Marktpreisen.
- Erteilung von Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisation.

45 Krankheitsbekämpfung

- Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Prävention und Gesundheitsförderung, inkl. Sucht- und Infektionskrankheiten.

47 Lebensmittelkontrolle

- Überwachung von Lebensmittelbetrieben und dazugehörend Untersuchung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Gebrauchsgegenständen.
- Überwachung der öffentlichen Badebetriebe mit künstlichen Becken.
- Bewilligung, Beratungs-, und Auskunftsaufgaben im Bereich der Lebensmittelproduktion.
- Vollzug der Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzgebung.
- Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln, Giften und Chemikalien.

49 Übriges Gesundheitswesen

- fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege.
- Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen.
- Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln.
- Vollzug der Heilmittelgesetzgebung.
- Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Alle 12 Leistungsgruppen des Kantonsspitals Luzern (KSL)	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD
	Medizin	Kantonales Spital Sursee-Wolhusen (KSSW)	GSD
	Chirurgie		
	Gynäkologie und Geburtshilfe		
	Weitere ambulante und fallunabhängige Leistungen	Luzerner Höhenklinik Montana (LHM)	GSD
	Rehabilitation		
	Akutsomatische Versorgung		
42 Psychiatrische Kliniken	Fallunabhängige Leistungen	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
	Ausserkantonale Hospitalisationen		
	Stationäre psychiatrische Versorgung		
	Ambulante psychiatrische Versorgung	Psychiatriezentrum Luzern-Stadt (PLS)	GSD
	Fallunabhängige Leistungen		
	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst		
	Jugendpsychiatrische Therapiestation	Kinder- und Jugend-psychiatrischer Dienst (KJPD)	GSD
	Fallunabhängige Leistungen		
	Stationäre psychiatrische Versorgung		
	Ambulante psychiatrische Versorgung	Psychiatriezentrum Luzerner Landschaft (PLL, Klinik St. Urban)	GSD
	Fallunabhängige Leistungen		
45 Krankheitsbekämpfung	Diverse Staatsbeiträge	Departementssekretariat GSD	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Kantonales Laboratorium	GSD
49 Übriges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung (ohne ausserkantonale Hospitalisationen)	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonsapotheker	GSD
	Sanitätsnotruf 144	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 4 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 10) enthalten.

Generelle Entwicklung**Versorgungsplanung Gesundheit**

Die in der Botschaft vorgeschlagenen Projekte sind im IFAP teilweise enthalten. Viele Projekte sind lediglich als geplante Vorhaben aufgeführt bzw. nicht erwähnt.

Verselbständigung Spitäler/Kliniken

Die finanziellen Auswirkungen der Verselbständigung der Spitäler und Kliniken sind in diesem IFAP noch nicht enthalten.

DRG-Modell / Kostenträgerrechnung / Projekt REKOLE

Das neue Abgeltungsmodell nach Fallpreispauschalen sowie die Weiterentwicklung der Kostenstellenrechnung zur Kostenträgerrechnung benötigen finanzielle und personelle Ressourcen. Das DRG-Modell und die Kostenträgerrechnung bringen bessere Transparenz und eine Besserstellung bei den Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern.

KVG-Revision

Die Vorstellungen für die KVG-Revision liegen noch weit auseinander. Ein Entscheid wird frühestens 2006 erwartet. Die finanziellen Auswirkungen können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden.

Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
40 / 42 Spitäler / Psychiatrische Kliniken stationärer Bereich: Anzahl Pflegetage ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	396'651 104'775'000	395'900 104'992'000	395'900 105'548'000	396'000 106'114'000	396'600 106'684'000
47 Lebensmittelkontrolle Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009**a) Inhaltliche Veränderungen**

Organisatorische Anpassungen	KSL: Umsetzung neue Führungsstruktur
Mutationen der Vorhaben	-
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	Gesundheitsgesetz (Aufhebung gespaltenes Rechtsverhältnis Kaderärzte)
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Finanzielle Veränderungen

Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	646.5	656.9	667.3	678.5	
IFAP 2006-2010	663.3	680.6	692.5	703.5	
Veränderung	-16.8	-23.7	-25.2	-25.0	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	360.4	364.7	369.1	373.5	
IFAP 2006-2010	403.2	410.0	416.0	422.3	
Veränderung	-42.8	-45.3	-46.9	-48.8	

Begründung:

- Eine Änderung in der Buchungspraxis führt ab 2006 zu einer Erhöhung des Aufwands (Personalaufwand) bzw. des Ertrags (Entgelte) um je 19 Millionen Franken jährlich gegenüber dem IFAP 2005-2009 (vgl. auch Bericht zum Voranschlag 2006).
- Ab 2007 sind neu Mittel eingestellt zur Umsetzung der wichtigsten Massnahmen gemäss Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung (Spitalplanung).
- Die hohen Erträge der Spitäler in der Rechnung 2004 erlauben eine Erhöhung der Entgelte aus Spittaltaxen.
- Wir hatten im IFAP 2005-2009 für das Risiko der Auswirkungen einer KVG-Revision eine Ertragsminderung von 10 Mio. Fr. jährlich eingestellt. Aufgrund einer aktualisierten Risikoanalyse verzichten wir im IFAP 2006-2010 darauf.

Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	54.2	55.3	57.6	57.0	
IFAP 2006-2010	49.4	60.7	56.0	55.1	
Veränderung	4.8	-5.4	1.6	1.9	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	2.3	2.3	2.3	2.3	
IFAP 2006-2010	0.5	10.1	0.5	0.5	
Veränderung	1.8	-7.8	1.8	1.8	
Begründung: - Im Rahmen des Verzichtspakets 2006 wurden die Investitionen der Spitäler gegenüber dem IFAP 2005-2009 gekürzt. Ein Teil dieser Kürzungen ist nachhaltig. - Die Gesundheit trägt 48 % der Investitionen und der Desinvestitionen der Kantonalen Hochbauten. 2007 übertreffen die Investitionen (Kauf Postgebäude) und die Desinvestitionen (Baurechtszins IPH) die Planung des Vorjahrs.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	16.8	17.0	17.2	17.4	
IFAP 2006-2010	17.1	17.6	18.0	18.5	
Veränderung	-0.3	-0.6	-0.8	-1.1	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	6.9	7.0	7.0	7.1	
IFAP 2006-2010	3.4	3.5	3.5	3.6	
Veränderung	3.5	3.5	3.5	3.5	
Begründung: - Wir haben das Wachstum der Beiträge für ausserkantonale Hospitalisationen im IFAP 2006-2010 auf 3 Prozent jährlich erhöht. - Die eingehenden Staatsbeiträge für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung waren im IFAP 2005-2009 falsch ausgewiesen.					

Vorhaben und Projekte

					Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben							
4.1.1/06 KSL, höherer Personalaufwand durch							
- neue Leitungs- und Organisationsstruktur					2007-10	2,0	
- Behebung von bestehenden Personalengpässen					2007-10	4,0	
- Ausbau Neurotraumatologie / Neurochirurgie					2007-10	3,0	
- Verbesserung Transparenz im Rechnungswesen					2007-10	1,0	
- Aufbau interdisziplinäre Notfall- und Intensivpflegestation					2007-10	1,0	
- Verstärkung Rettungsdienst / Schliessung Sicherheits- lücke im Sanitätsnotruf					2007-10	1,0	
- Ausbau ambulante Neurorehabilitation					2007-10	2,8	
- Kinderpsychiatrische Therapiestation					2008-10	3,0	
4.1.2/06 KSL, höherer Sachaufwand durch							
	2007	2008	2009	2010			
Ersatzinvestitionen Kleinanschaffungen	0,3	0,3	0,8	0,8		2,2	
Unterhalts- und Wartungskosten	0,2	0,2	0,2	0,2		0,8	
Medizinischen Bedarf	4,5	6,7	9,0	12,0		32,2	
Haftpflichtversicherung/Qualitätsmassn.	0,5	0,5	0,5	0,5		2,0	
4.1.3/06 KSL, Mehrertrag aufgrund der Weiterverrechnung des Mehraufwands für medizinischen Bedarf und aufgrund von Angebotserweiterungen (Anteil am Mehrertrag, welcher über der Teuerung liegt)					2007- 2010	-10,7	
4.1.4/06 KSSW, Veränderung des Personalaufwands durch							
- Verbesserung der Transparenz im Rechnungswesen					2007-10	0,8	
- Schliessung der Geburtshilfe Wolhusen					2007-10	-6,4	
4.1.5/06 KSSW, höherer Sachaufwand durch							
	2007	2008	2009	2010			
Haftpflichtversicherung/Qualitätsmassn.	0,3	0,4	0,4	0,4		1,5	
Medizinischer Bedarf	1,4	2,9	4,5	6,3		15,1	
Unterhalts- und Wartungskosten	0,1	0,1	0,1	0,1		0,4	
4.1.6/06 KSSW, Mehrertrag aufgrund der Weiterverrechnung des Mehraufwands für medizinischen Bedarf (Anteil am Mehr- ertrag, welcher über der Teuerung liegt)					2007- 2010	-5,1	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
4.1.7/06 PLL und LHM, Verbesserung der Transparenz im Rechnungswesen	2007-2010	0,9	
4.1.8/06 Projekt Outcome, Kosten des Departementssekretariates GSD als Leistungseinkäufer	2007-2010	1,2	
4.1.9/06 Mehrkosten für ausserkantonale Hospitalisationen (jährliches Wachstum von 3 Prozent erwartet)	2007-2010	4,3	
4.1.10/06 KSL, Erhöhung der Investitionen - Ersatzinvestitionen Informatik	2007-10		2,4
- Ersatzinvestitionen Medizintechnik und Mobiliar	2007-10		3,6
4.1.11/06 KSSW, Erhöhung der Investitionen wegen - Ersatzinvestitionen Mobilien und Einrichtungen	2007-10		1,9
- Ersatzinvestitionen medizinische und chirurgische Einrichtung	2007-10		3,4
- Fahrzeuge	2007-10		0,4
4.1.12/06 Informatik-Pool GSD (ohne Spitäler), Erhöhung für Labor- Informations- und Management-System (LIMS)	2007		0,4
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
Auf Basis des Planungsberichts über die Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) hat das Kantonsspital Luzern umfassende Eingaben für Leistungserweiterungen eingegeben. Wir haben reduzierte Beträge zu einzelnen Massnahmen einberechnet und unter Ziffer 4.1.1/06 ausgewiesen. Für die unter 4.2.1/06 und 4.2.2/06 aufgeführten Projekte haben wir keine Mittel eingestellt.			
4.2.1/06 Spitäler, Erhöhung des Personalaufwands wegen - Gemeinsamer Leitungs- und Organisationsstruktur	2007-08	3,0	
- Ausbau Neuropädiatrie und Anästhesie	2007-10	1,2	
- Ausbau Herzchirurgie	2007-10	2,0	
- Lückenschliessung Radiologie	2007-10	2,0	
- Ausbau Kinderorthopädie	2007-10	1,6	
4.2.2/06 Psychiatrische Kliniken, Erhöhung Personalaufwand wegen - Gemeinsamer Leitungs- und Organisationsstruktur	2007-10		
- Erweiterung Psychiatrischer Konsiliar- und Liaisondienst	2007-10	3,2	
- Umsetzung gemeindepsychiatrisches Behandlungskonzept	2007-10	2,8	
- Aufbau einer Adoleszentenstation im Bereich Psychiatrie	2007-10	9,2	
- Ausbau der ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie	2007-10	2,8	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
4.2.3/06 Beitrag an Fixerraum	ab 2008	0,5	
4.2.4/06 Kantonsspital Luzern:			
- Nordanbau (Investitionen insgesamt 38,5 Mio. Fr.)	2008-13		6,5
- Sanierung Haustechnik (insgesamt 24 Mio. Fr.)	2007-16		6,0
- Patientenzimmersanierung (insgesamt 8,4 Mio. Fr.)	2007-14		2,8
- Hirschpark, Einbau Rehabilitation	2007		2,8
- Augenklinik, Innensanierung (insgesamt 4,5 Mio. Fr.)	2009-11		4,0
- Personalwohnhäuser, Innensanierung (insgesamt 5,1 Mio. Fr.)	2006-11		4,1
- Operationssäle, Sanierung (insgesamt 20,5 Mio. Fr.)	2006-10		20,0
- Augenklinik, Sanierung Operationssäle	2008-09		3,4
4.2.5/06 KSSW Sursee:			
- Sanierung Pflegestützpunkt	2007-09		3,0
- Sanierung Intensivpflegestation	2008		3,0
- Sanierung Hauptgebäude	2007		4,4
4.2.6/05 KSSW Wolhusen:			
- Sanierung Hauptgebäude	2007-10		26,5
- Sanierung Operationssäle (insgesamt 4,5 Mio. Fr.)	2010-11		4,5
4.2.7/06 Psychiatrische Klinik St. Urban, Renovation / Sanierung Wirtschaftstrakt	2006-10		3,1
Gesetzesänderungen			
4.3.1/06 Neues Spitalgesetz	2007 / 2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	618.4	632.4	663.3	680.6	692.5	703.5	714.9	7.8
Ertrag	367.9	366.1	403.2	410.0	416.0	422.3	428.9	6.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	250.5	266.4	260.1	270.6	276.5	281.2	286.0	
40 Spitäler								
Aufwand	517.5	534.3	562.8	578.3	588.0	597.7	607.8	
Ertrag	317.3	317.7	355.7	362.0	367.5	373.2	379.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	200.1	216.6	207.1	216.3	220.4	224.4	228.5	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	82.5	83.7	85.8	87.1	89.2	90.3	91.3	
Ertrag	43.7	42.2	43.7	44.2	44.7	45.2	45.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	38.8	41.5	42.1	42.9	44.5	45.0	45.6	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	5.3	1.2	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	
Ertrag	2.1	2.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.3	-1.0	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.5	3.5	3.6	3.6	3.7	3.7	3.8	
Ertrag	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.7	2.7	2.8	2.8	2.8	2.9	2.9	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	9.6	9.7	10.4	10.8	10.9	11.1	11.2	
Ertrag	4.0	3.2	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.6	6.6	7.7	8.2	8.3	8.4	8.5	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	48.2	54.6	49.4	60.7	56.0	55.1	54.4	10.2
Einnahmen	0.7	6.5	0.5	10.1	0.5	0.5	0.5	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	47.4	48.1	48.8	50.6	55.5	54.6	53.9	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	21.1	16.7	17.1	17.6	18.0	18.5	19.0	11.5
Ertrag	5.2	4.7	3.4	3.5	3.5	3.6	3.6	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.9	12.0	13.7	14.1	14.5	15.0	15.4	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.7	1.4	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.7	-1.4	-	-	-	-	-	

5 Soziale Wohlfahrt		IFAP 2006-2010	Grundauftrag und Veränderungen
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung			
Grundauftrag 50 Altersversicherung - Kantonsbeitrag an AHV 51 Invalidenversicherung - Kantonsbeitrag an IV 52 Krankenversicherung - Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur individuellen Prämienverbilligung - Vollzug des KVG bei der Pflegeheimplanung 53 Sonstige Sozialversicherungen - Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV 54 Jugendschutz - Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE (vormals IHV) 55 Invalidität - Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE (vormals IHV) 58 Wirtschaftliche Sozialhilfe - Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz - Unterbringung und Betreuung von Asyl-Suchenden und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen - Erfüllung verschiedener Aufgaben zu sozialpolitischen Fragestellungen wie Kinderschutz, Familienfragen, Armut und Alter - Leitung, Beaufsichtigung und Koordination der Sozialhilfe und Sozialplanung - Auskunfts- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden - Vollzug des Opferhilfegesetzes, insbesondere die Opferberatung und die Ausrichtung von finanziellen Leistungen an Opfer von Straftaten - Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzzuschädigung (AVIG) - Vollzug des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG)			
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen			
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
50 Altersversicherung	Staatsbeitrag an die AHV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
51 Invalidenversicherung	Staatsbeitrag an die IV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Jugendheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Amt für Hochbauten und	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG- und AVG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Heimfinanzierung)	Kantonales Sozialamt	GSD
	Abgeltung der Ausgleichskasse	Departementssekretariat GSD	GSD
59 Hilfsaktionen	Diverse Hilfsaktionen	Departementssekretariat GSD	GSD
Legislaturprogramm 2003-2007 Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.			
Generelle Entwicklung: Die Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) und die Finanzreform 08 werden grosse Auswirkungen auf die Organisation und Finanzierung der sozialen Wohlfahrt haben.			
50 Altersversicherung / 51 Invalidenversicherung Es ist mit leicht steigenden Staatsbeiträgen zu rechnen. Die Erlassbeiträge werden - wenn auch auf tiefem Niveau - eine noch höhere Zuwachsrate verzeichnen.			
52 Krankenversicherung / 53 Sonstige Sozialversicherungen Mit dem Scheitern der KVG-Revision, resp. den Reformplänen des Bundes sind die jährlichen Auswirkungen auf die Prämienverbilligung noch nicht absehbar. Die Ergänzungsleistungen nehmen nach Schätzungen der zuständigen eidgenössischen Stellen weiter zu.			

54 Jugendschutz / 55 Invalidität

Die Kosten im Heimwesen sind weiter gestiegen. Wir sind dabei, ein Controlling aufzubauen, um eine bessere Kostentransparenz zu bekommen. Erste Erfolge sind bereits sichtbar. Mit der Totalrevision des Heimfinanzierungsgesetzes ist ausserdem geplant, von der Defizitdeckung auf ein Fallpauschalen-Modell zu wechseln.

58 Wirtschaftliche Sozialhilfe

Es hat sich gezeigt, dass es einer starken Erholung der Volkswirtschaft bedarf, um positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Bedingt durch Strukturbereinigungen und die anhaltend schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt muss in den nächsten Jahren mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit gerechnet werden. Auf den 1.1.2006 wird für die Finanzierung der arbeitsmarktlichen Massnahmen ein neues Finanzierungssystem nach dem Modell des Plafonds eingeführt. Dadurch müssen Massnahmen zurückgefahren werden oder Kosten durch den Kanton übernommen werden.

Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
50 Altersversicherung / 51 Invalidenversicherung					
Gemeindeanteil Staatsbeiträge AHV/IV	72.50%	72.50%	72.50%	72.50%	72.50%
Kantonsanteil Staatsbeiträge AHV/IV	27.50%	27.50%	27.50%	27.50%	27.50%
52 Krankenversicherung / 53 Sonstige Sozialversicherungen					
Staatsbeitrag Prämienverbilligung in Mio. Fr.	145.4	159.9	167.9	176.3	185.2
Staatsbeitrag Ergänzungsleistungen in Mio. Fr.	172.0	180.0	185.0	190.0	195.0
54 Jugendschutz / 55 Invalidität					
Platzierungsmöglichkeit kann innert 6 Wochen angeboten werden	90%	90%	90%	90%	90%
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe					
Anzahl Asyl-Suchende	12'100	9'500	9'500	7'850	7'850
Sozialhilfe Flüchtlinge: Anzahl Dossiers	250	260	260	260	260

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009**a) Inhaltliche Veränderungen**

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	-
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Finanzielle Veränderungen

Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	706.0	724.9	744.8	767.4	
IFAP 2006-2010	716.5	738.0	755.3	771.4	
Veränderung	-10.5	-13.1	-10.5	-4.0	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	603.6	620.1	636.7	656.0	
IFAP 2006-2010	608.9	626.9	641.0	653.6	
Veränderung	-5.3	-6.8	-4.3	2.4	

Begründung:

- Durch das Einfrieren der Prämienverbilligungen für Krankenkassen im Jahr 2006 reduziert sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2005-2009.
- Die Aufwendungen für Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sind höher als im IFAP 2005-2009 angenommen.
- Die höheren durchlaufenden Beiträge in der wirtschaftlichen Sozialhilfe führen zu einer Aufwand- und Ertragssteigerung gegenüber der bisherigen Planung in den Jahren 2006 und 2007.

Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	-	-	-	-	
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	
Veränderung	-	-	-	-	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	-	-	-	-	
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	
Veränderung	-	-	-	-	
Begründung:					
- Keine Investitionen im Bereich der Sozialen Wohlfahrt.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	492.2	508.4	525.6	545.5	
IFAP 2006-2010	482.2	503.7	520.9	536.9	
Veränderung	10.0	4.7	4.7	8.6	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	364.9	378.9	393.0	409.8	
IFAP 2006-2010	360.1	383.2	397.2	413.1	
Veränderung	4.8	-4.3	-4.2	-3.3	
Begründung:					
<ul style="list-style-type: none"> - Die Staatsbeiträge an die AHV und die IV sowie die Prämienverbilligungen zur Krankenkasse sind 2006 geringer als im IFAP 2005-2009 eingerechnet. Dadurch reduzieren sich ein- und ausgehenden Staatsbeiträge. - Die höheren Ergänzungsleistungen kompensieren den oben erwähnten Effekt teilweise. - Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sind höher als bisher angenommen. 					

Vorhaben und Projekte

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben								
5.1.1/06 Höhere Beiträge an AHV (Details gemäss unten stehender Tabelle)						2007-2010	5,4	
	2006	2007	2008	2009	2010			
Kantonsbeitrag	40,3	42,4	43,4	46,2	49,0			
Anteil Gemeinden	29,2	30,7	31,5	33,5	35,5			
Nettobelastung	11,1	11,7	11,9	12,7	13,5			
Mehrkosten zu 2006		0,6	0,8	1,6	2,4			
5.1.2/06 Höhere Beiträge an IV (Details gemäss unten stehender Tabelle)						2007-2010	5,7	
	2006	2007	2008	2009	2010			
Kantonsbeitrag	53,4	55,2	57,4	59,9	62,0			
Anteil Gemeinden	38,7	40,0	41,6	43,4	45,0			
Nettobelastung	14,7	15,2	15,8	16,5	17,0			
Mehrkosten zu 2006		0,5	1,1	1,8	2,3			
5.1.3/06 Höhere Erlassbeiträge AHV						ab 2007	1,0	
5.1.4/06 Höhere Beiträge an die Prämienverbilligung der Krankenkassen (Wachstum 2007 von 10 %, ab 2008 je 5 %)						2007-2010	6,6	
	2006	2007	2008	2009	2010			
Gesamtaufwand	145,4	159,9	167,9	176,3	185,2			
Bundesbeitrag	113,4	124,7	130,9	137,5	144,4			
Gemeindebeitrag	23,2	25,5	26,8	28,2	29,6			
Kantonsanteil	8,8	9,7	10,2	10,7	11,2			
Mehrkosten zu 2006		0,9	1,4	1,9	2,4			

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
5.1.5/06 Nettomehrbelastung aus Ergänzungsleistungen (Details gemäss unten stehender Tabelle)						2007- 2010	11,3	
	2006	2007	2008	2009	2010			
Gesamtaufwand	172,0	180,0	185,0	190,0	195,0			
Bundesbeitrag	58,5	61,2	62,9	64,6	66,3			
Gemeindebeitrag	82,3	86,1	88,5	90,9	93,3			
Kantonsanteil	31,2	32,7	33,6	34,5	35,4			
Mehrkosten zu 2005		1,4	2,4	3,3	4,2			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)								
Keine								
Gesetzesänderungen								
5.3.1/06 SRL Nr. 894: Revision des Heimfinanzierungsgesetzes						2007		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	697.0	684.4	716.5	738.0	755.3	771.4	790.6	10.4
Ertrag	599.7	584.8	608.9	626.9	641.0	653.6	669.7	10.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	97.3	99.6	107.6	111.1	114.3	117.7	121.0	
50 Altersversicherung								
Aufwand	82.2	39.3	40.7	42.9	44.0	46.9	49.8	
Ertrag	29.2	28.5	29.2	30.7	31.5	33.5	35.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	52.9	10.8	11.5	12.2	12.5	13.4	14.3	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	13.4	52.7	53.4	55.2	57.4	59.9	62.0	
Ertrag	37.7	38.2	38.7	40.0	41.6	43.4	45.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-24.3	14.5	14.7	15.2	15.8	16.5	17.0	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	143.6	145.4	145.4	160.0	168.0	176.4	185.2	
Ertrag	134.9	136.6	136.6	150.3	157.8	165.7	173.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.7	8.8	8.8	9.7	10.2	10.7	11.3	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	153.3	160.5	172.0	180.0	185.0	190.0	195.0	
Ertrag	125.5	131.4	140.8	147.3	151.4	155.5	159.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	27.8	29.1	31.2	32.7	33.6	34.5	35.4	
54 Jugendschutz								
Aufwand	6.5	7.0	7.3	7.6	7.5	7.5	7.5	
Ertrag	3.2	3.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.3	3.6	7.1	7.3	7.2	7.2	7.2	
55 Invalidität								
Aufwand	18.3	21.0	19.8	18.8	18.9	18.9	19.0	
Ertrag	8.0	8.7	9.8	9.8	9.8	9.8	9.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	10.4	12.3	10.0	8.9	9.1	9.1	9.1	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	3.2	3.3	4.1	4.1	4.1	4.2	4.2	
Ertrag	1.6	3.3	4.1	4.1	4.1	4.1	4.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.6	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	276.4	255.3	273.7	269.4	270.4	267.6	268.0	
Ertrag	259.6	234.8	249.4	244.4	244.4	241.3	241.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.9	20.5	24.3	25.0	25.9	26.3	26.7	
59 Hilfsaktionen								
Aufwand	0.2	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.2	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.0	-	-	-	-	-	-	

Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.2	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.2	-	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	464.9	473.2	482.2	503.7	520.9	536.9	556.1	15.3
Ertrag	342.6	348.5	360.1	383.2	397.2	413.1	429.1	19.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	122.3	124.7	122.1	120.5	123.7	123.8	127.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

6 Verkehr		IFAP 2006-2010		Grundauftrag und Veränderungen	
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
60 Nationalstrassen - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Nationalstrassen					
61 Kantonsstrassen - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Kantonsstrassen					
65 Regionalverkehr - Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist im Rahmen des Gesamtverkehrssystems verantwortlich für funktionierende Strukturen im Bereich des öffentlichen Verkehrs					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
60 Nationalstrassen	61 % der Leistungsgruppe Strassenwesen und 61 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD		
61 Kantonsstrassen	39 % der Leistungsgruppe Strassenwesen und 39 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD		
62 Gemeindestrassen	Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	JSD		
65 Regionalverkehr	Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD		
Legislaturprogramm 2003-2007 Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 6 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 12) enthalten.					
Generelle Entwicklung					
60 Nationalstrassen / 61 Kantonsstrassen / 62 Gemeindestrassen Mit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs des Bundes (NFA) werden die Nationalstrassen vollständig in die Verantwortung des Bundes übergehen. Dies hat für das Strassenwesen erhebliche Auswirkungen und führt auch zu einer Reduktion im Personal- und Sachaufwand. Wir wollen deshalb ab 2008 aus der Strassenrechnung einen Agglomerationsfonds speisen. Die Strassenschuld soll auch während der Bauzeit des Zubringer Rontals abgebaut werden. Allfällige im Rahmen der Finanzreform 08 zu beschliessende Änderungen über die Verwendung der Einnahmen würden ab 2008 auch eine Anpassung der Priorisierung zur Folge haben.					
65 Regionalverkehr Mit der Realisierung der 1., 2. und 3. Etappe der S-Bahn Luzern wird das Angebot im Bereich öffentlicher Verkehr nachhaltig verbessert. Die 1. und 2. Etappe werden bis 2007 abgeschlossen sein. Sie beinhalten acht neue Haltestellen, Verbesserungen der Schieneninfrastruktur, moderne Nahverkehrszüge und die Verdichtung des Fahrplans. Zudem wird das Angebot auf den Buszubringerlinien verbessert. Gemäss öVG übernehmen die Gemeinden 50% der Aufwendungen für den öffentlichen Regionalverkehr. Die Gemeinden bezahlen jeweils im gleichen Jahr die Mehraufwendungen für das Angebot der S-Bahn (Betriebsbeiträge zu 50 %). Mit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs des Bundes (NFA) erhöht sich der Anteil des Kantons Luzern an die Beiträge für Transportleistungen. Die Abgeltung wird für den Kanton Luzern ab 2008 57 % (bisher 35 %) betragen.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
60 Nationalstrassen / 61 Kantonsstrassen / 62 Gemeindestrassen					
Realisierung der Bauprogramme gemäss Budget	100%	100%	100%	100%	100%
Betriebsbereitschaftsgrad Strassen dauernd befahrbar (ausser Wintersperre oder Naturereignis)	100%	100%	100%	100%	100%
Unterhalt Kantonsstrassen: Reduktion Kosten pro Kilometer (ohne Winterdienst) gegenüber Vorjahr in Prozent bei gleicher Qualität	2%	2%	2%	2%	2%
65 Regionalverkehr					
Modal Split Verhältnis MIV ÖV auf ausgewählten Achsen in der Agglomeration Luzern	>27 %	>27 %	>28 %	>28 %	>30 %

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	-				
Mutationen der Vorhaben	- Ersatz des ÖV-Fonds (ab 2007) durch einen Agglomerationsfonds (ab 2008).				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-				
Neue Gesetzesänderungen	-				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	113.0	112.4	109.4	110.2	
IFAP 2006-2010	106.8	110.2	98.0	96.2	
Veränderung	6.2	2.2	11.4	14.0	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	163.5	165.5	169.3	171.8	
IFAP 2006-2010	144.2	148.9	143.4	141.9	
Veränderung	19.3	16.6	25.9	29.9	
Begründung: - Im IFAP 2005-2009 war in der Funktion Verkehr der Gesamtertrag der Motorfahrzeugsteuer eingestellt (93,1 Mio. Fr. für 2006, unter Annahme einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer). Das Volk hat diese Erhöhung abgelehnt. Im Weiteren ist nur noch der Anteil der Motorfahrzeugsteuer enthalten, welches an die Dienststelle vif übertragen wird (69,6 Mio. Fr. für 2006). Diese beide Faktoren führen zu einem erheblichen Minderertrag gegenüber dem IFAP 2005-2009. - Im IFAP 2005-2009 wurden 3 % des Aufwands und des Ertrags der Dienststelle vif in die Funktion 75 Wasserbau übertragen. Dank der Kostenträgerrechnung können im IFAP 2006-2010 die effektiven Werte übernommen werden. Die Aufwendungen sind höher, die Erträge geringer als bisher angenommen. Dies führt zu einem Minderaufwand und einem Mehrertrag beim Verkehr. - Wir haben erstmals ab 2008 eine Reduktion des Personal- und Sachaufwands aufgrund der Einführung NFA eingerechnet.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	152.9	201.7	128.0	130.0	
IFAP 2006-2010	136.8	150.7	78.4	80.0	
Veränderung	16.1	51.0	49.6	50.0	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	93.2	128.1	40.7	41.8	
IFAP 2006-2010	82.8	85.7	9.6	8.7	
Veränderung	10.4	42.4	31.1	33.1	
Begründung: - Die Investitionen für Nationstrassen sind wesentlich geringer als im IFAP 2005-2009 angenommen (für 2007 haben wir im IFAP 2005-2009 126,5 Mio. Fr., im IFAP 2006-2010 86,5 Mio. Fr. eingestellt). Da der Bund 84 bzw. 85 % dieser Aufwendungen übernimmt, verringern sich auch die Erträge. - Im IFAP 2005-2009 haben wir für die Fertigstellung von Projekten nach Einführung NFA für die Jahre 2008 und 2009 jährliche Ausgaben von 25,8 und Einnahmen von 21,8 Mio. Fr. einberechnet. Im IFAP 2006-2010 ist nur noch der Nettobetrag von 4 Mio. Fr. eingestellt. Dadurch reduzieren sich Ausgaben und Einnahmen im IFAP 2006-2010. - Die Ablehnung der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer reduziert die Investitionsmöglichkeiten im Kantonsstrassenbau gegenüber dem IFAP 2005-2009. - Wir hatten im IFAP 2005-2009 ab 2007 20 Mio. Fr. für einen ÖV-Fonds eingestellt (brutto, davon 50 % durch die Gemeinden). Anstelle dieses Fonds wird ein Agglomerationsfonds geschaffen, der im wesentlichen aus der Strassenrechnung finanziert wird. Damit reduzieren sich die Investitionen der allgemeinen Staatsrechnung um brutto 10 Mio. Fr. (2007) bzw. 15 Mio. Fr. (ab 2008) gegenüber der bisherigen Planung.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	54.2	64.8	67.9	68.1	
IFAP 2006-2010	51.9	57.8	52.7	52.9	
Veränderung	2.3	7.0	15.2	15.2	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	138.0	172.7	87.0	88.2	
IFAP 2006-2010	125.4	132.2	53.5	49.7	
Veränderung	12.6	40.5	33.5	38.5	
Begründung: - Die Investitionsbeiträge im ÖV zu Lasten der allgemeinen Staatsrechnung reduzieren sich gegenüber dem IFAP 2005-2009 um 10 Mio. Fr. (2007) bzw. 15 Mio. Fr. (ab 2008). Von diesen Bruttobeträgen entfallen 50 % auf die Gemeinden. - Durch die geringeren Aufwendungen für Nationalstrassen (2006 und 2007) bzw. durch die Veränderung der Verbuchungspraxis für angefangene Nationalstrassen-Projekte ab 2008 reduzieren sich die Bundesbeiträge.					

Projekte und Vorhaben

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
6.1.1/06 Erhöhung der Beiträge an den Zweckverband für den öffentlichen Agglomerationsverkehr	2007-2010	1,0	
6.1.2/06 Reduktion der Beiträge an Tarifverbünde	2007-2010	-1,7	
6.1.3/06 Beitrag an Angebotsausbau für S-Bahn Luzern bzw. als Kompensation des EP04 des Bundes (brutto, Gemeindeanteil 50 %)	2007-2010	14,0	
6.1.4/06 Errichtung eines Agglomerationsfonds	ab 2008	11,0	
6.1.5/06 Strassenvorhaben vgl. Übersichten Kapitel IX. Strassenwesen			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	99.1	112.6	106.8	110.2	98.0	96.2	96.9	-9.3
Ertrag	149.5	160.7	144.2	148.9	143.4	141.9	142.6	1.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-50.4	-48.1	-37.4	-38.7	-45.4	-45.7	-45.6	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	40.0	44.8	35.5	35.4	9.2	4.4	-	
Ertrag	26.0	26.5	76.2	78.0	24.5	12.1	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.0	18.4	-40.7	-42.4	-15.3	-7.7	-	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	25.9	29.1	22.7	22.6	36.8	39.5	44.4	
Ertrag	16.8	17.1	48.7	49.9	97.9	108.7	121.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.1	11.9	-26.0	-27.2	-61.1	-69.2	-77.0	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	7.9	9.2	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.9	9.2	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	25.3	29.5	40.4	43.8	43.6	43.8	43.9	
Ertrag	27.6	25.8	19.3	21.0	21.1	20.1	21.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-2.4	3.8	21.1	22.8	22.6	22.6	22.7	
69 Übriger Verkehr								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	79.1	91.3	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-79.1	-91.3	-	-	-	-	-	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	135.0	157.9	136.8	150.7	78.4	80.0	81.5	-40.4
Einnahmen	77.4	98.1	82.8	85.7	9.6	8.7	8.7	-89.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	57.6	59.8	54.0	64.9	68.8	71.3	72.8	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	36.0	45.3	44.3	47.8	47.7	47.9	48.1	8.6
Ertrag	40.3	44.1	42.6	46.5	43.9	41.0	40.1	-6.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.3	1.2	1.7	1.4	3.9	7.0	8.1	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	5.7	9.5	7.6	10.0	5.0	5.0	5.0	-34.2
Einnahmen	77.4	98.1	82.8	85.7	9.6	8.7	8.7	-89.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-71.7	-88.6	-75.2	-75.7	-4.6	-3.7	-3.7	

7 Umwelt und Raumordnung		IFAP 2006-2010		Grundauftrag und Veränderungen	
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
75 Gewässerverbauungen					
- Verantwortlich für Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Hochwassergefahren					
- Durchführung von Bewilligungsverfahren nach dem Wasserbaugesetz und der damit verbundenen Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen					
78 Übriger Umweltschutz					
- Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere.					
- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte					
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen					
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen.					
79 Raumordnung					
- Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Siedlungspolitik, Verkehrspolitik etc.).					
- Erarbeitung und Koordination der raumwirksamen Führungsinstrumente für den Grossen Rat und den Regierungsrat					
- Unterstützung der kommunalen Bewilligungsbehörden und privaten Bauherren bei der Verfahrenskoordination					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)		Leistungsgruppe		Dienststelle(n)	
75 Gewässerverbauungen		Wasserbau		Verkehr und Infrastruktur (vif)	
78 Übriger Umweltschutz		Umwelt und Energie		Umwelt und Energie (uwe)	
79 Raumordnung		Raumentwicklung		Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	
				Departement	
				BUWD	
				BUWD	
				BUWD	
Legislaturprogramm 2003-2007					
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.					
Generelle Entwicklung					
75 Gewässerverbauungen					
Im Vordergrund stehen die grossen Projekte wie Laui Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebiets vor Murgängen), der Ausbau der Enziwigger in Willisau, das Hochwasserrückhaltebecken Allmend Luzern und die Regulierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr).					
78 Übriger Umweltschutz					
Beim Umweltschutz sind Sanierungen bei Altlasten, Oberflächengewässern und bei lärmbelasteten Objekten die Schwerpunktaufgaben der nächsten Jahre. Der Planungsbericht Energie wird erstellt und umgesetzt. Den eingegangenen Verpflichtungen für Abfallentsorgungs- und Gewässerschutzanlagen der Gemeinden ist nachzukommen (Subventionsvereinigung). Die Revision der Schutzverordnung im Bereich Natur und Landschaft und der Ersatz bestehender EDV-gestützter Kataster und Kartenwerke stehen an.					
79 Raumordnung					
Im IFAP Zeitraum 2006 - 2010 werden folgende neuen Projekte gestartet oder nach Projektbeginn 2005 weiter geführt:					
2006 : Agglomerationsprogramm Luzern					
2007 bis 2009 : Gesamthafte Ueberprüfung Kantonaler Richtplan					
Indikatoren und Kenngrössen		2006	2007	2008	2009
78 Übriger Umweltschutz					
Halten bzw. Verbessern des Zustandes der Mittellandseen Sempacher- und Baldeggersee. Indikator: Phosphorgehalt [mg/m3] IST: S'see=29, B'see=45		30	30	30	30
Halten bzw. Verbessern der Luftqualität. Indikator: PM10-Gehalt. IST: 100 % Immissionsgrenzwert		100	100	100	100
79 Raumordnung					
Optimierung der Durchlaufzeiten für Baugesuche		laufend	laufend	laufend	laufend

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	-				
Mutationen der Vorhaben	-				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-				
Neue Gesetzesänderungen	- Umsetzung im Rahmen des Projekts Finanzreform 08 (Umsetzung NFA) - Revision des Gesetzes und der Verordnung zum Natur- und Landschaftsschutz - Energieverordnung				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	26.1	26.3	26.5	26.9	
IFAP 2006-2010	35.8	36.1	36.5	36.8	
Veränderung	-9.7	-9.8	-10.0	-9.9	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	11.8	11.9	12.1	12.2	
IFAP 2006-2010	9.9	10.0	10.1	10.2	
Veränderung	1.9	1.9	2.0	2.0	
Begründung: - Im IFAP 2005-2009 wurden 3 % des Aufwands und des Ertrags der Dienststelle vif in die Funktion 75 "Wasserbau" übertragen. Dank der Kostenträgerrechnung können im IFAP 2006-2010 nun die effektiven Werte übernommen werden. Die Aufwendungen des Wasserbaus sind höher, die Erträge geringer als bisher angenommen. - Neu werden Abschreibungen von Investitionsbeiträgen von 5,9 Mio. Fr. jährlich direkt der Funktion "Übriger Umweltschutz" zugeordnet. Auch die kalkulatorischen Abschreibungen in diesem Bereich haben zugenommen.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	30.5	28.4	28.6	28.3	
IFAP 2006-2010	26.0	25.0	25.6	25.8	
Veränderung	4.5	3.4	3.0	2.5	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	20.3	21.7	21.9	21.6	
IFAP 2006-2010	19.9	19.9	20.0	20.0	
Veränderung	0.4	1.8	1.9	1.6	
Begründung: - Die Beiträge 2006 für Gewässerschutzanlagen belaufen sich auf 2 Mio. Fr. und nicht wie im IFAP 2005-2009 angenommen auf 4 Mio. Fr. - Wir erhöhen die Mittel für Investitionen im Wasserbau weniger stark erhöht als im IFAP 2005-2009 einberechnet. Dadurch verringern sich die Ausgaben und die Einnahmen gegenüber der Planung des Vorjahrs.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	10.2	6.3	6.4	6.5	
IFAP 2006-2010	8.2	6.3	6.3	6.4	
Veränderung	2.0	0.0	0.1	0.1	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	12.4	13.8	14.1	13.9	
IFAP 2006-2010	11.4	11.5	11.5	11.6	
Veränderung	1.0	2.3	2.6	2.3	
Begründung: - Die Beiträge 2006 für Gewässerschutzanlagen belaufen sich auf 2 Mio. Fr. und nicht wie im IFAP 2005-2009 angenommen auf 4 Mio. Fr. - Geringere eingehende Beiträge an Investitionen im Wasserbau als im IFAP 2005-2009 angenommen.					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
7.1.1/06 Ausbau von Gewässern; Erhöhung der Nettoinvestitionen von jährlich 3 auf 3,4 Millionen Franken	2007-2010		1,6
7.1.2/06 Wiederaufnahme der Kantonsbeiträge im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung)	2010-2012		4,0
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	30.3	26.5	35.8	36.1	36.5	36.8	37.1	3.6
Ertrag	11.4	11.7	9.9	10.0	10.1	10.2	10.3	4.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	18.9	14.8	25.9	26.1	26.4	26.6	26.8	
70 Wasserversorgung								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.7	0.7	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.7	-0.7	-	-	-	-	-	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	2.1	2.5	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8	
Ertrag	2.3	2.1	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.2	0.3	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4	
77 Naturschutz								
Aufwand	25.8	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	7.6	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	18.2	-	-	-	-	-	-	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	-	19.8	27.8	28.1	28.4	28.7	28.9	
Ertrag	-	7.6	8.1	8.2	8.3	8.4	8.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	12.2	19.7	19.9	20.1	20.3	20.5	
79 Raumordnung								
Aufwand	2.4	4.3	4.2	4.2	4.3	4.3	4.4	
Ertrag	0.8	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.5	3.0	2.8	2.8	2.8	2.9	2.9	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	25.9	29.7	26.0	25.0	25.6	25.8	29.8	14.9
Einnahmen	18.9	20.0	19.9	19.9	20.0	20.0	20.0	0.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.0	9.7	6.1	5.1	5.7	5.9	9.9	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	7.5	6.4	6.2	6.3	6.3	6.4	6.5	4.9
Ertrag	5.2	5.4	5.5	5.6	5.6	5.7	5.8	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.3	0.9	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	4.3	4.8	2.0	-	-	-	4.0	-100.0
Einnahmen	3.8	6.7	5.9	5.9	5.9	5.9	5.9	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	0.5	-1.9	-3.9	-5.9	-5.9	-5.9	-1.9	

8 Volkswirtschaft		IFAP 2006-2010		Grundauftrag und Veränderungen	
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
80 Landwirtschaft					
- Vollzug der Agrargesetzgebung.					
- Förderung der Landwirtschaftsbetriebe mit dem Ziel einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die primäre Produktion.					
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.					
- Eintreten für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und Anstreben von artenreichen, naturnahen ländlichen Räumen.					
81 Forstwirtschaft					
- Vollzug der Waldgesetzgebung.					
- Förderung der Forstwirtschaftsbetriebe mit dem Ziel einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die primäre Produktion.					
82 Jagd und Fischerei					
- Vollzug der Jagd- und Fischereigesetzgebung.					
- Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals.					
84 Industrie, Gewerbe und Handel					
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Luzerner Wirtschaft durch Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.					
- Überwachung der Unfallverhütung und der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG).					
- Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz).					
- Umsetzung des Bundesgesetzes Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD		
		Landwirtschaftliche Kreditkasse	BUWD		
	Veterinärdienste	Veterinäramt	GSD		
	Landwirtschaftliche Familienzulagen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD		
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD		
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD		
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Wirtschaftsförderung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD		
	Industrie- und Gewerbeaufsicht	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD		
87 Sonstige gewerbliche Betriebe	Salzregal	Amt für Finanzdienstleistungen	FD		
Legislaturprogramm 2003-2007					
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.					
Generelle Entwicklung					
80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft / 82 Jagd und Fischerei					
- Für die mehrjährige Finanz- und Aufgabenplanung sind die Seesanierungen mit den Erweiterungen der Vertragsflächen auf 67% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Einzugsgebieten massgebend (Steigerung der Kantonsbeiträge von 1,2 Mio. Fr. (2005) auf 1.4 Mio. Fr. (2007)). Die übrigen mehrjährigen Vorhaben, insbesondere Güterstrassen, Meliorationen, Wiederbewaldung, Holzpromotion, Waldstrassen, Naturgefahren, Waldreservate, Waldbau, Schutzwaldpflege, bleiben unverändert.					
84 Industrie, Gewerbe und Handel					
- Die EKAS Rückvergütungen werden durch den Bund linear gekürzt. Erste Auswertungen über die Auswirkungen des freien Personenverkehrs haben keine gravierenden Verstösse ergeben. Aussagekräftigere Resultate und folglich deren finanziellen Auswirkungen können erst über einen längeren Zeithorizont erwartet werden. Die Einführung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist auf 2006 vorgesehen. Der Kanton hat die für den Vollzug notwendige Infrastruktur aufzubauen.					
- 2006 bis 2009 : Ausbau der Promotionsmassnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung (Ansiedlung neuer Betriebe im Kanton Luzern) vor allem Mittels PPP-Modell (Public-Private-Partnership).					
87 Sonstige gewerbliche Betriebe					
Anteil am Gewinn der Rheinsalinen weist steigende Tendenz auf.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft / 82 Jagd und Fischerei Entwicklung Einkommen Land- und Forstwirtschaft	104%	106%	107%	108%	109%
84 Industrie, Gewerbe und Handel Fachliche Unterstützung und professioneller Support für ansiedlungswillige Investoren.	dauernd	dauernd	dauernd	dauernd	dauernd

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	-				
Mutationen der Vorhaben	-				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-				
Neue Gesetzesänderungen	- Anpassungen des Landwirtschafts- und des Waldgesetzes im Rahmen der Finanzreform 08.				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	241.3	244.0	246.1	249.0	
IFAP 2006-2010	240.1	241.0	241.3	241.8	
Veränderung	1.2	3.0	4.8	7.2	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	212.3	214.7	217.1	219.6	
IFAP 2006-2010	211.1	211.2	211.3	211.4	
Veränderung	1.2	3.5	5.8	8.2	
Begründung: - Die Direktzahlungen für Landwirte werden als durchlaufende Beiträge verbucht. Im IFAP 2005-2009 haben wir für diese ein Wachstum analog der Teuerung angenommen, im IFAP 2006-2010 jedoch den Budgetwert 2006 für alle Jahre belassen. Das führt zu einer Reduktion des Aufwands und des Ertrags gegenüber dem IFAP 2005-2009.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	15.2	15.2	15.2	15.2	
IFAP 2006-2010	17.2	17.5	17.4	17.0	
Veränderung	-2.0	-2.3	-2.2	-1.8	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	13.8	13.8	13.8	13.8	
IFAP 2006-2010	13.4	13.4	13.4	13.4	
Veränderung	0.4	0.4	0.4	0.4	
Begründung: - Die Investitionen der amtlichen Vermessung sind neu in der Funktion Volkswirtschaft enthalten. Im IFAP 2005-2009 waren diese Investitionen in der Funktion Sicherheit einberechnet.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	20.0	20.0	19.7	19.8	
IFAP 2006-2010	18.8	19.2	19.2	19.5	
Veränderung	1.2	0.8	0.5	0.3	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	4.3	4.3	4.3	4.3	
IFAP 2006-2010	5.0	5.0	5.1	5.1	
Veränderung	-0.7	-0.7	-0.8	-0.8	
Begründung: - Keine wesentlichen Änderungen.					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
8.1.1/06 Ausbau des Vollzugs des vorgesehenen Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2007-2010	1,1	
8.1.2/06 Wald, Förderung der eigentumsübergreifenden Zusammenarbeit	2007-2010		0,9
8.1.3/06 Phosphorprojekt Luzerner Mittellandseen; Aufstockung der Mittel für seeexterne Massnahmen	2007-2010	1,5	
8.1.4/06 Wissens- und Technologietransfer, Aufstockung der Mittel für den Aufbau von Cluster Bildung, Forschung und Entwicklung	2007-2010	0,5	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
8.2.1/06 Weiterführung der Finanzierung Micro Center Central Switzerland (MCCS)	2008-2010	1,1	
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	240.9	238.7	240.1	241.0	241.3	241.8	242.4	1.0
Ertrag	215.8	209.8	211.1	211.2	211.3	211.4	211.5	0.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	25.1	28.9	29.0	29.9	30.0	30.4	30.8	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	223.4	214.8	218.7	219.1	219.4	219.8	220.1	
Ertrag	205.5	199.2	201.8	201.9	202.0	202.0	202.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.8	15.6	16.8	17.2	17.5	17.7	18.0	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	10.3	16.3	14.6	14.7	14.9	15.0	15.2	
Ertrag	5.0	7.3	6.5	6.5	6.6	6.6	6.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.3	9.0	8.1	8.2	8.3	8.5	8.6	
82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	0.7	0.9	1.1	1.1	1.1	1.1	1.2	
Ertrag	0.5	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	-0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	6.5	6.7	5.7	6.1	5.8	5.9	5.9	
Ertrag	4.1	2.0	1.1	1.1	1.1	1.1	1.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.4	4.7	4.6	5.0	4.7	4.7	4.8	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.7	0.3	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.7	-0.3	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	
Investitionsrechnung	R2004	B2006	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	21.0	15.2	17.2	17.5	17.4	17.0	17.1	-0.6
Einnahmen	17.7	13.8	13.4	13.4	13.4	13.4	13.4	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	3.3	1.4	3.8	4.1	4.0	3.6	3.7	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	10.6	12.0	11.5	11.9	11.7	11.9	12.2	6.0
Ertrag	5.1	4.0	4.7	4.7	4.8	4.8	4.9	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.6	7.9	6.8	7.2	6.9	7.1	7.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.7	7.7	7.3	7.3	7.5	7.6	7.7	5.5
Einnahmen	1.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.6	7.4	6.9	6.9	7.1	7.2	7.3	

9 Finanzen und Steuern		IFAP 2006-2010		Grundauftrag und Veränderungen	
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
Umsetzung der Finanz- und Steuerpolitik des Kantons Luzern.					
90 Steuern					
- Vollzug der kantonalen Steuerpolitik und der Steuerabrechnung mit den Gemeinden.					
92 Finanzausgleich					
- Vollzug des Finanzausgleichs mit den Gemeinden.					
93 Einnahmeanteile					
- Abrechnung mit dem Bund über die Kantonsanteile an Bundessteuereinnahmen.					
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung					
- Vermögens- und Schuldenverwaltung des Staatshaushaltes. Bewirtschaftung der Liquidität und der Finanzierungskosten.					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD		
92 Finanzausgleich	Gemeindeentwicklung, Teil Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD		
93 Einnahmeanteile	Kantonsanteil an direkter Bundessteuer, Verrechnungssteuer und LSVA	Steuerverwaltung	FD JSD		
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Zinsen und Disagio	Amt für Finanzdienstleistungen	FD		
	Gewinnausschüttung Nationalbank, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Amt für Finanzdienstleistungen	FD		
	Vergütungszinsen	Steuerverwaltung	FD		
	Interne Zinsverrechnung	Verkehr und Infrastruktur	BUWD		
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Nicht zuteilbare Abschreibungen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD		
Legislaturprogramm 2003-2007					
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 9 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 13) enthalten.					
Generelle Entwicklung					
90 Steuern					
- Die Staatssteuern werden im Jahre 2006 um 1/10 Einheit auf neu 1.6 Einheiten reduziert.					
- Für das Jahr 2008 ist eine Revision des Steuergesetzes vorgesehen (Unternehmensteuerreform II, Ehe- und Familienbesteuerung).					
- Für das Jahr 2009 ist der Ausgleich der kalten Progression vorgesehen.					
- Für das Jahr 2010 ist die Halbierung der Vermögenssteuer vorgesehen.					
92 Finanzausgleich					
- Voraussichtlich ab 2008 tritt die Neue Finanz- und Aufgabenteilung des Bundes (NFA) in Kraft.					
- Gleichzeitig wird im Kanton Luzern das Anschlussprojekt Finanzreform 08 umgesetzt.					
- Finanzausgleich: Erstellung Wirkungsbericht 2005 und Debatte im Grossen Rat					
93 Einnahmeanteile					
- Im Jahre 2005 hat die SNB die Vermögenserträge aus dem Verkauf der Goldreserven ausbezahlt. Die ordentlichen Anteile am Gewinn der SNB werden deshalb sinken.					
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung					
- Im Jahre 2005 hat die SNB die Vermögenserträge aus dem Verkauf der Goldreserven ausbezahlt.					
- Der Kanton Luzern hat einen Anteil von rund 800 Mio. erhalten, was Auswirkungen auf Fremdkapitalzinsen und Vermögenserträge hat.					
- Für die Verzinsung des Fremdkapitals ist tendenziell mit einem steigenden Zinsniveau zu rechnen.					
Indikatoren und Kenngrössen	2006	2007	2008	2009	2010
90 Steuern					
Staatssteuereinheiten	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Entlastung Staatssteuern gegenüber Vorjahr in Mio.	50		50	30	45
92 Finanzausgleich					
Gesetzmässiger Vollzug des Finanzausgleichs	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Finanzausgleichszahlungen netto in Mio. Fr.	120.5	121.5	122.6	123.7	124.9
93 Einnahmeanteile					
Kantonsanteil direkte Bundessteuer inkl. FA in Mio. Fr.	206.4	214.0	276.5	286.5	286.5
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung					
Termintreue der Zahlungsbereitschaft (Durchschnittliches Delta Zahlungsdauer)	< 5 Tage	< 5 Tage	< 5 Tage	< 5 Tage	< 5 Tage
Professionelle Debitorenbewirtschaftung (Ausstände >1 Jahr)	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %	< 5 %
Marktgerechte Finanzierungskosten (Anzahl Basispunkte über SWAP-Satz)	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2005-2009					
a) Inhaltliche Veränderungen					
Organisatorische Anpassungen	-				
Mutationen der Vorhaben	- Senkung der Staatssteuern um 1/10 Einheit ab 2006 - Ausgleich der kalten Progression ab 2009 separat einberechnet (30 Mio. Fr. jährlich) - Halbierung der Vermögenssteuer ab 2010 (Entlastung des Steuerzahlers 45 Mio. Fr., Ausfälle 20 Mio. Fr.)				
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-				
Neue Gesetzesänderungen	- Anpassungen von Gesetzen im Zusammenhang mit dem Projekt Finanzreform 08 - Steuergesetzrevision 08				
b) Finanzielle Veränderungen					
Laufende Rechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand					
IFAP 2005-2009	343.5	355.6	369.8	370.5	
IFAP 2006-2010	269.3	274.9	311.5	284.7	
Veränderung	74.2	80.7	58.3	85.8	
- Ertrag					
IFAP 2005-2009	1'392.6	1'419.9	1'475.0	1'500.7	
IFAP 2006-2010	1'346.5	1'372.7	1'415.0	1'401.3	
Veränderung	46.1	47.2	60.0	99.4	
Begründung: - Wir haben ab dem Jahr 2006 neu eine im IFAP 2005-2009 nicht vorgesehene Senkung der Staatssteuern um 1/10 einer Einheiten einberechnet. Dadurch reduzieren sich die Erträge um rund 50 Mio. Fr. jährlich. - Wir haben neu ab 2009 für einen von der Steuergesetzrevision 2008 unabhängigen Ausgleich der kalten Progression 30 Mio. Fr. eingestellt. - Wir haben die Verbuchungspraxis für Sonderbeiträge des innerkantonalen Finanzausgleichs geändert. Dies führt zu einer Erhöhung des Aufwands und, in einem geringerem Ausmass, zu einer Erhöhung des Ertrags in den Jahren 2006-2008. - Die Schätzungen des Bundes zur direkten Bundessteuer haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies führt zu höheren Werten bei den Einnahmeanteilen. - Durch die ausserordentlichen Ausschüttungen der Nationalbank reduziert sich der Aufwand bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung und der Ertrag bei den Einnahmeanteilen. - Wir haben die Abschreibungen nach Möglichkeit direkt den Funktionen zugeteilt. Dadurch reduziert sich der Aufwand bei den nicht aufgeteilten Posten erheblich.					
Investitionsrechnung	2006	2007	2008	2009	2010
- Ausgaben					
IFAP 2005-2009	-	-	-	-	
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	
Veränderung	-	-	-	-	
- Einnahmen					
IFAP 2005-2009	-	-	-	-	
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	
Veränderung	-	-	-	-	
Begründung: - Keine Investitionen für diese Funktion.					
Staatsbeiträge gesamt	2006	2007	2008	2009	2010
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2005-2009	167.1	168.5	170.0	164.4	
IFAP 2006-2010	172.1	169.3	177.5	152.1	
Veränderung	-5.0	-0.8	-7.5	12.3	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2005-2009	26.3	26.4	26.5	26.7	
IFAP 2006-2010	26.0	26.4	26.7	27.0	
Veränderung	0.3	0.0	-0.2	-0.3	
Begründung: - In den Jahren 2006 und 2008 sollen wesentlich höhere Sonderbeiträge aus dem Finanzausgleich entrichtet werden als im IFAP 2005-2009 vorgesehen. - Verschiedene Übergangsregelungen des innerkantonalen Finanzausgleichs enden 2009. Wir haben diese erstmals vollständig berücksichtigt, was zu geringeren Staatsbeiträgen im Jahr 2009 führt als im IFAP 2005-2009 angenommen.					

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken				
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben							
9.1.1/06 Zinsen auf Schuldscheine und Anleihen (Minderaufwand)	ab 2007	-8,2					
9.1.2/06 Steuergesetzrevision 2008 (Minderertrag)	ab 2008	150,0					
9.1.3/06 Ausgleich der kalten Progression (Minderertrag)	ab 2009	60,0					
9.1.4/06 Halbierung der Vermögenssteuer	ab 2010	20,0					
9.1.5/06 Entwicklung der Anteile an Bundeseinnahmen:							
	2006	2007	2008	2009	2010		
Ausschüttung der Nationalbank	95,3	95,3	95,3	95,3	95,3		
Kantonsanteil direkte Bundes- steuer inkl. Finanzausgleich *	206,4	214,0	276,5	286,5	286,5	-237,9	
Kantonsanteil Verrechnungsst.	20,0	20,8	20,6	20,6	20,6	-2,6	
Kantonsanteil LSVA	16,9	17,7	18,8	18,8	18,8	-6,5	
* inklusiv Nettoertrag aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich ab 2008							
9.1.6/06 Baurechtszins für Grundstücke zur Errichtung der Inter- kantonalen Polizeischule Hitzkirch:							
- Desinvestition im Umfang des Baurechtszinses	2007						-20,0
- Buchgewinn aus Gewährung Baurecht	2007					-12,0	
- Zusätzliche Abschreibungen aus Buchgewinn	2007					12,0	
9.1.7/06 Entwicklung der Zahlungsströme Finanzausgleich (exkl. Übergangsregelung Mittelverlust, da durchlaufend)							
a) der Ausgaben	2006	2007	2008	2009	2010		
Ressourcenausgleich	78,1	78,5	78,9	79,3	79,7	4,0	
Lastenausgleich	68,3	69,2	70,0	70,8	71,7	8,5	
Entschuldung	11,7	11,7	11,7	0	0	-23,4	
Ausbezahlte Sonderbeiträge	12,2	8,1	15,0	0	0	-25,7	
Einlage in Fonds Sonderbeiträge (inkl. Anreizdekret)	8,0	8,2	8,2	0	0	-15,6	

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2007-2010 in Mio. Franken	Investitionskosten 2007-2010 in Mio. Franken
b) Einnahmen	2006	2007	2008	2009	2010			
Horizontaler Finanzausgleich	26,2	26,2	26,2	26,2	26,2		0	
Entnahme aus Fonds Sonderb.	12,1	8,1	15,0	0	0		-25,7	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)								
Keine								
Gesetzesänderungen								
9.3.1/06 SRL Nr. 620: 2. Teilrevision des Steuergesetzes (eine Vorlage mit drei Teilpaketen)						2008 - 2010		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Aufwand	298.4	347.4	269.3	274.9	311.5	284.7	289.2	7.4
Ertrag	1397.6	1362.4	1346.5	1372.7	1415.0	1401.3	1402.4	4.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1099.1	-1015.0	-1077.2	-1097.8	-1103.5	-1116.6	-1113.2	
90 Steuern								
Aufwand	13.8	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5	
Ertrag	941.9	943.5	902.5	923.6	895.3	886.2	887.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-928.2	-929.0	-888.0	-909.1	-880.8	-871.7	-872.4	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	170.9	172.2	184.4	182.3	189.9	156.3	157.5	
Ertrag	40.1	40.9	44.1	40.3	47.5	32.8	33.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	130.8	131.3	140.4	142.0	142.4	123.4	124.4	
93 Einnahmenanteile								
Aufwand	-	14.8	14.7	15.1	16.0	16.1	16.1	
Ertrag	211.9	220.5	243.6	252.5	315.9	325.9	325.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-211.9	-205.7	-228.9	-237.4	-299.9	-309.8	-309.8	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung								
Aufwand	68.3	68.6	54.5	50.6	52.1	53.7	57.5	
Ertrag	205.6	157.50	156.3	156.3	156.3	156.3	156.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-137.3	-88.9	-101.8	-105.7	-104.3	-102.6	-98.8	
99 Nicht aufgeteilte Positionen								
Aufwand	45.4	77.4	1.2	12.4	39.0	44.1	43.5	
Ertrag	-2.0	0.1	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	47.4	77.3	1.2	12.4	39.0	44.1	43.5	
Investitionsrechnung	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2004	B2005	B2006	2007	2008	2009	2010	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	160.3	165.8	172.1	169.3	177.5	152.1	153.3	-10.9
Ertrag	26.1	26.2	26.0	26.4	26.7	27.0	27.3	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	134.3	139.6	146.0	142.9	150.8	125.1	126.0	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

IX. Strassenwesen

(in Mio. Franken)

	R 2004	B 2005	B 2006	2007	2008	2009	2010
Strassenausgaben		176.0	158.9	170.7	98.8	100.8	102.6
Beiträge Bund / Dritte		86.7	78.4	80.6	6.9	6.0	6.0
Finanzierungsquellen		99.0	90.6	94.1	96.2	97.5	98.9
Saldo Strassenrechnung	-2.0	-9.7	-10.1	-4.0	-4.3	-2.7	-2.3

Wir wollen in der ganzen Planperiode die Strassenbauschuld kontinuierlich senken. Dabei spielt die NFA ab 2008 (Bau und Unterhalt der Nationalstrassen werden Bundessache) eine wesentliche Rolle. Um die NFA-Mittel für Steuersenkungen und den Schuldenabbau verwenden zu können, mussten wir in der Strassenrechnung verschiedene Anpassungen vornehmen. Zudem soll der im Planungsbericht ÖV vorgesehene ÖV-Fonds durch einen Agglomerations-Fonds ersetzt werden, der mit Mitteln aus der Strassenrechnung gespeisen wird.

Wir haben für den Strassenbau folgende Mittel eingestellt:

(in Mio. Franken)

	B 2006	2007	2008	2009	2010
Nationalstrassen Bau	31.7	38.9	4.0	4.0	0.0
Anteil Bund (84%)	26.4	32.7	0.0	0.0	0.0
Nationalstrassen Unterhalt	48.6	47.5	0.0	0.0	0.0
Anteil Bund (85%)	41.3	40.4	0.0	0.0	0.0
Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen	27.3	31.5	46.5	47.5	49.5
Belagserneuerungen Kantonsstrassen	13.5	16.0	13.0	14.0	15.0
Kunstabauten Kantonsstrassen	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Beiträge Bund für schweizerische Hauptstrassen und Lärmschutzmassnahmen	7.0	6.9	6.9	6.0	6.0

Der Agglomerationsfonds ist in den oben erwähnten Zahlen nicht enthalten.

Im Bau und im baulichen Unterhalt der **Nationalstrassen** sind für die nächsten Jahre folgende grössere Projekte vorgesehen (Projekte, welche vor Einführung der NFA, d.h. bis Ende 2007 gesprochen werden). An später beschlossene Projekte sind keine Kantonsbeiträge mehr zu leisten.

Bau:

• Anschluss Emmen-Süd	18 Mio. Franken
• Anschluss Rothenburg	22,0 Mio. Franken
• Lärmschutz Emmen	37,5 Mio. Franken
• Umbau Anschluss Sempach	3,0 Mio. Franken
• Umbau Zubringer A2 Sursee	1,9 Mio. Franken
• Erhöhung Tunnelsicherheit, Elektromechanische Anlagen	3,0 Mio. Franken
• A2 Werkleitungsstollen	30,0 Mio. Franken

Baulicher Unterhalt:

• Emmen, Instandsetzung mit Lärmsanierung	81,0 Mio. Franken
• Instandsetzung Zubringer A2 - Anschluss Sursee (mit Kreisel)	1,0 Mio. Franken
• Zubringer A2 - Anschluss Sempach	3,5 Mio. Franken
• Übergeordneter Umbau EM-Anlagen Luzern-Nord	5,0 Mio. Franken

Im **Kantonsstrassenbau** sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen:
(Details siehe Bauprogramm)

• Entlebuch / Werthenstein, Schwanderholzstutz, Strassenausbau	33,0 Mio. Franken
• Ruswil, Langnauerbrücke - Dorf Werthenstein, Rad-/Gehweg, Teilsan. Strasse	5,2 Mio. Franken
• Werthenstein, Sandmättli - Rossei (exkl.), Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse	1,9 Mio. Franken
• Emmen, Littau, Seetalplatz, Bereichsrechner	1,2 Mio. Franken
• Emmen, Seetalplatz - Emmen Nord (div. Projekte), Förderung ÖV	11,3 Mio. Franken
• Littau, Grenze Luzern - Schiff, Sanierung Brücke und Förderung ÖV	13,8 Mio. Franken
• Luzern, Kreuzstutz - Grenze Littau, Förderung ÖV	1,7 Mio. Franken
• Beromünster, Challern - Grenze Aargau, RVA	1,6 Mio. Franken
• Rothenburg-Station, Massnahmen für Autobahnzubringer	3,2 Mio. Franken
• Gelfingen, Dorfkreuzung, Umbau der Kreuzung in einen Kreisel	1,7 Mio. Franken
• Meggen, Einmündung Adligenswilerstrasse (exkl.) - Grenze Schwyz, RVA, Bushaltestelle, Teilsanierung Strasse	5,2 Mio. Franken
• Adligenswil, Stadtgrenze - Talrain, Strassenausbau, Rad-/Gehweg inkl. SSP	6,5 Mio. Franken
• Horw, Wegscheiden (inkl.) - Merkur (exkl.), Verkehrsberuhigungsmassnahmen	2,5 Mio. Franken
• Marbach, Einmündung Schärli-Strasse - Steiglenbrücke, Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse, Brücke	2,6 Mio. Franken
• Luzern, Grosshof - Eichhof, Busspur, Sanierung Knoten, LSA	3,5 Mio. Franken
• Willisau-Stadt, Löwen - Schlüssel, Verlegung Kantonsstrasse	6,1 Mio. Franken
• Inwil, Oberhofen (exkl.) - Kirche (exkl.), Strassenausbau, Oberbausanierung	3,5 Mio. Franken
• Buchrain, Dierikon, Autobahnzubringer Rontal inkl. flankierende Massnahmen	110,0 Mio. Franken

X. Investitionen kantonale Hochbauten

Anl.	Proj.	Projekt Bezeichnung	Priorität Dep.	Bereinigt 2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		IFAP 2006-2010 / Investitionen kantonale Hochbauten												
		Die finanziellen Mittel für die Investitionen der Kantonalen Hochbauten sind begrenzt. Im IFAP 2005 bis 2009 haben wir dargelegt, dass das Total der Investitionsprojekte die Finanzplanvorgaben der kommenden Jahre massiv übersteigt. Die knappen Finanzvorgaben ermöglichen nur die Realisierung der wichtigsten Projekte. Die Grossprojekte müssen zeitlich gestaffelt ausgeführt werden. In enger Zusammenarbeit mit den Departementen haben wir die langfristige Finanzplanung der kantonalen Hochbauten überprüft und entsprechend den Finanzplanvorgaben angepasst. Im Total der Investitionsprojekte sind nebst den unten aufgeführten Grossprojekten alle bekannten betrieblichen Umbauprojekte und Unterhaltsprojekte enthalten. Eine Auflistung der <u>nicht</u> im Finanzplan enthaltenen aber bekannten Grossprojekte haben wir unten angefügt. Für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der staatlichen Liegenschaften sind jährliche Investitionen von rund 35 Millionen Franken eingerechnet.												
		Globalbudget		65'000	65'000 *	74'000	74'000	74'000						
		Total Investitionsprojekte		72'222	72'062	80'602	80'865	80'980	79'640	77'420	69'995	62'695	54'645	51'895
		Differenz (Überhang)		7'222	6'602	6'602	6'865	6'980						
					* exkl. Nettoaufwendungen von 20 Mio. Fr. für den Kauf des Postbetriebsgebäudes für die Universität Luzern									
		Übersicht mit Projektverschiebungen der wichtigsten Grossprojekte:												
		0 Verschiebene Projekte: Bisheriger Zeitplan												
17	42	Kantonsschule Luzern: Neubau Bibliothek	2	BKD			0	0		500	5'000			
18	9	Universität Luzern: Umnutzung Postgebäude (Brutto 75 Mio)	1	BKD	750	3'750	15'000	22'500	22'500	7'500				
18	9	Abzüglich Subventionen/Beiträge		BKD	-473	-2'363	-9'450	-14'175	-14'175	-4'725				
18	9	PHZ : Umnutzung Postgebäude	1	BKD	250	1'250	5'000	7'500	7'500	2'500				
19	33	Kantonsschule Reussbühl: Neubau Turn- Spielhalle	2	BKD	0	0	0			500	3'000	1'000		
21	25	Kantonsschule Sursee: Neubau / Erweiterung 2.Etappe	2	BKD				0	0	300	4'700			
24	8	Kantonsschule Schüpfheim: Erweiterung Naturwissenschaftliche Räume	1	BKD	1'000	500								
25	18	PHZ Musegg: Naturwissenschaftliche Räume / 2.Etappe	2	BKD	0	300	1'000							
30	19	Sentimatt Luzern: Umbau / Ausbau HGK	2	BKD	0	0	0							
30	22	Sentimatt Luzern: HWV-Trakt: Sanierung oder Ersatzbau	1	BKD	100	2'000				200	2'000			

X. Investitionen kantonale Hochbauten

Anl.	Proj. Bezeichnung	Projekt	Priorität	Bereinigt	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
31	3 Rössligasse HGK, Luzern: Gesamtisanierung		2	BKD	0	0	0	0		500	1'500	3'000	2'500	
34	10 HPZ Hohenrain: Sanierung Pfarrhaus		3	BKD				0						1500
37	2 ZHB Luzern: Sanierung		2	BKD	0	500	500	5'000	5'000	4'000				
38	11 Natur-Museum Luzern: Ausbau / Umbau		2	BKD	0	0	0	0		300	500	4'000	500	
66	18 BHW Sursee: Hauptgebäude / Umbau Dachgeschoss		3	BKD	0				0			1'600		
143	2 BBZ Sursee: Erweiterung ICT-Center+Autoberufe		2	BKD	500	1'000	9'000	1'000						
143	3 BBZ Sursee: Umbau Erdgeschoss mit Mensa		2	BKD	0			1'800						
143	8 BBZ Sursee: Neubau 3-Fach Turnhalle		2	BKD	0	0	0	0			500	3'000	3'000	
150	5 BBZ Luzern: Weggismatt / Umnutzung Gesundheitsberufe		2	BKD	100			700						
60	6 Zeughaus Musegg: Umnutzung (Aussemagazin ZHB)		2	FD	500	4'000								
40	0 KSP Luzern			GSD	3'600	10'200	15'300	8'500	16'400	19'900	10'400	8'400	5'000	0
40	32 31 Zentrum: Nordanbau		1	GSD			500	1'000	5'000	15'000	5'000			
40	39 30 Augenklinik: Lüftungszentrale		1	GSD	3'000									
40	44 10 Alte FKL: Umnutzung/Sanierung		3	GSD				0	0			4'000	4'000	
40	51 16 Schulgebäude: Sanierung/Abbruch		3	GSD					0	0	2'000	2'000	1'000	
40	63 31 Zentrum: Sanierung und ErweiterungRestaurant		2	GSD					0	2'500	1'000			
40	91 31 Zentrum: Patientenzimmersanierung		2	GSD		1'400	1'400	0	1'400	1'400	1'400			
40	99 12 Hirschkamp: Rebab 1.UG-Einbau		1	GSD	0	2'800								
40	108 30 Augenklinik: Innensanierung		2	GSD			0	500	2'000					
40	134 40 PWH 1+ 2: Innensanierung		2	GSD	100	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000			
40	149 31 Zentrum: Sanierung OP's		1	GSD	500	5'000	12'000	3'000						
40	194 30 Augenklinik: OP-Sanierung		2	GSD			400	3'000						
41	0 KSSW Sursee			GSD	17'200	5'400	4'000	1'000	0	0	0	1'000	1'000	3'000
41	8 Hauptgebäude: Bettenrakt 2-7. OG Korridorsanierung		2	GSD		0	0	0	0			1'000	1'000	1'000
41	10 Hauptgebäude: Sanierung+Erweiterung		1	GSD	17'200	4'400								
41	26 GOPS: Übrige Technik/Lift/Lüftung		3	GSD			0							2000
41	45 Hauptgebäude: Pflegestützpunkt san.		1	GSD	0	1'000	1'000							
41	55 Hauptgebäude: Sanierung IPS		2	GSD		3'000								
42	0 KSSW Wolhusen			GSD	150	2'500	8'000	8'000	8'500	4'000	0	2'000	2'000	0
42	4 Hauptgebäude: Sanierung Bettenrakt inkl. Fassade		2	GSD	0	1'000	8'000	8'000	8'000					
42	26 Hauptgebäude: OPS-Sanierung		2	GSD		0	0	500	4'000					

[illegible]

**Grossratsbeschluss
über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2006 - 2010**

vom

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 23. August 2005,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2006 - 2010 vom 23. August 2005 wird genehmigt.
2. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Grossen Rates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: